INFO-Verteiler 30
August 1992

Zensur und Desinformation durchbrechen!
Nur die Völker werden die Herrschaft stürzen!

Worum es uns in diesen Artikeln, in allen Beiträgen zur Situation und Geschichte, zu den internationalen Verflechtungen, den ganzen Infos, die unter dem Titel "Jugoslawien" laufen, geht, ist Grundlagen zu vermitteln.

Die Situation hier in Wien/Österreich zeichnet sich dadurch aus, daß von der einen Seite - Bourgeoisie - lupenreine Propaganda verbraten wird: das könnt ihr im Abdruck der Wandzeitung "Österreich – Hände weg ..." im Teil "Zensur und Desinformation durchbrechen!" nachlesen. Oder in jeder beliebigen Tageszeitung, ORF, ... Propaganda heißt hier: alles, was gerade paßt, wird ins rechte Licht gerückt. Gestern waren "die Serben" die Bösen, heute gesellen sich die "Moslems" in Bosnien-Herzegowina dazu.

Von der Linken hört man hier in Wien sehr wenig. Wir kennen zwei Plakate, das eben erwähnte - das, kaum geklebt, auch sofort wieder runtergerissen wurde - und eines der Bewegung gegen den Krieg, das nicht ganz so ausführlich, aber abgesehen vom Herumreiten auf Österreichs Neutralität in etwa in ähnlicher Richtung argumentiert. Aber das sind Ausnahmen, einige sind schon ziemlich verwirrt. So hat z.B. die Gruppe "ArbeiterInnenstandpunkt" - bezeichnen sich als "Trotzkisten" - zusammen mit der "Serbischen Wiedererneuerungspartei" (siehe den Teil zur serbischen Opposition - Vuk Draskovic) eine Demo organisiert. Die Ast-ler bekamen bei der Schlußkundgebung eine aufs Maul, weil sie gegen die Seselj-Faschisten geredet haben, deren Sympathisanten aber einen wichtigen Teil dieser Demo ausgemacht haben. Inzwischen scheint der Schlag genützt und die Ast-ler einigermaßen zur Vernunft gebracht zu haben.

Wie immer im Verteiler - diese Kritik werden wir wohl auch diesmal hören - kommt neben den Nachrichten unsere Einschätzung viel zu kurz. Das liegt hauptsächlich an Überarbeitung - wir mußten u.a. eine Menge englischer Texte übersetzen. Deshalb: wir sind in etwa der Meinung, die in der "Österreich – Hände weg ..."-Wandzeitung wiedergegeben wird.

Während ich diesen Artikel zusammenstelle, höre ich mit einem Ohr Ö-3-Nachrichten: Ich höre von "Randalierern" in Rostock, die seit Tagen ein Flüchtlingsheim angreifen - das sind welche von denen, über die im Artikel "Kroatien: Faschistische Söldner ..." berichtet wird. Es tut mir weh, wenn was fehlt: Z.B. Rostock, z.B. die Massaker - gibt es Ansätze erfolgreicher Gegenwehr? - in Kurdistan, ... Ich denke, dieser Faschismus wird schlimmer als der, den wir hier als Nazifaschismus kennen. Wobei ich mich frage, können wir uns den Nazifaschismus überhaupt wirklich vorstellen?

... doch noch was zu Rostock. Nach verschiedenen Berichten sind die Faschisten organisiert vorgegangen: Befehle über Funktelefon, Störung des Bullenfunks, ... Jugoslawien ist derzeit (auch) ein riesiges Trainingslager für Faschisten.

Wir wollen, daß diese Zeitung kopiert, daraus geklaut - wenns geht mit Quellenangabe und Belegexemplar an uns - ... wie auch immer: verbreitet wird.

Inhalt

Wandzeitung des Komitees:

Österreich - Hände weg von Jugoslawien

"Unsre Herrn, wer sie auch seien, sehen (säen) unsre Zwietracht gern, denn solang sie uns entzweien, bleiben sie doch unsere Herrn."

(Bert Brecht, Solidaritätslied)

Zensur und Desinformation durchbrechen!

Die österreichischen Medien ergehen sich in der Jugoslawienberichterstattung in plumper Schwarz-Weiß-Malerei:

Auf der einen Seite stehen: die "bösen Serben", auf der anderen Seite: die "guten" Slowenen, Kroaten, ... Auf der einen Seite steht die "ultrastalinistische" jugoslawische Bundesarmee, auf der anderen die "freiheitsliebenden" diversen Nationalgarden. Auf der einen Seite herrscht der "Tschetnik-Terror", auf der anderen die "legitime Selbstverteidigung".

Das ist gezielte Desinformation zur Rechtfertigung der österreichischen Jugoslawienpolitik, um die Bevölkerung hier zur Unterstützung der Regierungspolitik und zur Parteinahme für deren Interessen in diesem Krieg zu mobilisieren.

Klar ist, daß von allen Seiten Massaker verübt werden. Aber die Medien lügen n cht nur, und das vorsätzlich, sondern sie v- erschwei en auch vieles, was nicht ihrem Interesse entspricht:

Nie war davon die Rede, daß bereits lange vor Ausbruch der militärischen Auseinandersetzungen viele serbischen Menschen, die in Dalmatien (Adria-Küste) lebten, aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Systematisch wurden auf den Inseln vor der jugoslawischen Küste Serben und Serbinnen aus ihren Häusern gejagt, und anschließend wurden ihre Häuser in die Luft gesprengt. Diese Methode erinnert an das Vorgehen der israelischen Besatzer gegen palästinensische Menschen. In und um Knin errichtete danach die Kninsker Polizei Straßensperren und weigerte sich, auf ihren Uniformen das alte Wappen der Ustascha (kroatische Faschisten, die im 2. Weltkrieg mit den Nazis kollaborierten) zu tragen. Hatten die Ustaschisten doch hunderttausende Juden, Sinti und Roma, Serben und oppositionelle Kroaten ermordet.

Bei uns wird so getan, als wären die Menschen in Jugoslawien spontan dem nationalistischen Taumel verfallen. Nicht die Rede ist vom Druck und Terror der kroatischen "Autoritäten" auf kroatische Bewohner, den Terror auf ihre serbischen Nachbarn weiterzugeben. Wer nicht mitspielte, dem ging es so wie den Serben: sie wurden vertrieben.

Wären in den hiesigen Medien die systematischen Vertreibungsaktionen, die gezielte Aus- und Umsiedelungspolitik gegen serbische Menschen bekannt geworden, so hätte wohl auch jeder Mensch die darauffolgenden lokalen Auseinandersetzungen anders gesehen, als sie uns präsentiert wurden.

Das meinen wir, wenn wir uns gegen Zensur und Desinformation aussprechen.

Schluß mit Österreichs imperialistischer Politik der Kriegsbrandstiftung!

Seit Beginn der "Unabhängigkeits"bestrebungen im ehemaligen Jugoslawien zeichnen sich österreichische Politiker durch besondere Hetze aus.

Hervorzuheben ist dabei die Rolle von Außenminister Mock, der bei jeder sich bietenden Gelegenheit ein schärferes Eingreifen von außen fordert. Mock war es, der - zusammen mit dem deutschen Außenminister Genscher und dem italienischen Außenminister De Michelis (hier sind sich der "christlich-soziale" Mock, der "sozialistische" De Michelis und der "freiheitliche" Genscher einig) - zuerst die Anerkennungsdebatte aufbrachte, dann ständig eine raschere Anerkennung zuerst von Slowenien und Kroatien, danach von Bosnien und Mazedonien forderte und jetzt auch von Kosovo. Mit der Begründung: nur so könnten bewaffnete Auseinandersetzungen vermieden werden. Wir haben gesehen, was die Anerkennungen bewirkten.

Danach ging Mock dazu über, ein Eingreifen in den jugoslawischen Konflikt zu fordern, zuerst EG-Beobachter, dann UN-"Friedenstruppen", inzwischen ist er so weit, ein militärisches Eingreifen der UNO und wer weiß von wem noch allen zu fordern. Das bedeutet konkret, daß Mock als Vertreter Österreichs Jugoslawien 3 den Krieg erklärt (wir betonen hier "Jugoslawien", weil Wojwodina, Serbien, Montenegro und Kosovo immer noch ein Staat, nämlich die 3. jugoslawische Republik sind, und sich die Hetze daher nicht nur gegen Serbien - das ist eben das alte Schlagwort -, sondern gegen das jetzige Jugoslawien richtet).

Auch der Wiener Bürgermeister Zilk assistiert hier fleißig: er ließ sich in Kroatien in kroatischer Uniform fotografieren. Zilk fordert mehr oder weniger einen Kriegseintritt Österreichs. Jetzt ruft der SPÖ-Generalsekretär Schieder bereits nach einer Beteiligung Österreichs an einer "europäischen Polizeiaktion" in Vorwegnahme der entsprechenden Mitgliedschaften (WEU, NATO, ...).

Nieder mit dem nationalen und jeglichem Chauvinismus - Es lebe die Völkerfreundschaft!

Die österreichischen Politiker und die Medien betonen bei jeder Gelegenheit das "Recht auf nationale Selbstbestimmung" im ehemaligen Jugoslawien. Das ist nichts als Heuchelei, Betrug. Sollen wir Leuten glauben, die seit Jahrzehnten blendende Geschäfte mit dem südafrikanischen Apartheid-Regime machen, die die Frage des Selbstbestimmungsrechts z.B. in Nordwest-(Türkei-)Kurdistan oder auf Korsika nur dann aufwerfen, wenn sie gerade im Streit mit der türkischen bzw. französischen Regierung sind, um es dann gleich wieder zu vergessen, sobald der Streit beigelegt ist? Ihnen geht es in Wirklichkeit nur darum, das Gebiet Ex-Jugoslawiens in mundgerechte Brocken für österreichische Banken und Firmen zu zerstückeln. Dadurch, daß der Handel zwischen den einzelnen Republiken zusammengebrochen ist, sind sie viel mehr von den Industriestaaten abhängig geworden. So wird Slowenien derzeit von österreichischen Unternehmen regelrecht aufgekauft.

Was soll schon "nationale Selbstbestimmung" z.B. in Kroatien oder Slowenien für einen Sinn haben, ohne Rechte für ethnische Minderheiten, für die arbeitenden Klassen, die Arbeitslosen, ... Diese Art von "nationaler Selbstbestimmung" bedeutet doch nichts anderes, als daß die Metropolen ihre Ausplünderungsmaßnahmen ungestört durchführen können, und dem IWF wie der Weltbank der Zugriff gesichert wird.

Weder Mock noch Zilk noch irgendwelchen Journalisten geht es um die Rechte der Menschen z.B. in Kroatien. Denn dann müßten sie doch vehement gegen das derzeitige Regime in Zagreb auftreten, das sich mit dem Zeichen der Ustascha-Faschisten schmückt, dessen Präsident Tudjman

das Ausmaß der Massenmorde im 2. Weltkrieg leugnet, wo es - im Gegensatz zu Serbien und Vojvodina, aber ganz ähnlich wie in Österreich - keine unabhängigen Radiosender gibt, wo ständig Artikel aus den noch einigermaßen liberalen Zeitungen herauszensuriert wurden, oder gar deren Erscheinen be-/verhindert wird, wo männliche bosnische Flüchtlinge in die kroatische Armee zwangseingegliedert werden, wo systematisch die Serben und Serbinnen, Juden und Jüdinnen, Roma, Sinti und alle "nicht-kroatischen" Menschen zu Menschen zweiter Klasse gemacht wurden.

Niemand von den "Selbstbestimmungsfreunden" hat etwas daran auszusetzen gehabt, daß bei der Volksabstimmung in Slowenien über die Unabhängigkeit von Jugoslawien nur "slowenische" Menschen stimmberechtigt waren. Aber es wurde viel Wirbel gemacht über den Boykott der Volksabstimmung über die "Unabhängigkeit" Bosniens seitens der serbischen Menschen in Bosnien. Wie diese Unabhängigkeit aussieht, erleben wir zur Zeit: das "freiheitsliebende" Kroatien, die Bundesarmee, sowie diverse faschistische Banden wie die von Paraga zerstückeln das "unabhängige" Bosnien, wobei alle friedliebenden Menschen egal welcher "Nationalität" aufgerieben werden.

Gerade in Bosnien zeigt sich der reaktionäre Charakter der nationalistischen Kräfte ganz klar: die Aufteilung unter kroatische und serbische Nationalisten bedeutet immenses Elend für hunderttausende Menschen. Nationalismus am Balkan war niemals eine Lösung für die sozialen Probleme.

Auch die oppositionellen nationalistischen Kräfte in Serbien, die sich heute gegen die Kriegspolitik von Milosevic und gegen eine imperialistische Intervention aussprechen, treten für das "legitime" Recht der SerbInnen ein, eine Vormachtstellung am Balkan auszuüben. Alles natürlich unter kapitalistischem Vorzeichen. Wir wenden uns entschieden gegen diese Kräfte, denen "Freiheit" nichts anderes bedeutet, als Unterdrückung und Ausbeutung aller werktätigen Menschen in Serbien und massive nationale Unterdrükkung von Minderheiten wie den Albanerinnen im Kosovo, denen jegliche Rechte verwehrt werden.

Das meinen wir mit Chauvinismus, und gegen den hilft nur das Miteinander der Menschen aller Nationalitäten. Das haben z.B. Menschen in Sarajevo gezeigt, als sie Namensschilder von Wohnungen entfernt haben, damit Nachbarn nicht von der einen oder anderen kriegführenden Seite terrorisiert werden.

Weg mit der UNO-Blockade gegen Jugoslawien 3!

Die Blockade, die die UNO (genauer gesagt: der UN-Sicherheitsrat) gegen Jugoslawien 3 verhängt hat, richtet sich gegen alle Bewohner und Bewohnerinnen dieses Landes (und die, die sich im Westen als "Gastarbeiter" ausbeuten lassen. Sie werden mit bürokratischen Schikanen, z.B. Visumpflicht, um wertvolle Urlaubszeit und Geld beraubt). Täglich werden importierte Lebensmittel knapper, während einheimische immer teurer werden, und das bei einer gigantischen Zahl von Flüchtlingen - mehrere Hunderttausend! -, über die unsere Medien natürlich auch nicht berichten. Laut Rotem Kreuz sind dort bereits über 30 000 Menschen vom Hungertod bedroht.

Aber nicht nur die Lebensmittel werden knapp, es herrscht bereits Medikamentenmangel. Die Pharmaindustrie in Jugoslawien war hauptsächlich in Kroatien angesiedelt, natürlich kommen von dort schon lange keine Medikamente mehr. Diese würden aber gerade jetzt, wo viele Verwundete nach Serbien und in die Wojwodina fliehen, dringend benötigt. Durch die Blockade ist es auch nicht mehr möglich, Medikamente für teure Devisen legal im Ausland zu kaufen. Was so eine Blockade bewirkt, sehen wir im Irak: Schätzungen besagen, daß heuer noch 150 000 Kinder sterben werden, weil es wegen der Blokkade nicht genug Lebensmittel und Medikamente gibt.

Die Blockade gegen Jugoslawien 3 ist der Beginn des Krieges von außen gegen dieses Land, ein Krieg mit anderen Mitteln.

Imperialistische Truppen raus aus Jugoslawien!

Deutschland ignoriert sein Grundgesetz, um beim nächsten Krieg dabei zu sein. Wie schon im Feldzug gegen den Irak beteiligt sich Deutschland auch am Krieg in Jugoslawien. Das Schlachtschiff "Bayern" kreuzt bereits vor der jugoslawischen Küste. Ebenso wurden NATO-Kriegsschiffe und Flugzeugträger in die Adria entsandt, zunächst "nur" zur Durchsetzung der Blockade.

Soldaten verschiedenster imperialistischer Staaten stehen in Bosnien und Teilen Kroatiens als UN-Soldaten, gelegentlich erwidern sie bereits das Feuer in Sarajevo. Es ist klar, daß diese Truppen in absehbarer Zeit aktiv in die Kämpfe eingreifen werden. Mock und andere überlegen bereits laut, wie viele Truppen, Panzer, Flugzeuge und andere Kampfmittel wohl für einen Krieg in Jugoslawien benötigt werden. Beinahe täglich kommen Staaten dazu, die bei der imperialistischen Neuaufteilung des Balkans mitmachen wollen. Z.B. die Türkei erklärte sich zur "Schutzmacht" für die bosnischen Moslems.



Österreich, Deutschland und Italien haben sich als erste festgelegt und zwar "gegen Serbien". Die alte Mittelachse, die schon den 2. Weltkrieg vom Zaun gebrochen hat, lebt wieder auf.

Die Internationalisierung dieses Konflikts läuft auf einen Krieg am gesamten Balkan hinaus, und es ist durchaus möglich, daß sich dieser Krieg zum Weltbrand ausweitet.

Davon haben die Völker wiederum nur Elend, Not, Zerstörung, Tod. Aber Krieg ist halt ein gutes Geschäft für die Herrschenden, nicht nur für die Rüstungsfirmen.

Aufhebung der Visumspflicht für Flüchtlinge aus Jugoslawien 3! Keine Abschiebung und Auslieferung von Kriegsflüchtlingen und Deserteuren!

Österreich hat die Grenzen dicht gemacht, es kommen kaum mehr Flüchtlinge durch. Seit 2 Jahren bewachen Truppen des Bundesheeres die Grenze zu Ungarn und Slowenien.

Auf dem gesamten Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens halten sich bereits über 2 Millionen Kriegsflüchtlinge, Vertriebene auf, sowohl in Kroatien, als auch in Slowenien, Serbien, in der Wojwodina ...

Trotz der schlimmen Versorgungslage durch die UN-Blockade nimmt Jugoslawien 3 immer noch Flüchtlinge jeder Nationalität auf.

Viele Wehrpflichtige in Jugoslawien 3 sind bei Erhalt ihres Einberufungsbefehls desertiert, weil sie nicht gegen ihre Brüder und Schwestern kämpfen wollen. Nicht nur Deserteure, sondern alle von diesem Krieg Bedrohten müssen die Chance auf Einreise nach Österreich - und in alle anderen westeuropäischen Länder erhalten.

Auf der ganzen Welt flüchten Millionen Menschen vor den Folgen der imperialistischen Politik: Vor Krieg, Unterdrückung, Hunger, Wassermangel. Dieses Elend haben vor allem die Herrscher der westlichen Staaten zu verantworten, die rücksichtslos den Erdball ausplündern.

In Somalia z.B. sind 2 Millionen Menschen vom Hungertod bedroht, das ist ein Drittel der gesamten Bevölkerung dieses Landes. In Bangla Desh, einem der ärmsten und bevölkerungsreichsten Länder dieser Erde, halten sich hunderttausende Flüchtlinge auf. Aber Bayern brüstet sich damit, daß es jetzt doch noch einige tausend Flüchtlinge aufnimmt. In Bayern heißt Flüchtlingsdasein, in Containern wohnen zu müssen, mit Stacheldraht von der Außenwelt abgeschirmt. In Österreichs Flüchtlings-"Pensionen" ist die Situation nicht besser, und da wiederum besonders in den Häusern im Besitz der Republik.

Schluß mit den Auslieferungen von Deserteuren an Kriegsparteien! Keine Zwangsrekrutierungen!

Bosnische Männer, die vor dem Krieg nach Kroatien fliehen, werden aus den Zügen und Bussen geholt und zwangsweise in die kroatische Armee eingegliedert, die gerade auf Beutezug in eben diesem Bosnien ist (es wurde bereits eine "Kroatische Republik" auf dem Territorium des "unabhängigen" Bosnien ausgerufen). Wir müssen Druck auf die österreichischen Politiker ausüben, daß sie die Herrschenden in Kroatien nicht weiter unterstützen. Und wir müssen die Menschen in Kroatien unterstützen, die gegen diese Zwangsrekrutierungen ankämpfen.

Solidarität mit den Ausgebeuteten und unterdrückten Volksmassen in Jugoslawien! Unterstützung der Antikriegsbewegung! - Für unabhängige Medien!

Die Kriegstreiber und -betreiber wollen: den Krieg. Sie erzählen zwar unablässig, daß sie den Krieg führen müssen, um den Frieden herzustellen, tatsächlich aber bringen sie nichts als Elend über die Menschen.

Die Menschen in Bosnien, in Kroatien, in Serbien wollen keinen Krieg. Es gibt Ansätze einer Antikriegsbewegung in allen Teilen des ehemaligen Jugoslawien. Wir haben das Beispiel der Menschen in Sarajevo gebracht, aber auch in Dörfern in Bosnien versuchen Menschen verschiedener Nationalität, sich gegen jeden Angreifer zusammenzutun. Die Menschen wollen den Frieden, nicht den Nationalitätenhaß.

Sowohl in Belgrad als auch in Sarajevo gab es Massendemonstrationen gegen den Krieg - in Sarajevo wurde auf die friedlichen Demonstranten das Feuer eröffnet. In Kroatien gibt's bloß ein absolutes Minimum an Kundgebungen, aber nicht, weil es dort nur Kriegstreiber gäbe, sondern weil in Kroatien ein Regime an der Macht ist, das jegliche Opposition zerschlägt. Alternative Zeitungen und freie Radios sind nicht zugelassen, Pazifisten werden bedroht ...

Nur die Kriegsgegner können diesen Krieg beenden, deshalb müssen wir sie mit allen Mitteln unterstützen. Sowohl finanziell - Antikriegszentren, aber auch Frauenzentren sind von Schließung bedroht, da sie ihre Mieten nicht mehr zahlen können - als auch durch Kundgebungen gegen die Kriegshetzer hier im Land. Denn der Feind steht überall im eigenen Land: Tdjman u.a. in Kroatien, Panic u.a. in Jugoslawien 3, ... Mock und alle Kriegshetzer in Österreich.

"Schwarzer, Weisser, Brauner, Gelber! Endet ihre Schlächtereien! Reden erst die Völker selber, werden sie schnell einig sein."

(Bert Brecht: Solidaritätslied)

Material von: International Peace Information Service - IPIS, Antwerpen, Belgium +32-3-2250022/2250799 (fax), Übersetzung und Bearbeitung: Wiener GenossInnen

Materialien zur militärischen Aufrüstung in Jugoslawien

(Abkürzungsverzeichnis der Quellenangaben im folgenden Artikel: IHT = International Herald Tribune, DM = , SIPRI = , JDW = Jane's Defense Weekly, LM = Le Monde, DS = De Standaard. JVA = Jugoslawische Volksarmee – wenn wir in diesem Zusammenhang von "Slowenen", "Serben" etc. schreiben, so meinen wir damit jeweils die, die konkret angesprochen sind: "Die slowenische Territorialverteidigung", "die jugoslawische Regierung" und auf keinen Fall die Menschen irgendwo. Die kommen nämlich hier kaum vor.)

Die lange Vorbereitung Sloweniens auf die Unabhängigkeit ...

Im Juli 1991 eklärte Anton Bebler, Militärberater für die slowenische Regierung, in einem Artikel in der IHT, daß sein Land seit 1989 für über 50 Millionen Dollar Waffen aus der Sowjetunion, Deutschland und Österreich gekauft hätte. (DM, 30.1.92) Auch nach SIPRI hat sich Slowenien zwei Jahre lang auf die Unabhängigkeit vorbereitet. Die Slowenen besitzen deshalb u.a. M-56 MGs ("submachine guns"), die Nachbauten von deutschen MP-40, aber in Jugoslawien produziert sind. Während der Auseinandersetzung mit der JVA hatten die Slowenen auch rumänische AK-47 und ungarische AMD-65 bei sich. Armbrust-Anti-Panzer-Waffen, hergestellt in Deutschland (von MBB), wurden über Singapur bezogen. Die Slowenen erbeuteten auch eine Menge gepanzerter Fahrzeuge von desertierenden JVA-Truppen. (S.409, Quelle: JDW 13.7.91) Slowenien gab 50 Millionen Dollar für Importe aus Deutschland, Österreich, Singapur, der Sowjetunion und osteuropäischen Ländern aus.

Während der Auseinandersetzungen zwischen der JVA und der seit Mitte 1991 dem neuen Staat Slowenien untergeordneten Territorialverteidigung erhielten die Slowenen "ihre Feuerkraft besonders aus der Menge an Waffen inklusive Infanterie und Luftabwehrwaffen (aus Beständen der JVA bzw. Territorialverteidigung, Anm. Vert.), sie hielten das Gleichgewicht, als die JVA versuchte, die Territorialverteidigung zu entwaffnen. Die Slowenen behielten 40% ihrer Waffen" (SIPRI-Jahrbuch 1992, S.408). Die Waffenproduktion war über das gesamte jugoslawische Territorium verstreut, Slowenien zog seine Truppen (d.h. Teile der JVA desertierten und schlossen sich der Territorialverteidigung an) aus der Bundesarmee ab und errichtete ein eigenes respektables Waffenlager. (DM, 30.1.92)

Die Lebanese Forces, die größte christliche Gruppe im Libanon, sollen im Frühjahr 1991 die meisten ihrer Waffen im Wert von 100 Millionen Dollar geheim an die sich abspaltenden Republiken Slowenien und Kroatien verkauft haben. (Unabhängigkeit von Kroatien und Slowenien: 25.6.1991) Viele Waffen kamen aus der Sowjetunion, wo wie im Libanon nicht alle Waffen unter zentraler Kontrolle sind. (JDW, 25.7.92) Taktische Überwachungs-Radarsysteme (AN/TPS 70 - Reichweite 450 km), geliefert von Westinghouse Electric Corp. (USA), wurden am internationalen Flughafen von Ljubljana installiert. Die Firma übernahm damit einen Vertrag mit der Firma Siemens (BRD), weil Siemens erwartete, daß die deutsche Regierung dem Vertrag nicht zustimmen würde. (Jugoslawien erstand vier solche Systeme in den frühen 80er Jahren.)

Aufrüstung aller Art in Kroatien

Artikel, die im März 1992 in deutschen Zeitungen über die aktive Präsenz von bewaffneten deutschen Neonazis in den kroatischen Streitkräften veröffentlicht wurden, verstärken den Eindruck, daß der kroatische Freiheitskampf von kriminellen Elementen unterwandert ist. (Siehe auch den Artikel "Kroatiens faschistische Söldner ..." in diesem Verteiler)

Im September 1991 entdeckte die JVA (bei einer Grenzkontrolle?) 520 R-4 Sturmgewehre in Kroatien, die südafrikanische (Hersteller-?)Firma Armscor and Manufacturer Lyttleton Engineering Works dementierte jeden direkten Zusammenhang. Die Waffen waren im Gepäck eines britischen Mittelsmannes versteckt. Auf der Bestelliste wurden ebenfalls erwähnt: 10 000 Kalaschnikows, 5 000 amerikanische M-16 Gewehre und einige sowjetische RPG-7 Anti-Panzer-Raketen. (JDW, 30.5.92) Nach Experten in Zagreb wurden die Waffen am freien Markt von einer dritten Partei, die als "Black African Nation" bezeichnet wurde, beschafft. (DM 30.1.92) Ein Drogenhändler am Balkan (ein Kosovo-Albaner?) soll den Ankauf von Waffen und Munition in der Schweiz finanziert haben. Die Waffen wurden an kroatische Milizen und andere bewaffnete Gruppen in Jugoslawien verkauft. (IHT, 6.3.1992) Kroatien und Slowenien haben Waffen um 100 Millionen Dollar von den christlichen "Lebanese Forces" (die am stärksten bewaffnete christliche Fraktion im Libanon) gekauft: Artillerie, Raketenwerfer, Maschinengewehre, Munition. Nach der libanesischen Zeitung "Safir" wurde eine Schiffsladung von Waffen an eine unbewaffnete Gruppe in Jugoslawien geschickt. Libanesische Bürgerkriegsparteien versuchen nach der "Aussöhnung" 1991 ihre Waffen loszuwerden. (DM 30.1.92 und IHT 2.7.92) Brigadier Milan Macek (ein früherer Luftwaffenpilot, der nach Kroatien übergelaufen ist) sagte, daß seit Mitte Jänner, als die EG Kroatien anerkannte, es für seine Regierung bedeutend einfacher geworden sei, Kampfflugzeuge, Anti-Flugzeug-Waffensysteme und andere Waffen aus EG-Ländern zu kaufen. "Wir erwarten, daß wir unser Defizit an Flugzeugen in weniger als einem Monat ausgleichen werden", sagte er. Nach dem Brigadier ermöglichen es die bestellten Luftabwehrsysteme den Kroaten, sich gegen Jets, die tiefer als 6 000 Meter fliegen zu verteidigen. Ein kroatischer Geschäftsmann in Zagreb sagte in einem Interview, daß die kroatischen Piloten in Basen in der früheren DDR ausgebildet würden. Er sagte, daß sie sowjetische MiGs fliegen würden, die Deutschland bei der Wiedervereinigung erbeutet hat. Der Brigadier Macek wollte eine entsprechende Frage nicht kommentieren. (DM 30.1.92 und IHT 2.7.92) Kroatien soll eine eigene Waffenindustrie aufbauen. Südafrikanische und israelische Feuerwaffen werden nachgebaut und 200 im Krieg erbeutete Panzer werden repariert. Die Kroaten behaupten, mehr als 150 Panzer der letzten Modelle (u.a. deutsche Leopard) zu besitzen. Die Luftwaffe besitzt zumindest 1 MiG-21, mit der im Februar ein jugoslawischer Pilot über Pula nach Kroatien geflohen ist. Pläne, weitere Flugzeuge zu erwerben, wurden durch das UN-Embargo zum Stehen gebracht. (DS 11.8.92 - Quelle: AP)

Im Oktober 1991 entdeckten schweizer Journalisten, daß 50 "Saurer-Bern"-LKWs der schweizer Armee nach Zagreb verkauft worden waren, getarnt als Rot-Kreuz-Fahrzeuge und offiziell als "humanitäre Hilfe" deklariert. Frühere Lieferungen waren anstandslos durchgegangen, aber der Verteidigungsminister wurde zur Verhinderung dieser Transporte gezwungen, als bekannt wurde, daß eine extrem nationalistische "Allianz der kroatischen Gesellschaften in Zentralkroatien" der Endabnehmer der LKWs war, und daß ein sympathisierender schweizer Kroate als Mittelsmann fungiert hatte. Die Schweiz ist ein neutrales Land und militärische Lieferungen an Jugoslawien sind selbstverständlich illegal.

Anfang Dezember wurde in Ungarn eine Waffenlieferung aus Chile entdeckt, offensichtlich auf dem Weg zu kroatischen Separatisten. Die elf-Tonnen-Fracht - darunter Boden-Luft-Raketen -, die als medizinische Ausrüstung deklariert war, wurde von der ungarischen Polizei aufgehalten, als sie auf Laster verladen wurde, um nach Kroatien geschickt zu werden. Die Waffen waren als "made in Chile" deklariert, aber sowohl die chilenischen Behörden als auch Cardoen, Chiles größte Privatfirma in der Waffenbranche, dementierten jegliche Beteiligung daran.

Im Herbst 1991 wurde bekannt, daß die ungarische staatliche Firma FEG im Jänner 1991 20 000 Kalaschnikows an den kroatischen Widerstand geliefert hatte. Weil auf diese Entdeckung hinauf ein striktes Waffenexportverbot durch die ungarische Regierung verhängt wurde, machte die Firma Ende November pleite. (DM, 30.1.92) Präsident Franjo Tudjman dementierte, daß Kroatien irgendwelche offiziellen Abmachungen mit Ungarn über Waffenim-

porte hat. Auf die Frage, ob große Mengen an Waffen inoffiziell über Ungarn nach Kroatien gekommen seien, antwortete der Präsident: "Kein Kommentar". (IHT, 19.2.92)

Im Februar 1992 sagte der Chef der kroatischen Luftwaffe, daß es für seine Regierung seit Mitte Jänner, als die EG Kroatien anerkannt hatte, bedeutend einfacher geworden sei, Kampfflugzeuge, Boden-Luft-Systeme und andere Waffen von europäischen Regierungen zu beziehen. In der selben Woche wurde ein UN-Report veröffentlicht, in dem der Generalsekretär Boutros Ghali sagte, er sei verunsichert durch Berichte, daß das UN-Waffenembargo nicht eingehalten werde (International Herald Tribune, 19.2.1992).

Norbert Gansel, Sprecher der deutschen SPD: "Große Mengen an Waffen und Munition" wurden aus der früheren DDR verkauft. Geheimdienste bestätigen, daß reiche kroatische Emigranten in Kanada, den USA, Australien, Neuseeland und Deutschland Waffentransporte finanzieren. UN-Experten bestätigen diese Aussagen. (DG, 6.2.92) Im August 1991 sammelten Kroaten 300 Millionen Dollar in den USA und anderen Ländern zum Waffenankauf ein. (IHT, 19.2.92, Quelle: AP) Ebenfalls im August 1991 verhafteten amerikanische Zöllner vier Männer aus Chicago von der kroatischen Gruppe "OTPOR". Diese Gruppe scheint sich nach Waffen in den USA umzusehen. Sie hatten 12 Millionen Dollar zur Verfügung für Stinger-Raketen, Gewehre und Nachtsichtgeräte. (DM 30.1.92)

Im Militärisch-Industriellen Komplex lebt das geeinte Jugoslawien weiter

Die JVA soll Boden-Boden-Raketen vom Typ R-65 (Luna-M) abgeschossen haben. Dieser Raketentyp ist ein Nachbau der sowjetischen Frog-7. Diese nicht-lenkbaren (? - "non-guided") Raketen haben eine Reichweite von 70 km. Westliche Quellen bestätigen die Existenz von ca. 16 mobilen Abschußrampen (ZIL-135 Lastwagen) und einigen hundert Raketen dieses Typs in der JVA. (LM 31.12.91, Quelle: die kroatische Agentur HINA) Die jugoslawische Industrie war großteils ausreichend zur Selbstversorgung, weil sie von Tito als Antwort auf die Drohung einer sowjetischen militärischen Intervention aufgebaut worden war. Von 1980-90: 90% der Waffenproduktion ist für die Volksarmee (JVA) bestimmt. Das Land ist immer noch der 12.-größte Waffenexporteur. Die Waffenindustrie ist hauptsächlich in Bosnien angesiedelt. (DS, 11.8.92)

Trotz des Embargos bedeutet der Krieg immer noch eine Bereicherung für Waffenhändler und lokale Waffenfirmen. Bei der großen Waffenmesse im Mittleren Osten in Dubai Anfang November 1991 versuchte Jugoslawien, militärisches Gerät zu kaufen und zu verkaufen. Offiziere der Armee zeigten Interesse an M-48 Panzern, die im Golfkrieg von der kuweitischen Armee verwendet worden waren, und sie versuchten, diese im Austausch für ihre Raketensysteme mit einer Reichweite von 50 km zu erstehen.

Trotz des Krieges scheint es eine ironische Form der Zusammenarbeit zwischen den Kriegsparteien zu geben. Ende März 1992 wurde von Tanjug berichtet, daß die kroatischen und die jugoslawischen bewaffneten Kräfte kooperieren, um Kampfpanzer zu erzeugen, die nach Kuweit exportiert werden sollten. Diese Panzer der modernsten Bauart, die die regionale Waffenindustrie erzeugen kann, werden in einer Fabrik in Slavonsky Brod, 120 km östlich von Zagreb gefertigt. Die Kontrolle über die Produktion liegt bei den kroatischen Streitkräften, aber die aktive Zusammenarbeit mit Jugoslawien muß garantiert sein, um die Einhaltung des Vertrags zu sichern. General Anton Tus, der Chef des Generalstabs der kroatischen Armee, sagte, daß die Produktion und der Export von Waffen in andere Länder im gemeinsamen Interesse beider Konfliktparteien sei. Nach diesem Kommandant wurden die Kontakte der Fabrik mit anderen Waffenfabriken 1991 unterbrochen, aber die kroatische Armee entschied sich Anfang 1992, daß es notwendig sei, die Abmachungen mit Kuweit einzuhalten. Während Jugoslawien in Gewalt und Terror zerfällt, scheint der militärisch-industrielle Komplex der letzte Sektor mit einem "all-jugoslawischen" Bewußtsein zu sein. Nach Colonel Anastas Paligoric, dem Marketingdirektor der föderalen Handels- und Beschaffungsorganisation SPDR, ist Jugoslawien gerade noch nicht unter den 10 führenden waffenexportierenden Ländern der Welt. Nach diesem Colonel machten die Verkäufe militärischer Ausrüstung 1991 460 Millionen Dollar aus, und die Bestellungen für 1992 sind noch höher. Es gibt Handelsverbindungen mit Ägypten, Kuweit und Libyen und neue Märkte in Saudi-Arabien, Pakistan und Iran scheinen vielversprechend. In Indien wurde eine Bestellung für Panzer-Waffenleitsysteme abgeschlossen, wobei die Franzosen ausgebootet wurden. Die Produktion der oben erwähnten Kampfpanzer für Kuweit wird vom Colonel als Beweis angesehen, daß Jugoslawien immer noch eine überlebensfähige Nation ist, und er ist stolz auf seine SPDR-Organisation, die 1992 ihr 20jähriges Bestehen feiert. Trotz Krieg wurde im April angekündigt, daß SPDR im Juni eine Ausstellung von Verteidigungselektronik machen würde. Diese Ausstellung, genannt DEFEL, hat das Ziel, westliche Firmen und potentielle Käufer aus dem Mittleren Osten und Asien anzuziehen. (JDW, 4. und 25.4.1992)

Und immer wieder die selben Connections

Der Observer berichtet über die Connection Belgrad-Bagdad. Irakische MiG-23 Jets wurden in Belgrad gesehen. In den 80er Jahren, während des ersten Golfkriegs, verkaufte Jugoslawien Waffen an den Iran und an den Irak. Es ist nicht klar, wie die MiG-23 nach Jugoslawien kamen, ob direkt vom Irak, bevor der zweite Golfkrieg ausbrach, oder über den Iran. Der gemeinsame irakisch-jugoslawische M-87-Orkan soll ebenfalls nahe Sarajevo eingesetzt werden. Dieser mehrfach verwendbare Raketenwerfer verschießt Cluster-Munition und hat eine Reichweite von 50 km. Die Serben sollen auch die Entwicklung von weittragenden Kanonen auf der Basis des notorischen "Superkanonenbauers" Dr. Gerald Bull planen. (Dieser wurde vor dem Golfkrieg umgebracht, angeblich wegen der engen Verbindung seiner in Belgien ansässigen Firma Space Research Corp. und dem Regime in Bagdad.) (Observer, 31.5.92) Die Belgrader unabhängige Zeitung "Vreme" berichtete unlängst über einen Schmuggel von 13 000 Tonnen Waffen über den montenegrinischen Hafen Bar mit der Herkunft Libanon (christliche und moslemische Milizen).

Ebenfalls im November erklärte der jugoslawische Generaldirektor für Versorgung, daß Jugoslawien in Verhandlungen zur Zusammenarbeit mit General Dynamics für ein Multi-Millionen-Dollar-Programm zur Produktion von Super-Galeb, fortgeschrittenen Trainings- und leichten Angriffsflugzeugen stehe. Der Sprecher von General Dynamics dementierte jegliches Engagement, gab aber zu, daß es Gespräche darüber gäbe. Ende April bestätigte die Firma diese Gespräche mit der jugoslawischen Flugzeugfirma SOKO in Mostar in Bosnien-Herzegowina, die bereits vor dem Krieg geführt, aber auf die Zeit nach Kriegsende verschoben worden wären. Während dieser Zeit wurde berichtet, daß die Firma nächtlichen Bombenangriffen durch die Kroaten ausgesetzt sei. (JDW, 25.4.1992)

"Elemente" der früheren sowjetischen Streitkräfte und anderer Warschauer-Pakt-Staaten: 1991 importierte die JVA an große Menge an militärischem Gerät aus der früheren Sowjetunion, nicht unbedingt über offizielle Kanäle. Sogenannte "Elemente" der früheren sowjetischen Streitkräfte errichteten Privatfirmen und agierten als Mittelsmänner zum Schwarzmarkt, der Waffen über Rumänien nach Serbien schmuggelte. Einige der Waffen erreichten die Kroaten und die Moslems. Der russische Verantwortliche des Außen- und Handelsministeriums, Abteilung Waffenhandel, Vladimir Pachomov, dementierte jegliche Verantwortung und bezeichnete alle Berichte über illegalen Waffenhandel als falsch. (DS, 11.8.92, Quelle: Associated Press London)

Die JVA-Depots an Waffen und Munition sind voll. Über tausend Panzer und einige tausend gepanzerte Fahrzeuge, 400 Kampfflugzeuge und 200 Hubschrauber stehen zur Verfügung, aber nach allen unseren letzten Information gibt es ein enormes Defizit an ausgebildeten Piloten. Marine: 4 Fregatten (mit Boden-Boden- und Anti-U-Boot-Raketen), 15 Raketen-Küstenboote und 14 Torpedoboote. (DS 11.8.92 - Quelle: AP)

Bei den folgenden Meldungen ist uns nicht ganz klar, was wohin geliefert wurde:

Jedenfalls sind die USA eine wichtige Quelle, da dort "kleine" Waffen aufgrund

des Rechts, Waffen zu tragen, offen gekauft werden können. Gewehre und Flinten aus den USA wurden in großer Anzahl von deutschen und österreichischen Zöllnern gefunden. (S.408, Quelle: Frankfurter Rundschau, 16.9. und 19./20.9.1991)

Auch in Rumänien wurden große Waffentransporte entdeckt, ebenfalls durch Privatfirmen in den USA, Italien und Israel. Nachdem einer der italienischen, mit der Mafia zusammenarbeitenden Waffenhändler verhaftet wurde, berichtete der italienische Staatsanwalt, daß die Abnehmer 5 Millionen Dollar zurückverlangten, die sie auf ein schweizer Bankkonto eingezahlt hatten. Zur italienischen Mafia: nach Militärexperten gibt es Waffenhandelsrouten zwischen italienischen Häfen und Montenegro. Experten des Internationalen Instituts für Strategische Studien in London bestätigen dies.

Nachtrag - zur Erinnerung: Es verdienen noch mehr -: "Waffen brauchen Grundlagen"

Neben dem riesigen Schwarzmarkt für Waffen scheint es auch jede Menge Quellen für z.B. Öl und Stahl zu geben:

Viele Geschäfte werden über Österreich abgewickelt. Die Routen verlaufen durch Rumänien und Ungarn oder über die Adria und die Donau. Rumänien exportiert Öl über die Donau nach Serbien (The Guardian - TG, 10.8.92) Die Ukraine exportiert Stahl nach Serbien (TG, 10.8.92) Die adriatische Küste scheint zu lang zu sein, um eine effiziente Kontrolle des Embargos durchzuführen.

Wer macht denn hier den Profit - Das Unrecht hat einen Namen (die Adressen kennen wir leider nicht)

Der Artikel aus dem "Intruder" muß in Verbindung mit dem letzten Artikel verstanden werden, hier gibt es - von seiten des nunmehrigen Jugoslawien und der USA - aufschlußreiche Hinweise auf die persönlichen Verflechtungen innerhalb der verschiedenen politischen und militärisch-industriellen Cliquen.

(Material aus: The Intruder Nr. 5, Ljubljana 1992; deutsche Fassung aus: alpe-adria, Vorabdruck aus Nr. 3/92)

Die Armee gegen das Land - Eine Geschichte über den Krieg in Kroatien

von Ivo Skoric

Was verbindet das State Department, die US-Rüstungsindustrie, die jugoslawische Armee und den serbischen Präsidenten: Business ...

Wirtschaftsfaktor Armee

Die jugoslawische Armee war die wichtigste Industrie des Landes. Sie übertraf mit einem jährlichem Export von 3 Milliarden Dollar selbst die Tourismuswirtschaft, die hauptsächlich an den Küstengebieten von Kroatien angesiedelt ist, um das Doppelte. Der Fall der Berliner Mauer, die Selbstauflösung des Warschauer Paktes und das Ende des Kalten Krieges stürzte Länder wie Jugoslawien und die Vereinigten Staaten, die bisher in großem Ausmaß von Waffenverkäufen gelebt haben, in eine schwere ökonomische Krise, die zumindest die USA - wir meinen wieder: den militärisch-industriellen Komplex - auch durch die Aggression gegen den Irak abfingen. In Kalifornien zum Beispiel sank aufgrund der Auftragsrücklage in der Rüstungsindustrie die Wachstumsrate der Wirtschaft um 30% und es kam zu Kündigungen von 60.000 Arbeitern in Rüstungsbetrieben.

Die Waffenhandelsorganisation der jugoslawischen Armee nennt sich kurz FDSR (Federal Directorate of Supplies and Reserves). FDSR wickelt seine Geldgeschäfte über Beobanka ab, die bedeutendste Bank Jugoslawiens mit Hauptsitz in Belgrad. Beobanka steht an 359. Stelle der Weltbankrangliste und ist mehr als vier Mal so groß wie die größte Bank in Kroatien, Privredna Banka, Zagreb. Slobodan Milosevic, der serbische Präsident, war Manager der Zweigstelle der Beobanka in New York und später Vorsitzender der Beobanka in Belgrad.

US-Diplomatie und Jugo-Rüstungsindustrie

Während Milosevic die Beobanka leitete, war Lawrence Eagleburger, derzeit stellvertretender US-Staatssekretär, US-Botschafter in Belgrad (1977-1981), und Cyrus Vance, der nun die UNO-Friedensverhandlungen in Jugoslawien leitet, war US-Staatssekrätär. Beide, Eagleburger und Vance, hatten stets beste Beziehungen zu der US-Rüstungsindustrie und zur US-Verteidigungspolitik. Vance war schon während des Vietnamkrieges (erfolgloser) US-Friedensunterhändler bei der Friedenskonferenz in Paris 1968. Später war er Verteidigungsminister und saß im Aufsichtsrat von General Dynamics, einem Unternehmen, das sich hauptsächlich mit Waffenproduktion beschäftigt. Eagleburger war Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium, politischer Berater der US-Mission bei der NATO und Assistent des US-Präsidenten in Sachen der nationalen Sicherheit, Präsident und Vorstandsvorsitzender von ITT (ebenfalls ein Rüstungsbetrieb) und Präsident der Kissinger Associates. Kissinger Associartes liefert globale Strategien und geopolitische sowie ökonomische Analysen für ein fixes Honorar von $ 150.000 bis $ 200.000 pro Auftrag. Eagleburger war zur selben Zeit Vorsitzender bei ITT und Präsident der Kissinger Associates. Indem Eagleburger ITT von Kissinger Associates beraten ließ, kassierte er von beiden Firmen. Kissinger, Gründer und Vorsitzender der Kissinger Associates, wurde beschuldigt, einer der Drahtzieher des Militärputsches in Chile gewesen zu sein. Beweismittel für seine Aktivitäten konnten aber aus Gründen der nationalen Sicherheit nie einem Gericht vorgelegt werden.

Lord Carrington, der Leiter der von der EG unterstützen Friedensverhandlungen in Jugoslawien, sitzt noch immer im Direktorium der Kissinger Associates. Der Präsident der Kissinger Associates ist heute Bremer, der frühere US-Botschafter zur Bekämpfung des Terrorismus. Einer von Eagleburgers wichtigsten Klienten während seiner Zeit bei Kissinger Associates war die jugoslawisch-serbische Baufirma Energoprojekt, die Großaufträge in Lybien und dem Irak hatte.

Im Jänner 1990 hatte Eagleburger ein Treffen mit leitenden Managern der US-Rüstungsindustrie. Ein paar Monate danach, im Juli 1990, schickte er ein einschlägiges Memorandum weltweit an alle US-Botschaften mit der Aufforderung, der US-Rüstungsindustrie bei der Vermarktung ihrer Artikel behilflich zu sein.

Die Profiteure der Inflation

Der jugoslawische militärisch-industrielle Komplex kaufte Lizenzen für hochentwickelte neue Waffen vom militärisch-industriellen Komplex der USA zu überhöhten Preisen, und politische Konsulenten der US wurden für ihre Unterstützung bei solchen Geschäften bezahlt.

Jugoslawische Ingenieure und Arbeiter produzierten Tonnen von Waffen mit amerikanischem Know-How. Ihren Lohn hierfür erhielten sie in der stark inflationären jugoslawischen Währung. Da Gehälter oft auch noch mit einigen Monaten Verspätung ausbezahlt wurden, verringerten sich die an und für sich niedrigen Lohnkosten in Jugoslawien, bedingt durch eine jährliche Inflationsrate von 2000%, noch zusätzlich und waren bald hundertmal geringer als in den Vereingigten Staaten.

Die Produkte der serbischen Rüstungsindustrie konnten daher weit unter dem Marktpreis in den Irak, nach Lybien, nach Algerien, dem Sudan, Äthiopien, Somalia, Uganda, Nordkorea und andere sogenannte 'Dritte-Welt-Demokratien' verkauft werden. Von diesen Exporten profitierten zwei Unternehmen entscheidend: Die Beobanka, die hierfür ausländische Devisen, vor allem Dollars, kassierte und die Tehnogas (die wichtigste serbische Ölgesellschaft), die das von einigen Staaten als Kompensation für das Kriegsmaterial angebotenen Erdöl geliefert bekam.

Besonders interessant in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, daß Slobodan

Milosevic sowohl Aufsichtsratsvorsitzender der Beobanka als auch der Tehnogas war. Deshalb waren die Bemühungen von Ante Markovic, dem letzten jugoslawischem Ministerpräsidenten, die Währung zu stabilisieren, zwangsläufig zum Scheitern verurteilt: Die Geschäfte des stärksten jugoslawischen Unternehmens, der Armee, basierten auf einer hohen Inflationsrate, und sie hatte an einer Senkung kein Interesse. Daß Serbien den Unabhängigkeitsbestrebungen von Kroatien und Slowenien einen derartigen Widerstand entgegensetzte, liegt zum Teil wohl auch daran, daß ein Großteil der hochentwickelten jugoslawischen Rüstungsfabriken sich in Slowenien und Kroatien befindet, während die Zentrale der jugoslawischen Rüstungsindustrie ihren Sitz in Serbien hat.

Nach den jüngsten Bericht des US-Yugoslav Economic Council (einer gemeinnützigen Washingtoner Organisation amerikanischer Firmen, die Geschäfte mit Jugoslawien betreiben), sind 270 amerikanische Firmen in Geschäfte mit Jugoslawien verwickelt. Mehr als 20 davon sind jugoslawische Tochtergesellschaften dieser Firmen, Lockheed Corp., California Helicopter International, Airco Precision Industries, Rockwell International Corp., Textron Inc. und Radiation Systems Inc. sind einige davon, und alle diese Firmen erzeugen keineswegs Papierwindeln.

Als die serbische Armee eine in den Vereinigten Staaten erzeugte computergesteuerte Maverik-Rakete auf den Präsidentenpalast in Zagreb, Kroatien, abfeuerte, wären beinahe Franjo Tudjman, der kroatische Präsident, Stipe Mesic, zu der Zeit jugoslawischer Präsident, und Ante Markovic, zu der Zeit Premierminister von Jugoslawien, getötet worden.

Die USA haben also Jugoslawien ihre modernsten Raketen geliefert, die wir vom 'Nintendo'-Krieg am Golf kennen.

Jugoslawien ist überhaupt ein sehr bedeutender Handelspartner der USA. (30. Stelle). In den ersten neun Monaten von 1991 fielen jedoch die US-Exporte nach Jugoslawien um 25%, die US-Importe von Jugoslawien um 14% der Werte vor dem Krieg. Es scheint, daß die Amerikaner keine Demokratien in 'Dritte-Welt-Ländern' brauchen, sondern vielmehr die stabile Diktatur, geführt von einem starken Mann, der billige Arbeitskräfte für die amerikanische Industrie und einen Markt, der von amerikanischen Produkten abhängig ist, garantiert. Genau das aber verspricht Slobodan Milosevic und deshalb wird er auch unterstützt.

Immer wieder Eagleburger

Lawrence Eagleburger saß im Aufsichtsrat von Yugo America Inc. Diese Firma war Eigentum der Global Motors Inc., die wiederum der serbischen Firma Zavodi Crvena Zastava gehörte. Zavodi Crvena Zastava ist eine alte serbische Waffenschmiede, und 60% ihrer Produktion sind Rüstungsmaterial. Ihre wichtigsten Kunden sind der Irak und Lybien (70% der Exporte). Zavodi Crvene Zastava lieferte sowohl an den Iran als auch an den Irak während des Iran-Irakischen Krieges Kriegsmaterial und bewies damit, daß Jugoslawiens blockfreie Politik nur ein Lippenbekenntnis war.

Yugo America Inc. verkaufte jugoslawische Autos in die USA für $ 3.999,-, zur Hälfte des jugoslawischen Preises und noch weit unter den Produktionskosten. Der Rest wurde von den jugoslawischen Arbeitern, die wahre Sklavenlöhne erhielten, von den einheimischen Käufern, die doppelt soviel für ein Auto bezahlen mußten als die Amerikaner und durch die Waffenexporte finanziert. 1992 kam Yugo America Inc. in ernste Schwierigkeiten, aber ihr wurde durch Kredite von ihrer Muttergesellschaft Zadovi Crvena Zastava und von Genex, die bedeutenste jugoslawische Export-Import-Firma in Belgrad, sofort großzügig geholfen. Yugo America Inc. besteht immer noch und hat derzeit ihren Sitz in Upper Saddle River, New-Jersey. Ihre jetzigen wirtschaftlichen Aktivitäten sind nicht eruierbar. Jedenfalls beteiligte sie sich nicht an der diesjährigen Autoausstellung in Detroit.

Jack Anderson berichtete am 21. Februar 1989, daß 'die jugoslawischen Autos von einer Abteilung eines mächtigen Firmenkonglomerats gebaut werden, welches das Rückgrat der jugoslawischen Rüstungsindustrie bildet. Unter den Klienten obengeannten Konglomerats befinden sich der Irak, Lybien und osteuropäische Länder. Diesen Bericht haben Dave Keaney und Bob Friedlander in einem Memorandum allen Mitgliedern des Senatskomitees für auswärtige Angelegenheiten am 13. März 1989 zu Kenntnis gebracht.

Eagleburger war damals Aufsichtsrat der LBS-Bank, eine Tocher der Ljubljanska Banka, Slowenien, der zweitgrößten Bank Jugoslawiens nach der Beobanka. 1989 erklärte diese Bank ihre Unfähigkeit, jugoslawischen Bürgern außerhalb von Slowenien ihre Konten mit ausländischer Währung auszuzahlen. (Es gibt keinen FDIC in Jugoslawien). Kroaten, die ein Konto mit ausländischer Währung auf der Ljubljanska Banka hatten, verloren infolgedessen ihr ganzes Geld. Wahrscheinlich haben sie damit ein Investition der Ljubljanska Banka in ihre US-Tochter LBS in Höhe von 12 Millionen Dollar im Jahre 1988 finanziert. Dieses Geld wurde im übrigen später in Dritte-Welt-Länder reinvestiert. Ljubljanska Banka war ebenfalls hauptbeteiligt am größten jugoslawischen Finanzskandal 'Agrocomerc', einem kommunistischem Beispiel für die junk-bonds-Idee. Zudem läuft seit 1988 ein Untersuchungsverfahren des Staates New York gegen ihre Tochter LBS wegen Verdachts auf Geldwäscherei für Drogenschmuggler. 20-25% der LBS-Geschäfte werden über die Banca Nationale Del Lavoro (BNL) of US mit Sitz in Atlanta abgewickelt. Während Eagleburger Präsident der Kissinger Associates war und im Aufsichtsrat der LBS saß, war Henry Kissinger Leiter der internationalen Abteilung von BNL und Renato Guadagnini der Generalmangager dieser Bank. Später erhielt Guadagnini Eagleburgers Sitz im Aufsichtsrat der LBS, nachdem Eagleburger ins Außenministerium übergewechselt war. Weitere Informationen über die Verbindungen zwischen LBS und BNL kann man dem Congressional Record entnehmen. (House, Thursday, April 25, 1991, 102nd Con. 1st Sess., 137 Cong Rec H2547., Vol.137 n.62, BNL Subpoena Renewal).

Am 25.1.1992 richtete die Kroatische Gemeinde in New York einen Fonds zur Finanzierung der Wiederwahlkampagne des Senators Alfonse d'Amato ein. D'Amato erklärte öffentlich: 'Eagleburger soll sich darauf besinnen, nicht länger die Interessen Serbiens zu vertreten, sondern die Interessen des amerikanischen Volkes.'

Verflechtungen und Bestechungen

Aber Eagleburger war nicht der einzige amerikanische Botschafter, der von Belgrad gekauft wurde. John Scanlan, ein US-Botschafter in Jugoslawien (1985-1989) ist heute im Aufsichtsrat von ICN Galenika. Diese Firma befindet sich zu 25% im Eigentum von Galenika in Zemun, Serbien, Jugoslawien, und zu 75% im Eigentum von SPI Inc. SPI Inc. ist wiederum eine Tochtergesellschaft von ICN Pharmacuetical Industry. Neben Scalan gehört auch Velimir Brankovic, ein Vizepräsident der 'Serbian Democratic Party for America' dem Aufsichtsrat von ICN Galenika an. ICN Galenika finanzierte Wahlkampagnen für Senator John Breaux (D-LA). US-Repräsentanten Phil Sharp (D-2-IN) und US-Repräsentanten Jill Long (D-4-IN). Der Leiter der serbischen Kulturgesellschaft 'J. Ducic' in Indiana Stevo Dbrijevic organisierte 1990 für Jovan Raskovic, zu der Zeit ein Führer der serbischen Aufständischen in Kroatien, eine Vortragsreise durch die Vereingten Staaten.

Es laufen Gerüchte, daß die Crossocean Shipping, eine 100%ige Tochter der jugoslawischen Schiffahrtsgesellschaft Jugolinija, deren internationaler Aufsichtsrat von Serben dominiert wird, ihren Haupthafen in den US nur der Kongreßabgeordneten aus Maryland Helen Delich Berntley, einer großen Verfechterin der serbischen Sache im Kongreß, zuliebe von Norfolk (VA) nach Baltimor (MD) verlegt hat.

Ende 1989 lieh die Narodna Banka Jugoslavje (eine Art jugoslawisches Gegenstück zur Federal Reserve Bank) wenige Monate vor ihrem Bankrott der Firma Drexel Burnham Lambert 71 Millionen Dollar. Der Verlust von 71 Millionen Dollar ist gleichzusetzen mit 1% des jährlichen jugoslawischen Budgets und 45% des Budgets, das Jugoslawien für soziale Programme ausgibt. Heute klagt Jugoslawien Drexel ihre Tochterfirmen und die Angestellten dieser Firmen. Jugoslawien wird von Richard Levy, einem Anwalt aus Chicago, vertreten. In diesem Zusammenhang ist es höcht peinlich, daß einige Angestellte der Narodna Banka Jugoslavje großzügige Bonusse (besser gesagt Bestechungsgelder) dafür von Drexel erhalten haben. Es gibt leider noch viele solcher Beispiele in der Vergangenheit, wo jugoslawische Geschäftsleute skrupellos Geschäfte abwickelten, die ihrer Gesellschaft und ihrem Land schadeten, wenn sie nur selbst persönlichen Nutzen davon hatten.

Faschistische Söldner im jugoslawischen Bürgerkrieg

Organisationen wie die Nationale Liste Hamburg, Deutsche Alternative in Cottbus oder der Bayrische Nationale Block hatten bereits im Dezember 91 Aufrufe veröffentlicht, es müsse internationale Solidarität mit kroatischen Söldnern geübt und Geld für Waffen, Munition und Sanitätsmittel gespendet werden. In diesen Aufrufen wurde auch für Freiwillige in Kroatien geworben. Die NSDAP/AO-Zeitung 'New Order' des Amerikaners Garry Lauck rief ebenfalls zur Unterstützung der kroatischen Milizen auf.

Der ehemalige Mitstreiter Le Pens, Michael Faci, alias Michale Leloup, war als Söldner in Argentinien, Irak, Rumänien und nun in Kroatien. Sein Ziel sei: '... für den Erhalt der weißen Rasse zu kämpfen und zu töten, und damit die Sicherung Europas'. Mit zwei Freunden kam er im vergangenen Herbst in Zagreb an, um sich dort von der Hos anheuern zu lassen. Nach eigenen Angaben befehligte Leloup eine 200-Mann-Einheit. Die meisten Männer dieser Einheit seien Kroaten, aber auch ca. 100 ausländische Freiwillige, darunter einige Deutsche und Österreicher, gehören dazu.

Diese Aussage deckt sich mit Angaben des Bundesdeutschen Kriminalamtes (BKA). Demnach würden viele Söldner in den neuen Bundesländern angeworben werden. Ingesamt soll sich die Anzahl deutscher Söldner auf 200 belaufen. Anfang des Jahres fand im Wiener 'Kursalon Hübner', ein Versammlungsort der Neonazis, eine Veranstaltung für ein 'starkes und ethnisch reines Kroatien' statt. Am Ende der Versammlung kam es zu freiwilligen Meldungen zum Fronteinsatz in Kroatien.

Mitte Januar sollte sich eine 50-Mann starke Gruppe aus Österreich auf den Weg nach Kroatien machen. Einige Verhaftungen, darunter auch Gottfried Küssel (aus der Führungsgruppe der GdNF), führten zu einer Neuorgansisierung des ganzen Unternehmens. Offiziell handelt es sich nun um eine Sanitätsgruppe, denn nach österreichischem Recht droht Söldnern im Auslandseinsatz der Entzug der Staatsbürgerschaft. Gerhard Endress (führender Wiener Nazi): 'Wir schicken ein zur Verteidigung bewaffnetes Sanitätskorps nach Kroatien.' Um Schwierigkeiten mit den Behörden zu vermeiden, treffen sich die Söldner auf neutralem Gebiet, also Schweiz oder Lichtenstein.

Wie brisant die internationalen Beziehungen der Faschisten in Kroatien sind, wird auch durch den Tod zweier Journalisten, die hierzu recherchierten, belegt. Der Tod der beiden Journalisten im Osten Kroatiens wird mit den faschistischen Söldnern in Verbindung gebracht. Zunächst wurde der Journalist Christian Wurtenberg ermordet, der sich Zugang zu der internationalen kroatischen Brigade verschafft hatte. Als sein britischer Kollege, der Fotograf Paul Jenks, sich auf die Suche nach Tätern und Hintergründen des Mordes machte, wurde auch er mit einem Genickschuß umgebracht.

Unterstützung durch die Tudjmann-Regierung

Die Regierung Tudjmann unternahm bisher nichts gegen den Fronteinsatz europäischer Faschisten. Im Gegenteil: Am 5.5.91 empfingen kroatische Regierungsvertreter eine Delegation Abgeordneter der extremen Rechten im europäischen Parlament. Darunter waren Le Pen und Harald Neubauer (führender Kopf der Deutschen Liga für Volk und Heimat). Dazu der Berater von Tudjmann, Hrvoje Sosic: 'Negative Einstellungen von Le Pen und seiner Partei sind Vorurteile, wenn nicht gar Verleumdungen bolschewistischer Quellen'. Neubauer sieht in der Souveränität Kroatiens einen ersten Schritt zur Neuordnung Europas - erst im Osten, dann im Westen. Er fühle sich als Vertreter einer nationalistischen Vorhut.

Solche Einladungen der Tudjmann-Regierung sind keine Ausnahme: Im Januar 92 besuchten belgische Abgeordnete des rechtsextremistischen Vlaams Blok die kroatische Hauptstadt und Kampfgebiete um Vukovar und Osijek. Es wurden große Übereinstimmungen mit der Regierung Kroatiens festgestellt.

ZAGREB DIARY

Zagreber Tagebuch

12./13. Mai 1992

Die Sonne scheint und Bomben fallen, es beginnt ein richtiger Sommer. Großartiges Wetter, und ich habe mir im kroatischen Fernsehen einen englischen Werbefilm über die Insel Vis angesehen; beginnend mit dem heutigen Tag wurde ein dreimal wöchentlicher spezieller Touristenflug zwischen Zagreb und Vis eingerichtet. Damit ist die Überlegung, öko-touristische Aktivitäten auf Vis zu beginnen, unter Angriff der touristischen Masseindustrie. Für die "Zeit danach" versprach dieser Promotion-Film: "Wenn die jugoslawische Armee sich von der Insel zurückgezogen haben wird, wird diese ein 'Himmel des Friedens' werden." Dem haben wir irgendwo zugestimmt, leider ist die Armee immer noch dort; genauso wie die jugoslawische hat auch die kroatische Armee letzte Woche ihre Admiräle und Generäle ausgetauscht, und die Neuen, Jüngeren sind als wahre 'Eisenfresser' bekannt.

Dienstag abends sind Ben und einige andere auf eine Visite vorbeigekommen. Bevor wir nach Vis fahren (falls wir fahren) wäre es gut, einander nochmal zu treffen. Jetzt, da er demobilisiert ist, habe ich nicht mehr diese Angst, ihn nie wieder zu sehen (obwohl, jetzt habe ich andere Freunde an der Front, um die ich mich sorgen muß), und ich war mir sicher, daß wir uns eines Tages wieder begegnen würden. Es war toll, ihn zu sehen. In vielerlei Hinsicht war er bedeutend ruhiger als beim ersten Mal. Glücklich, daß seinem Ansuchen um Demobilisierung stattgegeben wurde und er wieder seiner Arbeit am Institut nachgehen kann (Institut für Sozialforschung, er arbeitet über jugendliche Subkulturen und wie sie im Krieg "überlebt" haben).

Er brachte eine Kassette mit Kriegs-Rockliedern (in kroatisch und einige in kroatischem Englisch) mit, die in den ersten Monaten des Kriegs aufgenommen wurden. (Heute bin ich in der Stadt herumgegangen, um eine zu finden, aber es gibt sie nicht mehr.) Es ist ein großer Unterschied zu der Art, wie jetzt Rocksongs gemacht werden. Irgendwie hatten die ersten was von Protest gegen dieses Blutvergießen an sich, während die letzte Generation der Lieder eher "wir werden siegen, und alle diese Serben umbringen, tatatatata ..." klingt. Ausgenommen davon ist ein "nettes" Lied über einen Soldaten, der seinem Freund in Belgrad einen Brief schreibt. Er schreibt ihm, daß er voll Sorge ist, sie könnten einander eines Tages an der Save-Front begegnen und sein Freund würde zweimal auf ihn schießen, aber am Ende wird der Sänger seinen Freund aus Belgrad umbringen. Warum können wir nicht einfach Bier miteinander trinken?

Nebenbei gesagt, ist es auffallend, daß 75% der Menschen in und um ARK (Antikriegszentrum) ehemalige Studenten und Professoren der Philosophie und Soziologie sind, die meisten sogar von den selben Jahrgängen. Der Kern von ARK ist zwischen 27 und 30 Jahre alt, und viele kennen einander bereits jahrelang. Um diese sind hauptsächlich noch ältere Leute (36 wie ich und noch älter), die als Lehrer, Professoren, wissenschaftliche Forscher und Journalisten arbeiten. Mit anderen Worten, ein richtig elitärer Haufen.

Die meisten der jüngeren Leute, zwischen 17 und 25, in Zagreb und Kroatien sind nicht so kritisch und gegen den Krieg. Sie sind die Hauptunterstützer der Armee, und auf den Universitäten und anderen Hochschulen gibt es kaum Antikriegs-Aktivitäten. Die Gehirnwäsche-Maschinerie des Staates hat ganze Arbeit geleistet. Und was sich außerhalb der Universitäten abspielt, kann man sich vorstellen. Das erste Bild von Zagreb letztes Jahr waren Fuball-Hooligans von den "Bad Blue Boys", die sich eine Straßenschlacht mit Fans aus Belgrad lieferten. Sie kämpfen noch immer, nur diesmal mit Waffen.

Ben erzählte mir, daß diese Kämpfe zwischen Fanclubs verschiedener kroatischer Fußballteams an der Front weitergehen. Sie versuchen nicht nur, besser als die anderen zu sein, sondern auch härter und an der Front als gute Kämpfer bekannt. Eine der Gruppen von den "Bad Blue Boys" (das ist der Fanclub des ehemaligen Dynamo Zagreb) hatten ihren eigenen Panzer mit der Aufschrift "Terminal Nuclear Warriors".

Nachdem Ben und die anderen weg waren, einige Stunden nach der Sperrstunde der Wirtshäuser, war es ruhig in der Stadt, nur aus der Ferne konnte man zeitweilig Gewehrschüsse hören. Ich hörte sogar einige automatische Waffen, ich denke, ca. 2 km entfernt. Aber ich wartete auf den Morgen, wartete auf das zu erwartende Konzert der Gewehre vor dem Bahnhof. Aber das Erwartete traf nicht ein. Einige hundert Unterstützer der HOS blokkierten den Eingang zum Gebäude, an den Fenster hingen Soldaten mit ihren Gewehren, und an die 50 Bullen standen herum und wußten nicht, was sie tun sollten. Also gaben sie der HOS weitere acht Tage Zeit, das Gebäude zu verlassen. Wir werden sehen.

Den heutigen Tag habe ich hauptsächlich damit verbracht, das Telephon und andere Kommunikationsmittel im neuen Büro zu installieren. Ich sprach mit Leuten in Osijek, die eine der härtesten Nächte dieses Jahres verbracht haben, die Angriffe der JVA (Jugoslawische Volksarmee) auf Osijek waren stärker als in den vergangenen Monaten. Jetzt schießen sie von beiden Seiten, so daß tödliche Granaten über die Stadt fliegen. Die Telephonverbindung mit Sarajevo ist wieder unterbrochen, das letzte Telefonat, das ich führte, war mit jemand in einem brennenden Haus. Wie erwartet, hat auch die JVA ihre Generäle ausgewechselt, und es sieht so aus, als möchten die neuen alles zerstören, das sie nicht erobern können oder die Gebiete zu besetzen, bevor UNPROFOR die Kontrolle übernimmt.

Am Abend habe ich wieder mit einer Ärztin eines Spitals gesprochen, sie sagte mir, daß die Zahl der Abtreibungen jetzt um 50% höher ist als normalerweise. Und auch die Propaganda gegen Abtreibung wird stärker, unter dem Motto "tötet keinen Kroaten" ist die katholische Kirche eifrig bemüht, Abtreibung gesetzlich verbieten zu lassen. Zwei der wichtigsten Krankenhäuser in Zagreb haben Abtreibungen bereits eingestellt. Informationen zu Empfängnisverhütung gibt es überhaupt keine mehr, es gibt dafür mehr und mehr Propaganda, "jetzt richtige Kroaten zu haben".

Sie erzählte mir auch über ihre Gespräche mit den Soldaten, die zurückkommen und die emotional völlig gebrochen sind. Sie halten sich damit aufrecht, daß es Leute gäbe, die noch schlimmer wären als sie. "Ich habe vielleicht einem Serben die Augen mit meinem Messer ausgestochen, aber ich weiß, daß die Serben schwangere Frauen aufgeschlitzt und die Embryos an Hunde verfüttert haben." Und das sind noch die moderaten Geschichten.

Auch, daß das Sanatorium, wo sich normalerweise chronisch Kranke erholen, jetzt von der Armee übernommen worden ist, und daß normale Patienten überhaupt keinen Platz mehr in der Stadt haben. Die Gesundheitsversorgung für Nicht-Soldaten und nicht junge Menschen bricht zusammen. Der Alkoholismus steigt wie wahnsinnig (offizielle Zahlen werden unterdrückt, weil sie vom "Feind" verwendet werden könnten), bedeutend mehr als die 15% der erwachsenen Bevölkerung, wie es vor dem Krieg war. Sie schätzt mehr in Richtung auf 40% derzeit. Aber die Programme für Nicht-Soldaten wurden gestoppt.

Ich achte sie sehr, daß sie ihren Job machen kann, weil sie halb Serbin, halb Jüdin (mit einem (deutschen) jüdischen Familiennamen) ist. Ich bin Ausländer(in?) in diesem Land, aber alle Menschen, die ihr ganzes Leben in Kroatien verbracht haben und keine Kroaten sind, werden ebenso zu Ausländern, sie werden überprüft, bevor sie irgendwo arbeiten dürfen, sie sind Menschen 2. Klasse. Mit ihr habe ich auch über den Beginn einer Gesprächsrunde von Nicht-Kroaten diskutiert, um deren Erfahrungen auszutauschen und vielleicht einander helfen zu können. Sie sagte, es ist, als lebte man im Ghetto.

Liebe und Frieden aus Zagreb
Wam, immer noch ...

(Zagreber Tagebuch)

Telefonat mit Sarajevo

Noch ein Gespräch mit Nada Selimovic aus Sarajevo am Montag, dem 11. Mai. Nada ist Präsidentin des Zentrums für Antikriegs-Aktivitäten in Sarajevo, vor einigen Tagen gab es auf Green-Net ein Gespräch mit ihr. Heute hatten wir ein langes Telefonat. Wir sprachen auch mit zwei anderen Leuten, um Informationen zu bekommen. Sie wollen nicht, daß ihre Namen erwähnt werden. Nach diesen Telefonaten waren die Leitungen wieder unterbrochen, und das sind sie immer noch.

Wir waren die ganze Nacht in den Schutzräumen, Granaten fielen herab auf das Gebäude des E-Werks, auf den Markt, das Zucker-Lagerhaus brannte aus. Sie (die JVA/Jugoslawische Volksarmee und die serbischen paramilitärischen Gruppen) wollen die Menschen ohne Essen lassen. Sie haben eine Tankstelle, die nur 200 Meter von meinem Haus entfernt ist, angegriffen, sie fing Feuer, aber glücklicherweise war der Tank leer. Wenn ein Angriff eingestellt wird, beginnen wieder die Heckenschützen.

Das Armee-Krankenhaus der JVA kapitulierte gestern. Die Offiziere der Armee lügen uns ins Gesicht, sie dementieren Sachen, die für jeden offensichtlich sind. Sie errichteten MG-Nester im Spital.

Aus der Armeekaserne (JVA) Raylovac haben sie die umliegenden Viertel beschossen.

Flugzeuge haben die Siedlung Brijesce bombardiert, obwohl es dort nur Appartment-Häuser gibt.

Das Gebäude des Roten Kreuzes in Stadtzentrum ist vollkommen zerstört.

Die große Busgarage, mit 120 Bussen am Parkplatz wurde zerstört.

Die Siedlung Hrasnica ist völlig abgeschnitten. Vorgestern kamen 80 Flüchtlinge aus Foca und Visegrad in Hrasnica an. Sie gingen über den Berg Igman, ca. 100 km. Sie erzählten grauenhafte Geschichten über die serbischen Terroristen. Diese (die serbischen Terroristen) morden, schlagen, vergewaltigen, reißen den Menschen die Fingernägel aus, streuen Salz in Wunden. Die Flüchtlinge sagten: "Die humansten sind die, die gleich mit Kugeln schießen."

Das Gebäude des Roten Kreuzes wurde die ganze Nacht lang beschossen, es ist völlig zerstört. Das ist nur mehr die Logik der Zerstörung, die zu uns kam mit den schlimmsten Kreaturen, die aus Serbien gekommen sind. Sie wollen einfach alles zerstören.

In der Siedlung Grbavica gibt es zwei Panzer, die Arkans Leuten Schutz bieten (eine terroristische Gruppe, die aus Serbien gekommen ist, ihr Anführer ist Arkan), die von Tür zu Tür gehen und Moslems und Kroaten mitnehmen. Sie stehlen alles aus den Häusern und schüchtern die Serben mit Geschichten ein, daß alle Serben sich innerhalb von 24 Stunden zur Mobilisierung zu stellen hätten (ansonsten würden sie ermordet).

Im ehemaligen Gebäude des Armee-Kommandosektors II, das von der Armee vor zwei Tagen geräumt wurde, fand man Bilder des berühmten Malers Ismet Mujezinovic an den Wänden, aber sie waren durch Bajonette zerschnitten.

Heckenschützen operieren von allen Seiten in Sarajevo, vor der Molkerei, ca. 700 oder 800 Meter von unserem Haus entfernt, haben sie zwei Männer umgebracht, die in der Schlange auf Milchausgabe gewartet hatten. Pro Person gibt es bloß einen Liter Milch pro Tag, die Schlange war vielleicht 20 Meter lang, einer der Ermordeten war ein berühmter Anwalt, ein Mitglied der reformistischen Partei; Nijaz Ljubic, ein vierjähriges Mädchen wurde auch verwundet.

Gestern wurde auf einer Pressekonferenz die offizielle Statistik veröffentlicht: 1300 Tote, 6500 Verwundete und 1300 Verschwundene in Bosnien-Herzegowina.

Es ist immer noch unmöglich, nach Bijeljina, Foca und Visegrad zu gelangen, was in Mostar, Livno, Tomoslavgrad vorgeht, weiß niemand. Deshalb ist die wahre Anzahl an Toten vermutlich um das vier- oder fünffache höher. Es gibt 300.000 registrierte Flüchtlinge, die von einem Teil Bosnien-Herzegowinas in einen anderen geflohen sind.

Mr. Goulding kam vorbei, ging ambitioniert durch Sarajevo, und in drei Sätzen kritisierte er uns (Einwohner von Saraje- ➡➡

Zagreber Tagebuch, 17.8.1992

Razzien in Flüchtlingheimen

Heute morgen wurde ich sehr früh vom Telefon geweckt, weil mich eine Frau panisch aus Karlovac anrief. Sie sprach halbhalb englisch, aber ich verstand sie. Sie erzählte mir, daß gerade eine Stunde früher (bei Sonnenaufgang) die kroatische Militärpolizei eine Razzia in einer Turnhalle in der Stadt durchführte. In der Sporthalle schliefen ca. 900 Flüchtlinge aus Tuzla, die zwei Wochen zuvor hier angekommen waren. Ziel der Razzia war es, alle bosnischen Männer zwischen 16 und 20 Jahren zu verhaften, auf Lastwagen zu verladen und zurück nach Bosnien zu schicken, um sie in die bosnisch-herzegowinische Armee einzugliedern. Letzteres wußte sie zu diesem Zeitpunkt nicht, sie ersuchte mich, es über UNHCR (Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen) herauszufinden, die wußten aber, als ich sie einige Minuten später anrief, auch nichts. Der Grund der Razzia wurde uns Stunden später mitgeteilt und wir für unser Teil informierten die Frauen in Karlovac, denen immer noch nicht mitgeteilt worden war, daß ihre Männer weggebracht worden waren.

Diese Art von Razzien in Flüchtlingszentren und -camps sind "normal", seit Bosnien-Herzegowina und Kroatien vor einigen Wochen eine Militärföderation formierten, aber es ist eine offene Frage, ob es hilfreich ist, Männer, die geflüchtet sind, wieder in den Krieg nach Bosnien-Herzegowina zurückzuschicken. Einige "starke" kroatische Kämpfer erzählten, daß diese zurückgebrachten (meist moslemischen) Soldaten schlechte und gefährliche Kämpfer seien. Gefährlich, weil sie beim ersten Schuß flüchten und ihre Kameraden allein lassen.

Später an diesem Tag bekam diese Geschichte einen netten Nachgeschmack, weil zwei Deutsche aus Berlin, die sie nebenbei hörten, als wir darüber im Büro sprachen, sagten, daß wir mit einem Bus voll Aktivisten nach Karlovac fahren und den Frauen helfen müßten, die Militärbaracken zu blockieren, so daß sie die Männer nicht nach Bosnien-Herzegowina bringen können.

Nicht nur Zoran, Milena und ich sind müde von dem Besucheransturm der letzten Tage, wir stellen uns allmählich auch vor, wieviele Kilometer wir fahren müssen zu all den Plätzen in Kroatien, wo Männer aus den Flüchtlingszentren und -lagern geholt und nach Bosnien-Herzegowina geschafft werden. Es passiert überall und unsere kleine Gruppe bräuchte zumindest zwei Helikopter, um all diese Plätze aufzusuchen. Und dann stehen wir da zu fünft vor dem Tor und sagen "macht das nicht!", und die lachen und geben ein bißchen Gas.

Wir kamen überein, ihnen bei einer Deklaration zu helfen, die auch eine Zeile enthalten sollte, daß Kroatien wieder Teil von Jugoslawien werden solle, was uns klarerweise zum Lachen brachte, aber wir verweigerten die Unterschrift im Namen der Anti-Kriegs-Kampagne - solche Resolutionen sind absolut realitätsfern.

Neben einer wachsenden Gruppe internationaler Freiwilliger, die den Flüchtlingen helfen wollen und uns wächst hier auch eine Gruppe von Friedensaktivisten, die immer noch nicht verstanden haben, daß es mit Jugoslawien vorbei ist.

Im Krieg werden sogar Journalisten zu Nachrichten. Als Armout Vanluyden (SKY television) heute Zagreb besuchte, wollten mehr Journalisten mit ihm sprechen als mit den wichtigen Leuten, die er in Zagreb interviewen wollte. Er erwähnte, daß die Arbeit in Sarajevo bedeutend leichter sei, viel weniger Probleme mit den Autoritäten als in Kroatien. Ich brauchte für jedes Photo und jeden Film eine Erlaubnis, sagte er, in Sarajevo müssen wir nur schnell mit unserem Golf fahren (nur BBC hat ein gepanzertes Fahrzeug).

Die Straße zwischen der kroatischen Zentralbank und dem Hauptplatz wird mehr und mehr zu einer Art Bettler-Avenue geworden. Nahezu alle fünf Meter sitzt jemand. Meistens Zigeuner (er schreibt "Gypsies") mit armen Babies über ihren Müttern, aber auch immer mehr Verwundete und Frauen, die offensichtlich keine gypsies sind. Auch der Schwarzmarkt, am Grünen Markt neben der Kathedrale wächst ständig. Nicht nur durch Leute, die Sachen von draußen herbringen, sondern mehr und mehr Leute, die ihre letzten teuren Sachen verkaufen. Das Land ist langsam am Krachen, obwohl die Situation gut aussieht. Die Geschäfte sind immer noch voll und die Leute scheinen sich eine Menge kaufen zu können, aber die Fassade bröckelt immer mehr.

Als ich am nächsten Tag im Restaurant saß, aß hinter mir "Shark" mit einem HOS-Soldaten. Er erklärte, wie er in der früheren DDR schnelles Geld gemacht hatte und daß er das hier wieder tun würde. Dies ist das Land der tausend Möglichkeiten, sagte er, ich stimmte ihm völlig zu, aber auf andere Weise. Diese Yuppies sollten sich weit weg halten von solchen Ländern. Aber wir sehen sie überall in ihren schnellen BMWs, schnelles Geld machend.

Mit Liebe aus ZA-mir-GREB, Wam.

---

vo), weil wir einen Armee-Konvoi aufgehalten hätten, aber im selben Satz erwähnte er die Toten.

Sogar ein Blinder sieht, was hier vorgeht. Die einzige Macht, die das alles anfing und beenden wird ist Serbien. Foca ist jetzt Vukovar, Kupres ist jetzt Vukovar und morgen werden vielleicht Mostar und Sarajevo ebenfalls Vukovar sein.

Die Siedlungen Sokolvic Kolonija, in denen hauptsächlich Moslems wohnen, sind abgeriegelt und von serbischen Kräften umzingelt.

Leute haben versucht, einen Lastwagen mit Hilfsgütern fünf oder sechs Tage lang mit einer UNPROFOR-Eskorte zu schicken. Der einzige Weg führte durch eine serbische Siedlung und der Chef des lokalen serbischen Hauptquartiers beschlagnahmte ihn vor den Augen der UNPROFOR-Soldaten.

In unserer Gegend, Novo Sarajevo, gibt es nur einige wenige Heckenschützen, ihr Anführer, Draisa Vujaciv, erstellt Listen der zu Liquidierenden. Ich werde von diesen Leuten eingeschüchtert, Volksbetrüger genannt, sie sagten, daß ich die serbische Seite an die Ustascha und die Türken verraten hätte.

Die Menschen sind sehr unzufrieden wegen des Abkommens zwischen Karadzic und Boban, es ist ein Schlag in den Rücken der Bosnier. Der starke Flügel innerhalb der HDZ bringt Verwüstung. Es gibt hier überhaupt keinen Respekt mehr für Boban.



(Aus: Warresisters, 18.8.1992)

Balkan-Netzwerk für Frieden und Solidarität - Ein "Friedensschiff für den Balkan"

Nach dem Zusammenbruch Osteuropas entwickelt sich der Einigungsprozeß auf unserem Kontinent unter ungleichen und unausgewogenen Bedingungen. Einerseits wird die Einigung in Westeuropa vorangetrieben - nicht immer unter den besten Bedingungen und ohne die aktive Teilnahme der europäischen Völker. Andererseits werden Osteuropa und der Balkan zerstückelt. Vergessene Nationalismen, unhistorische Konflikte und Einmischung von außen wirken zusammen, um eine Krise ohne Präzedenzfall und die Libanonisierung unserer Region zu schaffen.

Der Balkan wird, anstatt in einen Pol des Friedens, der Zusammenarbeit und Solidarität, die es den Völkern hier ermöglichen, aktiv am Prozeß der europäischen Einigung teilzunehmen, in eine Gegend der Zerstörung und Zerstückelung verwandelt.

Dieser Verfallsprozeß kommt aus der direkten Intervention fremder Mächte in unserem Gebiet, die "die Ordnung hier wiederherstellen" wollen.

In dieser Situation muß sich die zivile Gesellschaft so energisch als nur möglich einmischen. Wir schlagen die Schaffung eines Balkan-Netzwerkes für Frieden und Solidarität vor, die Menschen aus allen Balkan-Ländern umfaßt. Als ersten Schritt werden wir ein Friedensschiff an die jugoslawische Küste schicken, ein Boot gegen die Logik des Krieges und die militärische Blockade.

Am Freitag, dem 21. August, wird dieses Boot mit einer internationalen Mannschaft seine Reise von Piräus aus starten.

Am Sa., 22.8.: Ankunft im Hafen von Patras, Empfang und Pressekonferenz; So., 23.8.: Preveza (nahe der NATO-AWACS-Basis), Demonstration unter Beteiligung des Bürgermeisters; Mo., 24.8.: Korfu, Treffen mit lokalen Autoritäten, Abfahrt nach Ag Saranta, Albanien; Di., 25.8.: Ag Saranta; Mi., 26.8.: Durres, Albanien; Di., 27.8.: Ankunft in Bar, dem Hafen von Montenegro, Empfang; Fr., 28.8.: Abfahrt nach Dubrovnik; Ankunft in Korfu am Sa., 30.8. oder am Mo., 31.8.1992.

Genauere Auskünfte: Balkans SOS Network Federation of Ecological and Alternative Organisations Themistokleous 56 Athens tel: +30 1 36 25 319, +30 1 36 02 644, +30 1 36 43 972 fax: +30 1 36 39 930, +30 1 36 44 476 oder: Alternative Bookshop "Praxis" Armenopoulou 24 Thessaloniki tel +30 31 20 23 49 or +30 31 28 60 42. Spendenkonto: National Bank of Greece, 151/617615-13

Mitgeteilt von War Resisters' International, leider wissen wir auch nicht mehr, als wir hier beschrieben haben.

(Aus: Warresisters in cdp, 13.8.1992)

Internationale Friedensbrigaden zur Sicherung von Hilfslieferungen für Sarajevo

Die Schwierigkeit, humanitäre Hilfsgüter nach Sarajevo und in andere belagerte Städte im ehemaligen Jugoslawien zu bringen, ist dringend zu lösen.

Nach dem Versagen der politischen Agreements wurden natürlich militärische Lösungen dieses Problems erwogen. Die benötigten Bodentruppen für einen militärischen Schutz für Konvois von Split nach Sarajevo (oder auf anderen Routen) wurde auf 100 000 Mann geschätzt. Diese Zahl könnte kaum aufgebracht werden - abgesehen von den unvorhersehbaren politischen und militärischen Folgen und dem moralischen Widerwillen, den viele dagegen verspüren.

Wenn der Schutz sich auf "chirurgische" Eingriffe beschränken würde, müssen wir uns an die Ungenauigkeit derselben im Golfkrieg erinnern. Noch dazu wäre dieser Einsatz auf dem gebirgigen und bewaldeten Terrain bedeutend schwieriger als in der Wüste des Irak, und die am meisten verwendeten Mörser und Granatwerfer, die schnell und einfach händisch bewegt werden können, wären kaum zu vernichten. Dazu kommt, daß Minen auf der Straße leicht von einer Person aus der Ferne zu zünden sind.

Es gibt aber einen völlig anderen Weg, sich diesem Problem anzunähern. Das ist die Arbeit von "Peace Brigades International" (PBI). Diese Organisation hat ihre Wurzeln in der "Shanti Sena" von Gandhi. Die Hauptaktivität der PBI ist der Schutz von Personen wie Bauernführern oder Menschenrechtsanwälten in autoritären lateinamerikanischen Ländern, die von Todesschwadronen oder Meuchelmördern bedroht sind. Die unbewaffneten Freiwilligen von PBI begleiten einfach die potentiellen Opfer, und ihre Anwesenheit hat sich als ziemlich effektive Abschreckungsmaßnahme erwiesen. Natürlich sind die Bedingungen z.B. in Bosnien wesentlich anders. Aber die Anwesenheit von einigen hunderten, vielleicht tausend unbewaffneten Frauen und Männern - denen die Medien ihre Aufmerksamkeit schenken -, die darauf vorbereitet wurden, ihr Leben zu riskieren, um Lastwägen mit Lebensmittel und Medikamenten auf ihrer lebensrettenden Mission zu begleiten, könnte ein völlig neues Element in diese Situation bringen.

Wir denken, das wäre einen Versuch wert. Jetzt müssen wir Freiwillige finden, Öffentlichkeitsarbeit machen, Geld aufstellen, Agenturen kontaktieren und zweifellos tausend andere Sachen erledigen. Jeder Ratschlag und jegliche Hilfe werden herzlich willkommen sein.

(Mitteilung von "World Peace & Relief Team", Übersetzung Infoladen Wien)

Friedensmarsch nach Sarajevo

Wieder einmal ist Europa in einen Krieg verwickelt, und wir verstehen ihn falsch, wenn wir ihn als begrenzten Krieg begreifen, denn niemand weiß, wie weit sich dieser Krieg ausbreiten wird.

Wir sehen das Ausmaß von Tod, Leiden, Terror und die Umweltzerstörung, die in dieser Gegend stattfindet. Unsere Solidarität gilt den Opfern des Krieges und denen, die sich gegen den stattfindenden Kampf aussprechen.

Wir sind ein internationales, multikulturelles Friedensteam gegen jede Form der bewaffneten Aggression in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft und wir verlangen ihre Einstellung. Wir gehen in diese Gegend mit dem Ziel, einen Puffer zwischen den bewaffneten Kräften zu bilden. Unsere Aufgabe wird es sein, gewaltlos jede bewaffnete Aggression, die stattfindet, zu verhindern.

Wir als Team stehen auf keiner Seite in diesem Konflikt, wir glauben, daß eine Lösung dieses Konflikts nur durch Verhandlungen auf der Basis gegenseitiger Akzeptanz zustande kommen kann.

Wir fordern die Führer der Welt auf, eine friedliche Lösung der Krise zu finden, unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen.

Wir planen am oder um den 15. September 1992 einen friedlichen Marsch von Belgrad oder von Wien aus nach Sarajevo durchzuführen - das hängt von der herrschenden Situation zu diesem Zeitpunkt ab. Wer daran teilnehmen will, sollte sich des Risikos, das dieser Marsch in sich tragen kann, bewußt sein.

Wir werden von Belgrad (oder Wien) ca.20 km zu Fuß gehen, dann mit Bussen nach Bosnien bis ca. 20 km vor Sarajevo fahren und von dort unseren Weg zu Fuß fortsetzen. TeilnehmerInnen sollten sowohl Menschen aus Serbien, Kroatien und Bosnien sein, als auch Menschen aus möglichst vielen europäischen und außereuropäischen Ländern. Der gesamte Marsch soll von internationalen Medien begleitet werden.

Wir beklagen alle Akte der Gewalt und Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit diesem Konflikt, und wir verlangen deren Beendigung.

Das *"World Peace & Relief Team"* ist eine völlig unabhängige Körperschaft von Individuen, die von keiner Organisation gefördert wird und sich um Unterstützung aus jeder Quelle freut, solange keine politischen Auflagen damit verbunden sind.

Das *"World Peace & Relief Team"* gründete sich nach der Agression gegen den Irak im Jänner/Februar 1991. Damals hatten Menschen aus verschiedenen Ländern ein Friedenscamp an der irakisch-saudiarabischen Grenze errichtet, aus dem das spätere WPRT hervorging. Die Gruppe organisierte anschließend Hilfslieferungen in den Irak, nach Indien etc. ▶▶

(Aus: Cristic Institute - greenleft news, 28.7.1992)

Wer ist die serbische Opposition?

Außerhalb Serbiens ist wenig bekannt über die Oppositionsbewegungen, die die Regierung von Slobodan Milosevic von innen her herausfordern. Am 1. Juli sprachen die "Green Left Weekly"-Korrespondenten Frank Noakes und Peter Annear mit Mladen Lazic, einem Professor der Soziologie an der philosophischen Fakultät der Universität Belgrad. Lazic lebte und arbeitete 14 Jahre lang in Kroatien und kehrte vor 12 Monaten nach Belgrad zurück, um hier seine derzeitige Professur zu übernehmen.

"Es gibt zwei verschiedene Arten von Protesten gegen die Regierung in Belgrad. Zuerst gibt es einen Studentenstreik an der Uni Belgrad und später auf allen Unis in Serbien. Der andere Protest wird von einer Gruppe namens DEPOS, Demokratische Opposition organisiert. Das war eine Straßendemonstration, an der 150 000 Menschen teilnahmen."

Lazic erklärt, daß es einen großen Unterschied zwischen diesen beiden Protesten gibt, auch wenn ihre Forderungen die selben sind: "DEPOS setzt sich aus verschiedenen Parteien und einer Gruppe von Intellektuellen zusammen. Die wahrscheinlich stärkste Gruppe innerhalb von DEPOS ist die SPO, die serbische Erneuerungsbewegung - das ist die Partei von Vuk Draskovic. Er ist der wirkliche Führer von DEPOS."

Das Problem mit DEPOS ist, sagt Lazic, daß sie sich aus Menschen zusammensetzt, die das selbe politische Programm wie der serbische Präsident Slobodan Milosevic haben. DEPOS ist eine nationalistische Bewegung. Ihre Differenz zur regierenden sozialistischen Partei ist die Art, wie letztere die Vorfälle im früheren Jugoslawien behandelt hat. Lazic: "Sie sind gegen die Mittel und Wege, mit denen die Ziele erreicht werden sollen, und im allgemeinen denken sie, daß Milosevic den Krieg verloren hat, deshalb versuchen sie ihn als nicht sehr erfolgreichen nationalen Führer abzusetzen."

Die Forderungen beider Proteste waren der Rücktritt von Milosevic, Neuwahlen, um die Regierung austauschen zu können und die Formierung einer neuen Koalitionsregierung. "Aber was hinter diesen Forderungen stand, war völlig unterschiedlich. Die Studenten beabsichtigen keine genau formulierte Lösung. Sie wollen einfach, daß das Regime gewechselt wird - das ganze Regime, nicht nur Milosevic als Repräsentant des Regimes, sondern die Struktur und Macht und die nationalistische Orientierung der serbischen Regierung. Die Forderung der Studenten ist die Errichtung einer zivilen Gesellschaft in Serbien.

Es gibt auch noch einen praktischen Unterschied. Der Studentenprotest hat über zwei Wochen angehalten. Die Demo von DEPOS versammelte am ersten Tag über 150 000 Menschen, aber am nächsten Tag waren es nur noch ca. 10 000 bis 15 000. Die Art der Organisierung konnte nicht viele Menschen für eine längere Zeit mobilisieren."

Friedensorganisationen

Sechs Wochen davor in Belgrad, "da gab es wirklich große Demonstrationen, mit mindestens 100 000 Menschen. Unterstützung für Sarajevo war der offizielle Titel dieser Demonstrationen. Aber diese Bewegung blieb auf Belgrad beschränkt."

Die Friedensbewegung basiert auf verschiedenen, locker verbundenen Gruppen. Die "Helsinki Bürgerversammlung" ist relativ klein. Eine andere Gruppe, "Anti-Krieg" genannt, ist stärker, und es gibt eine relativ wichtige Gruppe von Intellektuellen, den Belgrader Zirkel mit 400-500 Mitgliedern. Diese Gruppen sind national gemischt, sodaß auch Kroaten und Juden, genauso wie Serben dabei sind.

Aber die Mitgliederzahlen dieser Gruppen sind nicht sehr hoch. "Sie können eine Straßendemo wie die zur Unterstützung von Sarajevo organisieren, aber sie haben nicht die organisatorische Stärke, um diese Bewegung dazu zu bringen, täglich aktiv zu sein."

Wo zeigt sich die Gewerkschaftsbewegung?

Lazic erklärt: "Es gibt zwei große Gewerkschaften, eine davon wird von der alten sozialistischen Partei dominiert. Obwohl es in dieser Organisation einige Änderungen an der Spitze gegeben hat, ist sie immer noch sehr beeinflußt vom Staat. Die andere Gewerkschaft heißt "Nezavisnost - Unabhängigkeit". Sie ist wirklich unabhängig und hat derzeit an die 300 000 Mitglieder.

Sie war bis zu einem gewissen Grad im Protest von DEPOS engagiert insofern, als einige ihrer Führer beim zentralen Meeting gesprochen habne, aber im allgemeinen stehen sie dem Studentenstreik näher. Sie waren auch in den Studentenstreik eingebunden, indem sie ihn unterstützten, ihre Leute auf die Unis gingen, dort sprachen und so weiter.

Die Studenten versuchen eine stärkere Annäherung an diese Gewerkschaftsbewegung."

Lazic erzählt, daß die Studenten sehr darauf bedacht waren, ihre Unabhängigkeit zu wahren. Beispielsweise ließen sie keine Sprecher der Opposition oder der herrschenden Partei auf ihren Protesten zu.

Der Mangel an Alternativen

Lazic glaubt, daß DEPOS keine wirkliche Gefahr für das Milosevic-Regime ist, weil sie keine wirkliche Alternative sind.

"Sie sind zu sehr verbunden mit dem Versuch, ein Groß-Serbien zu erreichen. Das ist ihr Haupthindernis für einen Regierungswechsel, weil die Menschen sie nicht leicht von der herrschenden Partei unterscheiden können. Die Leute wissen auch, daß viele der DEPOS-Leute mit der nationalistischen Bewegung begonnen haben - die Intellektuellen der Akademie der Wissenschaften, Leue, die ursprünglich Mitglieder der herrschenden Partei waren etc."

DEPOS hat die demokratische Partei fast gespalten, sagt Lazic. Der Parteiführer, Dragoljub Micunovic, wollte nicht die zweite Geige für irgendjemand spielen, was er sich ausrechnete innerhalb von DEPOS. Wie auch immer, eine starke Minderheit verließ die Partei und ging zu DEPOS. Lazic rechnet, daß die DEPOS-Demonstration wahrscheinlich die gesamte Oppositionsbewegung geschwächt hat, weil klar wurde, daß es ihr nicht um eine Änderung der Regierung(spolitik) ging.

Politisch, meint er, gibt es zwei Serbien, eines in Belgrad und eines in den Provinzen. Die demokratische Opposition hat eine größere Basis in Belgrad.

Ein Grund dafür, so vermutet Lazic, liegt in der Kontrolle und Verteilung der Medien. Die offizielle Presse und das Fernsehen werden stark von der herrschenden Partei kontrolliert. Die unabhängige Presse besteht aus einer Tageszeitung und einer Wochenzeitung, sowie zwei unabhängigen TV-Stationen; das Problem dabei ist, daß das unabhängige Fernsehen nur in Belgrad zu empfangen ist.

Milosevic ist bisher nicht wirklich in Verlegenheit gebracht worden durch die interne Opposition. "Ich glaube, er ist ziemlich sicher, daß die Opposition zu schwach ist, um ihn herauszufordern.

Die westlichen Länder haben eine ziemliche schlechte Taktik von Sanktionen gewählt, weil sie damit die Opposition schwächen und nicht Milosevic.

(...)

Die Organisation des Marsches kostet sehr viel Geld! Daher sollen die Kosten von den TeilnehmerInnen selbst getragen werden. Außerdem ersuchen wir um Spenden für die anfallenden Kosten und für TeilnehmerInnen, die ohne finanzielle Mittel sind. Falls der Marsch aus irgendeinem Grund nicht stattfinden kann, werden die Spenden den Opfern dieses Krieges zugute kommen.

Konto: WORLD PEACE & RELIEF TEAM – Jugoslawien, Kontonr. : 640 216 412 bei der Bank Austria, Wien. Wir bitten Euch auch, die Information über den Friedensmarsch in Euren Publikationen zu veröffentlichen" – und ein Belegexemplar schicken an: WPRT, Ramperstorffergasse 14/14, A-1050 Wien; Fax 55 23 84)

(Aus: Inter Press Service, 17.8.1992)

Vereinte Nationen: Die Entsendung französischer Truppen überrascht Jugoslawien

Genf, 14.8. (ips). Die Ankündigung vom Freitag, daß Frankreich bereit sei, 1.100 Truppen ins Kriegsgebiet Bosnien-Herzegowina zu entsenden, löste eilige, aber verschiedene Antworten bei Diplomaten in der Schweizer Hauptstadt aus.

Der französische Außenminister Roland Dumas hatte in Paris erklärt, die Truppen würden im Rahmen der Resolution des UN-Sicherheitsrates vom Donnerstag, die d- ie Anwendung von Gewalt zur Sicherung von humanitärer Hilfe für bosnische Zi vilisten gebilligt hatte, unter französischer Flagge operieren

.Branco Brancovic, Botschafter der föderativen Republik Jugoslawien (Serbien u d Montenegro) sagte: "Falls dies geschie t, wäre es eine Bestätigung für das, was ir immer gesagt haben - unter dem Vorw nd der Friedenssicherung wird der Konfl kt internationalisie

t."Es gibt bestimmte Mächte, die nich s mit dem Vorhaben der UNO, den Frieden z bringen, zu tun haben. Die Vere

nten Nationen werden von diesen Mächten benutzt, um eine Strategie der militärischen und politischen Kontrolle auf der eu opäischen Landkarte zu verfolgen und di Unabhängigkeit von Nationen, die e nmal zum sowjetischen Block gehört ha en, zu verhindern.

in Presseoffizier der ständigen französis hen Vertretung bei den Vereinten Natio en in Genf erklärte: "Wir haben keinen K mmentar (zu dieser Situation) abzugeben".Die Reaktion v

n Geridan Bell vom US-Informationsdie nst in Genf war einfach: er sagte, er zieh es vor, nicht über die Entscheidung Frankreichs, Truppen nach Bosnien zu entsenden, zu sprechen.Von den EG-Dip

omaten in Genf gab es nur einen Kommn ntar vom spanischen Vertreter. Er agte ips:

Unser Land hat bereits seine Position zu - Truppenentsendung nach Jugoslawien kl rgemacht: der Verteidigungsminister Juan Garcia Vargas sagte am Donnerstag, daß so eine Intervention das Problem ni ht lösen würde."Dumas hatte er

lärt, daß die französische Entscheidung sich auf die UN-Sicherheitsratsresolution 770 beziehe, die besagt, daß "alle-Nationen, aus eigener Initiative oder-innerhalb von internationalen Organisationen in Koordination mit den Vereinten Nati nen alle notwendigen Mittel" einsetzen - dürften, um humanitäre Hilfe in die betroffenen Teile von Bosnien zu bringen.Dumas sagte, d

ß die 1.100 französischen Truppen aus vier Einheiten von militärischen - Ingenieuren, Truppentransportern, leicht bewaffneten Kräften und Helikoptern bestehen werden.Bei einem Hear

ng im Kongreß in Washington früher in dieser Woche erklärte ein US-General als Vertreter des Pentagons den Abgeordneten, daß möglicherweise 400.000 Truppen nötig seien, um den Frieden in der Republik Bosnien-Herzegowina zu sichern. - In dieser früheren jugoslawischen Teilrepublik brennt der Konflikt bereits seit Monaten, und es soll bereits über 10.000 zivile Opfer in den Kämpfen geben.

(Aus: ips, 17.8.1992)

Frankreich entsendet die ersten Truppen nach Bosnien-Herzegowina

(... bezieht sich auf obigen Artikel) Dumas sagte: "Wir müssen unserem Land die Wahrheit sagen" - er bezog sich dabei auf die Gefahr für die französischen Truppen, außer den 1.100 "unter französischer Flagge" befinden sich bereits 2.700 französische Soldaten innerhalb von UNPROFOR im früheren Jugoslawien.

Wer die Situation kommentiert, müsse diesem "objektiven Faktor" Rechnung tragen. Dabei bezog er sich auf die Kritik seitens der Opposition, namentlich des früheren konservativen Premierministers Jacques Chirac.

Chirac hatte den französischen Präsidänten Mitterand der "Passivität" beschuldigt und "gezielte Luftangriffe gegen schwere Artilleriestellungen und die Infrastruktur der serbischen Armee" gefordert.

Chirac fügte hinzu: "Ich bin überzeugt, daß die national-kommunistischen Führer es sich nochmal überlegen würden, ihren Aggressionskrieg fortzuführen, wenn es sie ihre Luftbasen, Munitionslager und wichtigsten logistischen Positionen kosten würde."

Der Oppositionsführer beschuldigte auch die westlichen Verbündeten Frankreichs der "Passivität", und hob dabei Großbritannien und Deutschland hervor, wobei er von einigen Sozialisten unterstützt wurde.

"Es ist verrückt, einer Resolution zuzustimmen, wenn sie danach niemand durchsetzen will", sagte ein altes Mitglied der sozialistischen Regierung. "Es muß etwas geschehen, und Frankreich gibt dafür ein Beispiel", meinte er.

Mitterand glaube, daß Länder wie Deutschland Öl ins Feuer gegossen hätten, indem sie nichts getan hätten, um die Konsequenzen zu ziehen, sagte ein offizieller Sprecher. "Jetzt, wo Frankreich angekündigt hat, daß es bereit ist zum Eingreifen, werden wir sehen, ob andere Regierungen uns tatsächlich unterstützen werden".

Der hohe Offizielle deponierte; daß die Mobilisierung der französischen Luftwaffe nicht notwendigerweise die Bombardierung von Kräften, die Hilfskonvois attakkieren, bedeute, da die Luftwaffe auch für Aufklärungsflüge statt für Angriffe auf Bodenziele eingesetzt werden könne.

Dumas erklärte; daß "natürlich diese humanitäre Hilfe durch effektive Luftunterstützung geschützt werden" müsse. "Heute erkundigen wir uns über diplomatische Kanäle, ob sie uns die Erlaubnis zum Überflug des Territoriums von Bosnien-Herzegowina zur Absicherung dieser Truppen als speziellen Schutz geben werden."

"Wir kennen noch keine Details der Erklärung des Außenministers, und wie der Luftschutz aussehen soll, hängt von vielen Faktoren ab, z.B. von den Aufträgen, die die Truppen erhalten", sagte ein Sprecher des Verteidigungsministeriums. Er sagte, die einzige Absicht im Moment sei es sicherzustellen, daß die humanitäre Hilfe ihr Ziel erreiche. "Was immer das kostet", und damit meine er nicht nur bewaffnete Auseinandersetzungen - obwohl er akzeptiere, daß Kämpfe ausbrechen könnten, sollten die Konvois angegriffen werden.

Bericht über das Wochenende 22.8.-23.8.1992 in der Hansestadt Rostock (HRO), Quellen: eigene Beobachtungen, zugetragene Informationen - überprüfte und nicht überprüfte, Presseberichte vom 24.8.92 regional (Berlin) wie bundesweit.

Deutschland 1992 - Die Vorfälle in Rostock

In der Nacht von Samstag auf Sonntag und in der Nacht von Sonntag auf Montag lieferten sich ca. 500 rechtsradikale Jugendliche, Hooligans, Skinheads und Neofaschisten unter anfeuernden Rufen von zeitweilig bis zu 2 000 BürgerInnen eine Schlacht mit der Polizei vor einem Flüchtlingsheim in Rostock-Lichtenhagen.

Das Heim ist die zentrale Sammelstelle für Flüchtlinge des Landes Mecklenburg-Vorpommern (MV). Die Flüchtlinge werden von dort über MV weiter verteilt, täglich kommen ca. 80 Neue. Da sie nur kurze Zeit bleiben sollen, besteht für sie keine Möglichkeit, soziale Kontakte zu knüpfen.

Seit etwa zwei bis drei Wochen werden die Flüchtlinge von der Stadt Rostock aus nicht weiterverteilt, das Land MV schickt aber täglich neue. Somit blieb den Flüchtlingen - sie kommen größtenteils aus Rumänien - nur die Möglichkeit, vor dem überfüllten Heim zu campieren, was in kürzester Zeit zu katastrophalen hygienischen Zuständen geführt hat.

Ende letzter Woche dann wurde über die lokale "Ostseezeitung" (OSZ) von der Bürgerinitiative dazu aufgerufen, das "Asylproblem ... selber in die Hand zu nehmen". Erste Angriffe auf das Heim gab es bereits um den 20.8. herum. Für Samstag wurde über die OSZ zu einer Demonstration "Gegen das deutsche Ausländergesetz/Asylgesetz" aufgerufen. Es beteiligten sich an die 500 Personen, von denen im Anschluß an die Demonstration ca. 100 versuchten, das Heim zu stürmen. Dies wurde zunächst jedoch durch militante Gegenwehr der Flüchtlinge und HeimbewohnerInnen erfolgreich verhindert. Die Polizei, laut eigenen Angaben mit 100 Beamten vor Ort, hielt sich zurück und ließ Augenzeugen zufolge die Situation gezielt eskalieren. Bis zum Samstagabend versammelten sich dann 1 500 bis 2 000 BürgerInnen, unter ihnen wurden etliche TeilnehmerInnen einer DVU-Veranstaltung vor 8 Wochen wiedererkannt, und feuerten einen Mob von 400 bis 500 Skinheads, Hooligans und Neofaschisten an. Jeder geworfene Molotowcocktail, jede eingeworfene Fensterscheibe, jeder verprügelte Polizist wurde mit frenetischem Beifall bedacht. Erst in den frühen Morgenstunden des Sonntag gelang es der Polizei, die Angreifer vom Heim zu verdrängen, was wohl eher der Erschöpfung des Mobs zuzuschreiben ist als dem konsequenten Durchgreifen der Beamten.

Am Sonntag herrschte eine fast identische Situation. Trotz der in der Nacht herbeigebrachten Verstärkung für die Rostokker Polizei begannen bereits in den Mittagsstunden an die 100 Jugendliche mit erneuten Angriffen auf das Heim. Bis zum Abend entwickelte sich das ganze zu einem volksfestähnlichen Spektakel, an dem nur noch ein Karussell, eine Pommesbude und ein Zuckerwattestand fehlten. Im Alter zwischen 10 und 70 Jahren war fast ganz Lichtenhagen auf den Beinen, um zu gaffen oder um die Angreifer zu unterstützen. Da wurden in unmittelbarer Nähe zu den Polizeiketten kistenweise Molotowcocktails abgefüllt, oder aus PKWs herbeigeholt.

Der Einsatzleiter der Rostocker Polizei, Woite, erklärte am Telefon: "das ist Bürgerkrieg" und stellte seinen Beamten frei, den Dienst zu quittieren. Etliche Polizisten wurden in den letzten zwei Nächten verletzt, einer davon hat schwere innere Verletzungen und schwebt immer noch in Lebensgefahr.

Es war den politisch Verantwortlichen nicht möglich, genügend Beamte zum Schutz des Heimes aus anderen Bundesländern anzufordern, oder sie wollten es nicht - wofür vieles spricht. Im Gegensatz dazu war die Polizei vor etwa 8 Wochen durchaus in der Lage, mit einem 500 Beamten starken Polizeiaufgebot, unterstützt aus Norddeutschland, eine Veranstaltung der rechtsextremen Deutschen Volksunion (DVU) massiv zu schützen.

Rostocker AntifaschistInnen mobilisierten im Laufe des Sonntag mittag in alle norddeutschen Städte, Hamburg/Lübeck/Kiel.

Im Laufe des Sonntag abend gab es dann mehrere Versuche, gegen den BürgerInnen- und Faschistenmob anzugehen, welche aber scheiterten, da es den Leuten unmöglich schien, mit 150 AntifaschistInnen gegen 2 000 aufgeputschte BürgerInnen einzugreifen.

Gegen 1.00 Uhr ist dann erneut ein Konvoi von ca. 200 Personen aus der Rostokker Innenstadt nach HRO-Lichtenhagen gefahren. Ein Teil der Leute hat eine Kundgebung abgehalten, ein anderer Teil hat auf andere Weise versucht zu intervenieren.

Zwischenzeitlich wurde per Hubschrauber Bundesgrenzschutz aus Hamburg und Niedersachsen nach HRO-Lichtenhagen geflogen. Diese Verstärkung hatte dann nichts besseres zu tun, als 120 AntifaschistInnen festzunehmen. Sie wurden bei der Kundgebung verhaftet, zum Teil an den geparkten Autos erwartet oder auf dem Rückweg in die Innenstadt aus den Autos geholt.

Alle sind laut Ermittlungsausschuß Rostock ED-behandelt worden. Es wird ihnen u.a. Landfriedensbruch und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz vorgeworfen. **Die Zahl von 150 festgenommenen "Krawallmachern" ergibt sich aus 30 festgenommenen Rechten und 120 (!) AntifaschistInnen.**

Vom MV-Innenminister, Lothar Kupfer, war zu den Vorfällen am Wochenende zu hören, daß er die Rechten gut verstehen könnte, außerdem sei es längst beschlossene Sache, daß das Heim zum 1.9.92 geschlossen wird. Dann machte er sich die Meinung des Pöbels zu eigen, indem er es ebenfalls "unmöglich" fand, "daß deutsche Polizisten gegen Deutsche eingesetzt werden, um Ausländer zu schützen"! Kupfer: "Wir müssen dieses Problem endlich in den Griff kriegen." Das versuchte der Mob dann auch.

Der Innenstaatssekretär von MV hatte vollstes Verständnis für den Pöbel: "Den Bewohnern ist in letzter Zeit viel zugemutet worden" (stimmt, 300 ausländische Menschen zwischen 10 000 Deutschen ist auch eine wahre Zumutung!).

Als Lösung der sogenannten Ausländerfeindlichkeit wird heute von fast allen Parteien hysterisch eine Verschärfung des Asylgesetzes und die Änderung des Artikel 16 GG gefordert.

Da für den heutigen Montag mit weiteren Angriffen auf das Heim gerechnet wird, Anwohner aus Lichtenhagen kündigten dies im Fernsehen an, wird weiter von antifaschistischer Seite nach HRO mobilisiert.

Dienstag, 25.8., Stand 10.00 Uhr

Im Laufe des Montag wurde "das Heim geräumt", soll heißen, die Flüchtlinge wurden in Sicherheit gebracht und auf vier bis fünf andere Lager in MV verteilt. Von halboffizieller Seite - Wachschutz des Heimes - hieß es, das Heim sei leer. Dies erwies sich im Laufe des Montagabends als falsch.

Gegen 21.00 Uhr griffen einige hundert Rechte, angestachelt durch ältere AnwohnerInnen, erneut das Haus an und setzten vier Wohnungen im Erdgeschoß in Brand. Die Polizei zog sich daraufhin zurück und überließ das Haus den Flammen bzw. dem rechten Pöbel. Die Feuerwehr ließ sich nicht blicken. Damit wurde das Haus praktisch zum Stürmen freigegeben.

Laut RTL-Bericht von 23.50 Uhr agierten rund 800 (!) Rechte unter den Anfeuerungsrufen von 3 000 (!) Anwohnern und Schaulustigen.

Einem TV-Team von ZDF gelang es, in das Haus zu kommen, und sie mußten feststellen, daß sich noch 115 Menschen aus Vietnam im Haus befanden. Als sie über Funktelefon versuchten, die Polizei und die Feuerwehr in HRO zu erreichen, war zwei Stunden lang nur "kein Anschluß unter dieser Nummer" zu hören. Eine Verbindung war nur über Hamburg und Berlin herzustellen. Sie flüchteten mit den Vietnamesen auf das Dach des Hauses und wurden erst in den Morgenstunden gerettet (in dem Interview sagten die Leute vom ZDF, daß sie glücklicherweise irgendwo ein Brecheisen gefunden hätten; die Tür ins Nachbarhaus sei versperrt gewesen und um ein Haar wären sie alle verbrannt. Unter den VietnamesInnen waren auch einige Kinder. RTL meldete auch, daß eine Hundertschaft Polizisten nur 100 Meter vom brennenden Haus entfernt keine Anstalten machte, irgendetwas zu un-

>>

Antirassistisches Aktionsbündnis

(...)

Im Sommer letzten Jahres inszenierten die PolitikerInnen die Asyldebatte, um von ihrer eigenen Verantwortung für soziale Probleme abzulenken. Mehr noch: In Deutschland hat sich mit Hilfe fast aller Parteien ein Konsens darüber gebildet, daß Flüchtlinge die soziale Lage weiter verschärfen - ein Sündenbock wurde gefunden. Die rassistische Gewalt ist die Fortsetzung dieser Flüchtlingspolitik mit anderen Mitteln.

Es liegt an uns, Widerstand gegen die Verbreitung von Rassismus zu entwickeln, der sich schließlich in menschenverachtendem Haß Bahn bricht.

Es liegt auch an den BewohnerInnen von Lichtenhagen, ob ein menschenwürdiges Leben für alle erkämpft wird, oder ob diese Gesellschaft sich bei weitergehendem rassistischen Terror auf dem Weg in einen neuen Faschismus befindet.

Wir demonstrieren gegen die menschenfeindliche Politik, die mit ihren Verlautbarungen und Maßnahmen eine Pogromstimmung provoziert!

Wir fordern:

Sofortige Einsetzung eines internationalen Untersuchungsausschusses mit dem Ziel, die Verantwortlichen Brandstifter in Politik und auf der Straße zur Rechenschaft zu ziehen!

Bleiberecht für alle Flüchtlinge und menschenwürdige Unterbringung!

Bundesweite antifaschistische Demonstration in Rostock-Lichtenhagen: Samstag, 29.8.1992, 13.00 Uhr.

Antirassistisches Aktionsbündnis

(Flugi der Nationalen Front)

Nationale Front

Nur der organisierte Wille bedeutet Macht

Kremmen, 20.8.92

Kameraden der Kameradschaft Eberswalde!

Wir planen für Mittwoch, den 26.8. eine Gegenveranstaltung zur Kundgebung des Antirassismus-Vereins und sonstiger linker Zecken. Sie findet gegen 19.00 in Eberswalde statt. Die Gegenveranstaltung wird zusammen mit Kameraden der Deutschen Liga für Volk und Heimat durchgeführt.

Bitte trommelt soviel wie möglich Leute zusammen.

Der Fernsehsender Antenne Brandenburg wird von Zeckendemo berichten

Ortgruppenführung Osthavel

Front Heil!

---

ternehmen mit der Begründung, sie hätten keinen entsprechenden Befehl erhalten und wüßten nichts von Krawallen).

In der Presse vom 25.8.92 ist zu lesen, daß der Hamburger Neofaschist Christian Worch am Sonntag mit seinem Opel Omega am Ort des Geschehens war und über Funk oder Funktelefon Anweisungen an agierende Neonazis gegeben hat. Es wurden PKW von Rechten aus Hamburg und Lübeck auf den Parkplätzen in dem Wohngebiet gesehen.

Von antifaschistischer Seite wird für den kommenden Samstag zu einer Großdemonstration in HRO-Lichtenhagen mobilisiert. Da dürfte dann, wie vor 11 Monaten in Hoyerswerda, mit mehreren 1 000 Polizisten zu rechnen sein.

Freie Universität Berlin - Allgemeiner StudentInnenausschuß (AstA)

Wir rufen zur Demo am 29.8.1992 um 13.00 in Rostock gegen Rassismus und Faschismus auf.

Auch die SPD reicht den Rassisten und Faschisten die Molotowcocktails!

Scheinbar voneinander unabhängige Ereignisse formen sich zu einem Bild:

★ Die SPD Führungsriege reiht sich ein ins braunschwarze Lager.

★ Geplante neofaschistische Angriffe auf das Rostocker AusländerInnenwohnheim werden von CDU- und SPD-WählerInnen angefeuert.

★ Führende ParteipolitikerInnen sympathisieren offen mit den AngreiferInnen und versuchen, die Täter als Opfer darzustellen.

Diese Ereignisse machen deutlich, daß auf allen Ebenen gegen AusländerInnen gehetzt wird, um von den wirklichen gravierenden sozialen Problemen abzulenken.

Da die Parteien offenbar nicht in der Lage sind, anstehende Probleme wie Wohnungsnot, Massenarbeitslosigkeit und das Lohngefälle zwischen Ost und West zu lösen, wurden wieder Sündenböcke geschaffen.

Es ist feige und verlogen, wenn sich ein Teil der Bevölkerung nicht gegen Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot etc. einsetzt, sondern seine Wut an den schwächsten Gliedern der Gesellschaft ausläßt.

★ Für den gemeinsamen Kampf von ArbeitnehmerInnen, StudentInnen und Jugendlichen aller Nationalitäten und Hautfarben gegen Armut, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Sozialabbau.

★ Für gemeinsame Aktionen gegen rassistische und faschistische Angriffe.

★ Für die Abschaffung des AusländerInnengesetzes, des Asylverfahrensgesetzes und für den Erhalt des Artikels 16 des Grundgesetzes.

Wir unterstützen die Forderung der Prager Botschaftsflüchtlinge von 1989 nach offenen Grenzen.

Strafanzeige

25.8.92

Der Prozeß gegen die faschistischen Mörder von Antonio Amadeu in Eberswalde zeigt, mit welcher planmäßigen Naivität bundesdeutsche Rechtsstaatlichkeit Rechtsradikalen gegenübertritt. Wir haben daher keine Illusionen über hiesige Rechtsrealitäten.

Wir weisen aber darauf hin, daß selbst jeder "Hitlergruß" nach dem geltenden Strafrecht strafbar ist und von Amts wegen verfolgt werden muß.

Wir stellen hiermit Strafanzeige wegen unterlassener Hilfeleistung, Beihilfe und Anstiftung dazu, sowie wegen Mittäterschaft an vielfach versuchten Mord pp., Beihilfe und Anstiftung dazu gegen

★ den Nazi Christian Worch, der von seinem Auto aus die Pogrome leitete,

★ sämtliche eingesetzten Polizeikräfte, die trotz Lebensgefahr für die Flüchtlinge nur vollkommen unzureichend einschritten und sich sogar zurückzogen,

★ die Einsatzleiter,

★ die Verantwortlichen und Ausführenden der Abschaltung des Polizei- und Feuerwehrnotrufes

★ den Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Kupfer,

★ den Bundesinnenminister Seiters,

★ den LKA-Leiter Kordus,

★ den Rostocker Bürgermeister Zöllick

sowie gegen unbekannt.

Allen, die die Rostocker Pogrome zur Fortsetzung der rassistischen "Asyldebatte" benutzen, ist klar, daß sie damit die Angriffe eskalieren und den konkret Ausführenden eine Legitimation für die Fortsetzung der Pogrome in die Hand spielen und gespielt haben. Die o.g. Tatbestände in Form mindestens der Beihilfe sehen wir damit erfüllt.

DGB Berlin-Brandenburg

DGB kritisiert skandalöses Verhalten der Verantwortlichen in Rostock

Mit großer Bestürzung verurteilt der DGB, Landesbezirk Berlin-Brandenburg, die brutalen Ausschreitungen von Rechtsradikalen vor dem Asylbewerberheim in Rostock-Lichtenhagen.

Als ebenso erschreckend wie diese Ausschreitungen muß auch die totale Unfähigkeit der verantwortlichen Polizeiführung und des Innenministers Kupfer bei der Einsatzplanung von Polizeikräften und Feuerwehr bezeichnet werden.

"Das offensichtliche Zurückhalten von bereitstehenden Polizeitruppen und der fehlende Einsatz der Feuerwehr in der Nacht zum 25.8.1992 erfüllt nicht nur den Tatbestand der unterlassenen Hilfeleistung, sondern stellt schon fast bewußte Beihilfe zu schweren Straftaten dar", entrüstet sich Bernd Rissmann, hauptamtliches Vorstandsmitglied des DGB, Landesbezirk Berlin-Brandenburg. Nach Ansicht des DGB müssen die demokratischen Grundrechte mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verteidigt werden. Es darf kein Zurückweichen vor Rechtsextremismus und Gewalttätigkeiten geben.

"Ein Innenminister, der "ein gewisses Verständnis" für die Übergriffe auf Asylbewerber äußert, scheint nicht der notwendige Garant zu sein, die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die Menschenrechte zu schützen", erklärt Bernd Rissmann.

Das Fehlverhalten der Verantwortlichen schon bei der Unterbringung der Asylbewerber läßt den Verdacht aufkommen, daß die Angriffe auf das Haus und die unbegreifliche Unterstützung der Randalierer durch die Anwohner bewußt in Kauf genommen wurden.

Die aktuellen Vorfälle in Rostock bestärken den DGB, Landesbezirk Berlin-Brandenburg, die von ihm initiierte Kampagne gegen Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß weiter zu forcieren. Wer schweigt oder die Ereignisse versucht zu rechtfertigen, macht sich nach Auffassung von Bernd Rissmann mitschuldig.

DGB, Landesbezirk Berlin-Brandenburg, Pressestelle, 25.8.1992

Presseerklärung Nr. 1 vom 13.7.1992

Wir haben das Informations-Zentrum für freie Völker (Özgür Halklar Komitesi) gegründet.

Die Welt befindet sich in einer heißen Phase neuer Widersprüche. Die USA, 'der Gendarm der Welt', behält nach wie vor den Titel, ein Land zu sein, in dem der Hunger für Teile der Bevölkerung zu einem ernsthaften Problem ist, das am höchsten verschuldet ist und in dem die schwarze Bevölkerung gegen den Rassismus aufsteht.

Neben den gemeinsamen Interessen des internationalen Kapitals unternehmen die großen europäischen Staaten Schritte zur Schaffung einer Europäischen Union.

Die in Osteuropa und in der Sowjetunion entstandene konterrevolutionäre Welle hat sich nicht so rasch entwickelt wie es anfangs schien. Nachdem die Völker dieser Länder sich mit Hungersnot und Elend konfrontiert sehen, suchen sie jetzt wieder die Errungenschaften des Sozialismus. Boris Jelzin drohte dem US-Präsidenten bei seinem Besuch in den USA mit den Worten 'Entweder Kredite oder Kommunismus'.

Süd-Koreas Wirtschaft, die die Imperialisten seit Jahren den Völkern der Neokolonialisierten Länder als beispielhaftes 'Wirtschaftsmodell' vorführten, macht Bankrott. Jetzt schlagen sie die Methoden Argentiniens als Ausweg vor, das wegen seines wirtschaftlichen Sumpfes die Währung um drei Nullen abwerten mußte. Das wird zur Folge haben, daß hunderttausende von Menschen arbeitslos werden.

In Südafrika muß die schwarze Bevölkerung mit Massakern auch noch den Preis zahlen. Als die Friedensverhandlungen unterbrochen wurden, riefen zehntausende 'Wir wollen Waffen'.

Und trotz der Friedensverhandlungen in El Salvador bringen die Widersprüche zwischen der herrschenden mörderischen Regierung und dem Volk neue Konflikte hervor, und die bewaffneten Auseinandersetzungen nehmen kein Ende. Trotz aller Bemühungen der resignierten reformistischen Führung fürchtet sich das internationale Kapital vor den Anstrengungen des palästinensischen Volkes, einen eigenen Staat aufzubauen und versucht sie daran zu hindern. Im Grunde gilt dies auch für Irakisch-Kurdistan.

Das fortschrittliche, demokratische und antiimperialistische Potential des palästinensischen und kurdischen Volkes, das seit Jahren gegen Imperialismus, Zionismus und die regionale Reaktion gekämpft hat, wird auch in ihrem eigenen Staat, den sie gründen wollen, zum Ausdruck kommen. Und das widerspricht den Interessen des Imperialismus im Nahen Osten. Deshalb halten sie den Kampf dieser Völker weiter unter Kontrolle und versuchen sie an ihren Bestrebungen zu hindern...

In der Türkei und in Kurdistan werden die Unterdrückung, Verbote, massenhafte Festnahmen, Folter und Verhaftungen ungebrochen fortgesetzt. In der letzten Zeit häufen insbesondere sich die Fälle von 'Verschwinden lassen', Hinrichtungen auf offener Straße und Operationen in Wohnungen. Nach offiziellen Angaben wurden alleine im letzten Monat in Kurdistan mehr als 200 Menschen ermordet. Schließlich mußte Demirel die Realität des Faschismus zugeben, indem er beim Wirtschaftskongress in Izmir sagte: 'In der Türkei gibt es keine echte Demokratie'.

In der Türkei ist ein Viertel der Menschen arbeitslos. Das Bruttosozialeinkommen beträgt in der Türkei und Kurdistan 900 Dollar pro Kopf, in Deutschland, England, Frankreich und Japan acht bis zehntausend Dollar. Mehr als die Hälfte der gesamten Bevölkerung muß mit einem jährlichen Unterhalt von weniger als 600 Dollar leben.

Der revolutionäre Kampf in der Türkei und in Kurdistan und der Aufstand des kurdischen Volkes werden mit voller Kraft weitergehen!

Kuba, Nord Korea, China, Vietnam .... leisten Widerstand mit ihrem sozialistischen System.

In solch einer Welt leben wir - und wir haben das 'Informations-Zentrum für Freie Völker' als demokratische Instution gegründet, die sich selbstverständlich auf der Seite der Kräfte befindet, die für Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus kämpfen. Wir als 'Informations-Zentrum für Freie Völker' unterstützen die revolutionären und demokratischen Kämpfe in der Türkei und Kurdistan, und wir informieren in diesem Zusammenhang die europäische Öffentlichkeit.

Mit diesen Ziel werden wir reagieren und Position beziehen gegen jeden Angriff auf der Welt, auf die Menschheit und auf die Kräfte, die auf der Seite der Unterdrückten und Werktätigen stehen. Alle Informationen aus der Türkei und Kurdistan und anderen Ländern werden wir veröffentlichen und ein breites Spektrum aufrufen, gegen Unterdrückung, Folter Massaker und das 'Verschwinden-Lassen' von Menschen zu protestieren.

Wir werden Komitees und Delegationen bilden, die direkt vor Ort Nachforschungen über die Geschehnisse anstellen sollen. Wir werden mit Broschüren, Erklärungen und Flugblättern, auf Veranstaltungen und mit Dias und Filmen die Öffentlichkeit informieren.

Wir werden politisch-kulturelle Aktivitäten organisieren und Beziehungen mit fortschrittlichen, antifaschistischen, revolutionären und demokratischen Organisationen und Einzelpersonen aufbauen. Wir werden Solidaritätskampagnen und Aktivitäten, die sich finanziell und materiell mit den Kämpfen in der Türkei und in Kurdistan und anderen Ländern solidarisieren, organisieren.

Wir teilen der Öffentlichkeit mit, daß unser Informations-Zentrum für Freie Völker mit den o. g. Ziel aus einem internationalistischen Verständnis arbeitet, die internationale Freundschaft und Solidarität der Völker wird die Basis sein.

Presseerklärung Nr. 5 vom 11.7.1992

Razzia im Ortaköy Kultur Zentrum (Ortaköy Kültür Merkezi, Istanbul) - 25 Personen festgenommen

Das Ortaköy Kultur Zentrum (OKM), welches wegen seinen kulturellen Aktivitäten bekannt ist, wurde heute um 11.30h von der Polizei überfallen. Aufgrund der gegen Mitglieder von Grup Yorum ausgestellten Haftbefehle, wurden die Ausweise der anwesenden Personen von der Polizei eingesammelt und daraufhin versuchte die Polizei 11 Leute festzunehmen. Da die anwesenden Leute Widerstand leisteten, hat die Polizei 'Spezielle Einsatztruppen' gerufen, welche unter Anwendung massiver Gewalt 25 Personen festnahmen.

Presseerklärung Nr. 6 vom 16.7.1992

Nachfolgend dokumentieren wir eine Erklärung des 'Rechtsbüros des Volkes', Istanbul (Halkin Hukuk Bürosu)

Am 13.7.92 wurden im Istanbuler Stadtteil Kasmpasa-Kulaksiz zwei Menschen von Anti-Terroreinheiten massakriert. Der Polizeipräsident Necdet Menzir nannte dieses Massaker ein Wunder von 055*. Die Presse berichtete, daß diese Operation auf einen Anruf bei der Nummer 055 hin gefolgt sei, innerhalb von 15 Minuten sei die Operation beendet gewesen. Wie kann Menzir diese Nummer noch ernstnehmen, nachdem es jeden Tag Berichte gibt, daß sie nicht mehr funktioniert, weil Menschen ihre Nachbarn oder andere Menschen, auf die sie böse sind, dort denunzieren? Wie kann er es erklären, daß die Operation schon nach 15 Minuten zu Ende war obwohl die Polizei angeblich versucht hat, die Menschen lebend zu fassen?

Die Polizei hat wieder eine Hinrichtung vor Ort verübt. Menzir, der nach dem 'Gefecht im Organisationsstützpunkt' durch Blut gewatet ist ohne zu wissen, wer die Getöteten waren, und die Demirel / Inönü-Regierung müssen der Öffentlichkeit erklären, wie diese 15 minütige Operation gesetzmäßig abgelaufen sein soll. Daß diese Zeit nicht einmal ausreicht zum Ergeben aufzufordern und die Operation so schnell beendet worden ist, sind Zeichen dafür, daß es klarer Mord gewesen ist. Auch die Tatsache, daß die Presse während der Operation die Gegend nicht betreten durfte und die Journalisten später unter der linken Hand jeder Leiche eine Waffe zu sehen bekommen haben, sind Beweise dafür, daß die Polizei Morde vertuschen will.

* Telefonnr. 055 : Telefonnr. bei der Istanbuler Polizei, über die Bürgerinnen Hinweise über Terroristen abgeben sollen, nach unseren Informationen schon länger nicht mehr in Betrieb, da die Bevölkerung sie ausschließlich für ihre 'Privatfehden benutzt hat.

Presseerklärung Nr. 7 vom 16.7.92

Sozialistische Wochenzeitung Mücadele beschlagnahmt

Die Nummer 2/92 unserer wöchentlich erscheinenden Zeitung Mücadele ist vom DGM (Staatssicherheitsgericht) beschlagnahmt worden. Gegen den presserechtlich verantwortlichen Redakteur und die Herausgeberin sind Ermittlungsverfahren eröffnet worden.

In 2 Artikeln dieser Nummer wurde über die Gefallenen in Gefechten zwischen Devrimici Sol und den türkischen Sicherheitskräften berichtet. Die Beschlagnahme wird damit begründet, daß diese Artikel Angriffe gegen die Einheit des türkischen Staates wären, sie wären separatistisch.

Mücadele 14.7.92

Die Mitarbeiterinnen des Ortaköy Kulturzentrums (OKM) befinden sich im Hungerstreik.

Die Mitarbeiterinnen des OKM, darunter auch die, die am 11.7.92 festgenommen und am nächsten Tag wieder freigelassen worden sind, haben heute um 11.30h im OKM eine Pressekonferenz organisiert. Dort haben sie gegen die willkürliche Durchsuchung und Festnahmen protestiert und erklärt, daß sie deshalb einen Hungerstreik beginnen.

Bei dieser Pressekonferenz sagten sie, daß das OKM vorher schon mehrmals Repressionen erfahren hat. Im Oktober 1991 wurde OKM z.B. willkürlich geschlossen.

Auf der Pressekonferenz war auch Özkan Oguzuglu, der erzählte, wie er physisch und psychologisch gefoltert worden ist und die Folterspuren in seinem Gesicht zeigte. Auch er beteiligt sich am Hungerstreik.

Die MitarbeiterInnen des OKM sagten auf der Pressekonferenz, daß sie nun mit dem Hungerstreik anfangen bis alle Festgenommenen freigelassen worden sind und die Unterdrückungsmaßnahmen gegen das Kulturzentrum beendet sind. Im Moment beteiligen sich 15 Personen an diesem Hungerstreik.

Mücadele 13.7.1992

Menzir hat die Festnahme des Gymnasiasten Levent Nevruz befohlen, er befindet sich in Untersuchungshaft.

Vorgestern gab es in Istanbul mehrere Aktionen, um gegen das Massaker am 12.7.92* zu protestieren. Danach hat Necdet Menzir, der Polizeipräsident von Istanbul, über Funk befohlen: 'Stürmt die Wohnung der Schüler, die nach der Besetzung des Hasköy- und des Bogazici-Gymnasium * festgenommen worden sind. Wenn sie nicht zu Hause sind, müßt ihr die Umgebung nach ihnen absuchen'.

Nach der damaligen Besetzung wurden sie festgenommen, von der Polizei verprügelt, aber vom DGM (Staatssicherheitsgericht) wieder freigelassen. Sie konnten sich aber nicht dagegen wehren, von da an als 'Verbrecher' zu gelten. Nach ihrer Freilassung gab es weiter viel Repressalien gegen sie und ihre Familien. (...)

* 12.7.92 : Massaker, bei dem 12 Revolutionäre ermordet worden sind

* Die beiden Gymnasien waren im März 1992 aus Protest gegen die Massaker an Newroz in Kurdistan besetzt worden.

Mücadele 13. Juli 1992

20.Juli 1992: Im Istanbuler Stadtteil Kartal Kücükyali sind 3 Mitglieder der TKP/ ML-TIKKO, 2 Männer und 1 Frau, 'tot gefangengenommen worden'.

Presseerklärung Nr. 11 vom 22.7.92

Beschlagnahmung des im Haziran-Verlag erschienen Buches 'Unsere Fahne wird im ganzen Land wehen', vom Staatssicherheitsgericht, da es gegen die 'Anti-Terror-Gesetze' verstoßen und 'Propaganda für eine verbotene Organisation' darstellen soll.

Inhalt dieses Buches sind eine Zeugenaussage über die Operation der Polizei am 17.4.92 gegen mehrere Stützpunkte von Devrimci Sol und die Nachrufe auf die Gefallenen. Die Beschlagnahmung dieses Buches beweist wieder einmal, wie miserabel es um die Pressefreiheit in der Türkei gestellt ist.

Presseerklärung Nr.12 vom 22.7.92

Die Vertreterin der Zeitschrift Mücadele in Matatya Ayten Can wurde festgenommen.

Die Vertreterin der Zeitschrift Mücadele Ayten Can ist zusammen mit der Vorsitzenden von Anadolu Özgür der Aysel Sözeri in das Dorf Kürccik bei Malatya, um dort die Unterdrückung zu untersuchen. Bei unserer Ankunft in dem Dorf sind sie auf Befehl des Regimentskommandanten festgenommen worden.

Das Büro von Mücadele in Malatya hat folgende Erklärung veröffentlicht: 'In Kürccik wurden von der Gendamerie und den Spezialteams ohne Unterschied die Bauern, junge und alte Menschen, gefoltert, ihre Tiere erschossen, sie wurden gezwungen im Schnee zu liegen, Scheinhinrichtungen werden durchgeführt. Diese Unterdrückung ist mittlerweile permanent geworden.

Nachdem sich diese Unterdrückung in den letzten Wochen noch verstärkt hat gingen am 22.7.92 diese beiden dorthin, um die Vorfälle zu untersuchen. Sie kamen zwischen 12 - 13.00 Uhr dort an und wurden ohne Angaben von Gründen festgenommen.

Wir protestieren gegen diese Festnahmen und die Unterdrückung der Bevölkerung von Küccik. Wir fordern die Freilassung der Festgenommenen und das diejenigen, die die Bevölkerung terrorisieren, verurteilt werden.

Presseerklärung Nr. 17 vom 4.8.1992

Presseerklärung der BewohnerInnen des Gecekondus Kücük Armutlu bei Istanbul

Wir, die Bevölkerung von Kücük Armutlu, erklären, daß wir trotz der jahrelangen Versuche, uns durch den Abriß unserer Häuser und Angriffe zum Verstummen zu bringen, jetzt, beim letzten Schlag, den Ihr vorhabt, bereit sind zu sterben.

Durch die jahrelang mangelnden Dienste, tägliche Repression, unzählige Abrisse sind wir materiell sowieso am Ende. Wir haben nichts zu verlieren. Wir werden die Dächer über unseren Köpfen und unseren Stolz als Menschen verteidigen - auch wenn es unser Leben kostet.

Seit Jahren leisten wir trotz Repression und Ungerechtigkeiten Widerstand für unser Recht auf Wohnen und menschenwürdiges Leben. Ihr bezeichnet uns, die Bevölkerung von Kücük Armutlu, als Terroristen, um eine Begründung für den Abriß zu schaffen. Aber jedesmal, wenn ihr eine Operation durchgeführt habt, habt ihr keine Terroristen vorgefunden, sondern das Volk. Die türkische und die internationale Öffentlichkeit wissen, daß diese ganzen Lügen nur zur Rechtfertigung des Abrisses dienen.

Ihr habt die Sessel, auf denen ihr gerade sitzt, nur bekommen, indem ihr das Volk getäuscht habt. Aber glaubt nicht, daß ihr trotz der Ungerechtigkeiten, die ihr seit Jahren gegenüber tausenden von Menschen begangen habt, auf diesen Sesseln sitzen bleiben könnt.

Als der Bürgermeister des Großraums Istanbul Sözen die Abrißgenehmigung unterschrieben hat, wußte er ganz genau, daß er damit auch den Polizeiterror gegen die Bevölkerung von Kücük Armutlu unterschrieben hat.

Er tut so, als ob die Operationen, die seit dem 20.6.92 gegen uns laufen, gegen ihn gerichtet wären - oder warum haben sie unterschrieben? Als die ANAP-Regierung Sie noch gestern über das Fernsehprogramm von Star 1 anschwärzen wollte, haben wir sie verteidigt. Wer soll Sie wegen ihrer Verantwortung für die beiden beim Abriß Gefallenen und der Waisen verteidigen? Glauben Sie nicht, daß die türkische oder internationale Öffentlichkeit Sie verteidigen wird. Glauben Sie, daß durch Ihre Unterschrift das Verteidigungsministerium unseren Platz bekommen wird?

Natürlich sind die Bagger, die für den Abriß nach Kücük Armutlu kommen, Eure Bagger, aber die Soldaten, die sie fahren, sind unsere Kinder. Werdet Ihr uns durch unsere Kinder ermorden lassen? Wir schikken unsere Kinder zum Militär, damit sie unser Land gegen Feinde schützen, damit sie unseren Stolz als Menschen schützen. Was ist das für eine Politik, die unsere Kinder gegen uns stellt?

Wir, die Bevölkerung von Kücük Armutlu haben vor der türkischen und er internationalen Öffentlichkeit bewiesen, daß wir Recht haben.

Wir rufen die türkische und die internationale Öffentlichkeit auf, sich gegen den Polizeiterror, der sich gegen uns richtet, zu verhalten.

Wir, die Bevölkerung von Kücük Armutlu, erklären der türkischen und internationalen Öffentlichkeit, daß niemand und keine Kraft unsere Häuser abreißen wird ohne über unsere Leichen zu gehen, solange wir auf den Boden unseres Landes und im Schatten der Gewehre leben.

Die Bevölkerung von Kücük Armutlu

Aufruf für die Bildung von Schutzbrigaden

Bleiberecht für die 8.000 Bewohner von Kücük Armutlu!

Die katastrophale wirtschaftliche Situation im NATO-Land Türkei, bedingt durch Arbeitslosigkeit, niedrige Reallöhne und Peissteigerungen der Grundnahrungsmittel führten dazu, daß die Metropolenstädte Ankara und Istanbul die Vertriebenen anzogen. Die Städte bieten zwar keinerlei Überlebenschancen, aber immerhin die Möglichkeiten ein bißchen Geld zu verdienen, durch Müllsammeln, Papiertüten kleben, Verkauf von Kaugummi und Zigaretten oder Schuhe putzen.

Menschen aus Tokat und Sivas besetzten 1989, am Rande von Istanbul das Kücük Armutlu. Inzwischen wuchs die Bevölkerung auf 8 000 Menschen an. Die Situation dort ist geprägt von Arbeitslosigkeit, mangelnder Wasserversorgung und Kanalisation, fehlender Abfallbeseitigung und Krankheiten. Für ihre, aus Stein gebauten kleinen Hütten fehlt der Besitztitel, die Bewohner müssen ständig damit rechnen, daß sie geräumt und ihre Häuser platt gemacht werden.

Wohnen ohne Besitztitel ist den Herrschenden ein Dorn im Auge, dadurch wird das Bauen von Villen in der landschaftlich schönen Gegend behindert, die Errichtung von Großbauten zunächst nicht möglich.

Dagegen ist die Bevölkerung von Kücük Armutlu nicht untätig. Durch GEYAD (Hilfswerk für die Slumbewohner) bildeten sich aktive und kollektive Strukturen die in der Lage sind, für die Verbesserung der Situation zu kämpfen und gegen die Zerstörung der Häuser zu leisten.

Seit 15 Monaten gibt es vermehrt Übergriffe durch die Polizei, Prügel, Festnahmen, ein illegal verhängtes nächtliches Ausgehverbot. In Kücük Armutlu lies die Polizei eine Schule räumen und zog dort ein. Durch ständige Polizeipräsenz soll Panikstimmung erzeugt werden.

Anfang Juli gab die zuständige Stadtverwaltung die Räumung bekannt, mit der Argumentation (...) hier am Bosporus soll ein strategisch wichtiger militärischer Stützpunkt entstehen. Das Kücük Armutlu soll abgerissen und 8 000 Menschen vertrieben werden.

Schutzbrigaden

Durch die Bildung von Schutzbrigaden wollen wir dem etwas entgegensetzen. Für koordinierte Zeiträume sollen Schutzbrigaden mit den Menschen in Kücük Armutlu leben, an der Verbesserung der Infrastruktur mitarbeiten, die Krankenversorgung verbessern und die unterstützen, die sich unter den schwierigsten Bedingungen organisiert haben und für ihre Rechte kämpfen.

Dazu sollen Menschen, national und international, Gruppen, Einzelpersonen angesprochen und mobilisiert werden. Wir brauchen viele, die mitdiskutieren und sich Gedanken darüber machen, wie der Schutz für die Bewohner in die Praxis umgesetzt werden kann. Wir wollen Einfluß nehmen auf die Schlüsselpersonen in Istanbul und Ankara.

Ein weiteres Ziel ist, die Situation der Gecekondubewohner hier zu vermitteln.

Die praktische Seite sieht so aus: wöchentlich oder 14-tägig sollen die Brigaden wechseln. Das Brigadenbüro in Kücük Armutlu wird ständig während der laufenden Kampagne besetzt sein und Informationen über den neuesten Stand der Lage vermitteln.

Dringend benötigen wir Handwerker: Schreiner, Maurer, Installateure, Elektriker; Ärzte und Krankenschwestern sind dringend erforderlich.

Die gesamte Zeit der Kampagne über, sollen immer wieder Delegationen nach Istanbul reisen, um dort und hier Öffentlichkeit herzustellen.

Solikomitee Kücük Armutlu und GEYAD (Hilfsverein für Slumbewohner)

ORF-Nachrichten, Mi., 22. 7. 92, 22 Uhr – FS 2

Zu den Patriots in Israel während der Aggression gegen den Irak Jänner/Februar 1991:

General Schwarzkopf erklärte nach dem Krieg gegen den Irak, 80 von 81 gegen Israel abgefeuerte SCUD-Raketen seien von den Patriots zerstört worden.

Dagegen kommt eine Studie (weiß nicht genau von wem, jedenfalls aus den USA) zu einem völlig anderen Schluß:

Die Trefferquote der Patriots gegen die SCUD-Raketen lag auf jeden Fall unter 50%.

Angeblich hat der Irak die SCUD-Raketen nicht für eine derartig weite Strecke präpariert, so daß viele der anfliegenden Raketen bereits in der Luft zerbrachen, und die Sprengköpfe dann runterfielen und am Boden explodierten.

Sie zeigen eine Aufnahme von einer Rakete, die in der Luft zerbricht.

Eine weitere Aufnahme zeigt eine Patriot-Rakete, deren Ziel unter dem Erdboden ist – die Rakete fliegt einen niedrigen Bogen und schlägt dann explodierend in Tel Aviv ein, Kommentar dazu: *"Es handelte sich um einen Software-Fehler"*.

Ein Sprecher gibt an, daß nur eine Patriot-Rakete sicher eine SCUD-Rakete getroffen habe.

Trotzdem möchte die NATO weiterhin an den Patriots festhalten und sie als Boden-Luft-Rakete gegen Flugzeuge einsetzen. Dazu wurden die Patriots bekanntlich auch entwickelt.

Richtigstellung

Im Verteiler Nr. 27 ist uns ein peinlicher Fehler unterlaufen. Wir haben das Devrimci-Sol-Bulletin Nr. 48 - Gayrettepe ist ein Zentrum des Verbrechens gegen die Völker ... - so gekürzt, daß der Text entstellt wurde. Hier die Richtigstellung (der fehlende Text ist kursiv):

... An die, die uns, weil wir die Volksjustiz durchsetzen, indem wir Folterer und Mörder bestrafen, 'Mörder' nennen:

Regierungsmitglieder, Unterstützer des Regimes, Generäle und Polizeichefs, 'Intellektuelle', 'Humanisten':

Macht weiter! Gebt Presseerklärungen, schreibt es!

Zeigt der ganzen Welt, daß Ihr das Verbrechen begeht, Folterer und Mörder zu unterstützen und zu beschützen. Laßt Eure Namen gegenüber der revolutionären Gerechtigkeit als Unterstützer der Volksfeinde und Mörder in die Geschichte eingehen. Etwas anderes werdet Ihr auch nicht verdienen, weil wir diese Folterer, Volksfeinde und Mörder und ihre Befehlshaber weiter bestrafen.

Mit anderen Worten: Wir werden 'Terroristen' bleiben. Aber Ihr dürft nicht vergessen, daß Ihr als Unterstützer und Beschützer dieser menschenfeindlichen Verbrecher die praktische und politische Verantwortung übernehmen müßt...

Die Verantwortlichen für die Politik, für Folter und Massaker, die die Völker gegeneinander aufhetzen wollen, die die neuen Dersims und Halabschas vorbereiten, die diese Politik bestätigen, die die Politik unterstützen und durchsetzen; Folterer, Mörder, Konterguerillas: Ihr habt 2 Möglichkeiten: hört auf, diese Politik zu machen oder sie zu rechtfertigen und gebt die Verbrechen, die Ihr an den Völkern begangen habt, zu und entschuldigt Euch. Dies ist die erste Möglichkeit und wir wollen, daß Ihr Euch dafür entscheidet.

Wenn Ihr diese Möglichkeit nicht wählt, müßt Ihr Euch besser schützen ... Kontrolliert Eure Stadtteile, Eure Straßen, Eure Wohnungen, Eure Arbeitsplätze jeden Tag, jede Stunde und jede Minute aufmerksamer; guckt unter Eure Betten, seht unter Eure Autos und sichert Eure Türen mit Eisengittern, richtet alles mit Alarmanlagen aus ... Kurz gesagt, macht alles, was möglich ist. Wenn Ihr die erste Möglichkeit nicht wählt, werdet Ihr der Volksjustiz begegnen und zur Rechenschaft gezogen werden. Diese Begegnung könnt Ihr vielleicht aufschieben, aber Ihr werdet Euch nicht davor retten können. Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen wird die Volksjustiz einen Weg finden, Euch zu erreichen. Weil: ***"wenn wir es wollen, kommen wir auch in Eure Schlafzimmer. Weil unsere Stärke auf der Unterstützung durch das Volk beruht und wir die grenzenlosen Möglichkeiten des Volkes anwenden".***

Daran, daß wir in der Lage sind, das, was wir in unserem Bulletin Nr. 21 vom 27.4.91 gesagt haben, zu verwirklichen, darf niemand bezweifeln.

So, wie wir in das Zentrum der Konterguerilla Gayrettepe gekommen sind, können wir auch in Eure Schlafzimmer kommen, und auch dahin, wo Ihr glaubt, am sichersten zu sein.

(Aus: El Diario Internacional, Mai 1992, übersetzt vom Infocafe Jelka)

Chronologie des Gemetzels – so wurde das Massaker vorbereitet

15. August 1991

Mehr als 500 Schergen des Heeres und 200 der Polizei beginnen den ersten Versuch des Genozids im Canto Grande. Die Gefangenen kämpfen mit Tapferkeit und verhindern das Massaker. Hundert Gefangene haben Schußverletzungen. Der Militäraktion, beschlossen von der Fujimori-Regierung, ging eine gigantische Verteufelungskampagne der Gefangenen voraus. Die rechte und offizielle linke Presse übernahmen die offizielle Propaganda.

9. September 1991

Fujimori verabschiedet das Dekret 011-91-JUS, mit welchem die Gefängnisse von Lima und Umgebung militarisiert werden. Die Kontrolle und externe als auch interne Überwachung der Gefängnisse wird den Streitkräften übertragen. Die Kriegsgefangenen und politischen Gefangenen denunzieren diese "legale Maßnahme" als ein Instrument, das die Regierung gebrauchen wird, um einen Genozid – ähnlich dem von 1986 – gegen die wegen der Zugehörigkeit zu den maoistischen Reihen Angeklagten durchzuführen.

8. November 1991

Die Regierung diktiert das Dekret 734, das ihnen als "legales Instrument" dient, um es offiziell zu ermöglichen, daß die Streitkräfte in die Gefängnisse eindringen können, wo die der Mitgliedschaft in der PCP Angeklagten gefangen gehalten werden. "Legal" können ab dieser Gesetzesausgeburt die Militärs ohne Genehmigung der Justiz ins Canto Grande eindringen.

17. Dezember 1991

Die Streit- und Polizeikräfte versuchen noch einmal, in die Strafanstalt von Canto Grande einzudringen. Das Ziel der Regierung ist es, einen Massenmord an wegen Terrorismus angeklagten Gefangenen zu begehen. Ein heroischer Widerstand der politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen verhindert das Massaker.

20. Dezember 1991

Ein Tausendschaft von Militärs und Polizisten, bewaffnet mit starken Gewehren, versucht wieder ins Canto Grande einzudringen. Der Widerstand der Gefangenen und eine starke Mobilisierung des Komitees der Angehörigen von politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen halten sie auf und bringen die Genozidpläne des Regimes zum Scheitern.

Die offizielle Presse billigt die kriminellen Pläne der Regierung. Sie intensiviert ihre Propaganda gegen die Gefangenen: "Massenflucht von Terroristen vereitelt" (La Republica), "Aufrührerische von früh bis spät indoktriniert" (La Republica), "Senderisten haben die totale Kontrolle über Canto Grande" (Expreso), "Das Prinzip der Autorität muß wiederhergestellt werden" (El Comercio), "Senderisten bereiten Flucht vor", "Terroristen von Sendero haben Unmengen an Waffen". Das sind einige der argen Medienlügen, die den kriminellen Plänen des Tyrannen dienen.

25. Februar 1992

Fujimori erklärt: "Es wird ein großes Gemetzel geben, aber wegen der Waffen der Terroristen... Wir haben einen Plan, aber den müssen wir in der Reserve halten. " (El.Comercio 23. 2. 92)

5. April 1992

Fujimori macht den Militärputsch. Er schaltet die Justiz und das Parlament aus. Sofort befiehlt er dem Militär, das gewalttätige Eindringen in die Pavillons 1-A und 4-B vorzubereiten. Mehr als 500 Soldaten nehmen die Umgebung des Gefängnisses ein..

6. April 1992

In Vorbereitung des Massakers an den Gefangenen werden 5 Mitglieder der Vereinigung Demokratischer Anwälte Perus illegal durch die Anti-Terrorpolizei verhaftet. Sie werden wieder freigelassen, aber es wird ihnen der Strafprozeß eröffnet und sie sind von der Verhaftung bedroht.

7. April 1992

Truppen des Heeres und der Policia Nacional übernehmen die Kontrolle von Canto Grande, sie vertreiben das Personal des Nationalen Strafanstaltsinstitutes. Sie militarisieren das Gefängnis und beginnen mit Aktionen der Provokation gegen die Kriegsgefangenen.

14. April 1992

Die Polizeikräfte in Begleitung von 2 Angestellten und des Internationalen Roten Kreuzes dringen friedlich in die Strafanstalt von Canto Grande ein; sie überprüfen im Areal, daß die politischen und Kriegsgefangenen keine Art von Feuerwaffen besitzen, wie es die regierungstreue Presse verbreitet. "Der General der Policia Nacional Miguel Barriga Gallardo informierte, daß die Operation ruhig verlaufen sei, ohne Unannehmlichkeiten und Zwischenfälle". "Unsere Quelle informierte uns, daß der Pavillon 1-A, wo die 150 Frauen von Sendero Luminoso sind, inspiziert wurde; der Pavillon 4-B, wo es 427 Häftlinge dieser Gruppierung gibt... " (El Comercio 15. 4. 92). Die Resultate dieser Inspektion wurden von der Interamerikansichen Menschenrechtskommision (CIDH) der OAS registriert... Während des Besuches der Strafeinrichtung Miguel Castro konnte die Mission die normale Beziehung prüfen, die zwischen den Leitern der Policia Nacional und den Internen besteht, gekennzeichnet von Dialog und gegenseitigen Respekt. (Information aufbereitet von Edith Marquez Rodriguez, Sekretärin des Exekutivkomitees des CIDH und des Rechtsanwaltes Luis Fernando Jimenez, ebenfalls Mitglied der Kommision). Quelle: Zeitschrift SI vom 11. Mai 92

30. April 1992

Der Tyrann Fujimori kündigt in der Militärschule von Chorrillo an, daß er ein Gesetz verabschieden wird, um die lebenslängliche Strafe für die Gefangenen, die sich subversiv betätigen, anzuwenden.

2. Mai 1992

Fujimori und der Verteidigungsminister General Victor Malca Villanueva treffen sich im Regierungspalast mit Bernard Aronson, Sekretär für interamerikanische Angelegenheiten der USA. Bei dem Treffen war auch der US-Botschafter in Lima Anthony Quainta anwesend, ein Experte der Aufstansbekämpfung.

5. Mai 1992

Fujimori verkündet via Fernsehen und anderen Massenmedien, daß seine Regierung die lebenslängliche Freiheitsstrafe für die "Integranten von Sendero Luminoso" offiziell gemacht hat. Er wies zornig darauf hin, daß der Kampf "gegen den Terrorismus" keine Grenzen habe. Er verkündet eine "legale" Maßnahme, die die Richter ermächtigt, ihre Fratze zu verdecken und ihre Identität zu verheimlichen, wenn sie einen Subversiven verurteilen.

6. Mai 1992

Um halb drei Uhr morgens umstellen mehr als 500 Schergen der Polizei und eine Tausendschaft von Soldaten die Strafanstalt von Canto Grande. Die Regierung hat die Operation "Mudanza 1" (Umzug, Wohnungswechsel) genehmigt. Fujimori hatte sich für den Genozid entschieden. Der Vorwand war, die Gefangenen von Canto Grande in die Strafanstalt Santa Monica in Chorrillo zu "verlegen".

Die Militärs und Polizisten attackierten grausamst den Pavillon 1-A der weiblichen politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen. Nach einem 16-stündigen ungleichen Kampf bleibt ein Saldo – gemäß der offiziellen Version – von 9 getöteten Gefangenen und 2 getöteten Polizisten, von den Gefangenen, denen 2 Kampfgewehre abgenommen wurden. Die Regierung erlaubt nicht die Intervention von Luis Fernando Jimenez, Repräsentant der CIDH der OAS, der seine Hilfe zur Vermittlung im Konflikt angeboten hat.

7. Mai 1992

Die Kämpfe verlagern sich in den Pavillon 4-B der Kriegsgefangenen. Das Heer und die Polizei verstärken ihre Kontingente. Eine brutaler Angriff auf die Einrichtungen der Strafanstalt wird begonnen. Die Militärs verwenden Kriegsgranaten, Raketen, Maschinenpistolen schweren Kalibers, Helikopter und andere Kriegsmordwaffen.

8. Mai 1992

Ungefähr 2000 Schergen des Heeres und Spezialeinheiten der Polizei beginnen eine intensive Bombardierung des Pavillons 4-B der Strafanstalt von Canto Grande. Sie verlangen die Aufgabe der Kriegsgefangenen. Die Antwort heißt weiterkämpfen gegen den Genozid. Die Soldaten werfen große Bomben auf das umzingelte Gebäude. Die Explosionen hört mensch in ganz Lima. Zur gleichen Ziet initiieren die Angehörigen der Gefangenen, die sich außerhalb der Strafanstalt



befinden, Demonstrationen und Märsche gegen den Genozid im Canto Grande.

9. Mai 1992

Nach 4 Tagen des heroischen Widerstndes und nachdem ca. 100 Gefangene ermordet wurden, machen die "triumphierenden und siegenden" Soldaten ihren Einmarsch in den Pavillon 4-B von Canto Grande. Die von den Gefangenen besetzten Einrichtungen sind ein Trümmerhaufen, total zerstört von den brutalen Bombardierungen des Militärs.

10. Mai 1992

Der Tyrann Fujimori, eingewickelt in eine kugelsichere Weste und beschützt von einer Hundertschaft der Sicherheitswache, stattet Canto Grande einen Besuch ab und betrachtet seine völkermordende Aktion. Fujimori in seiner wahnsinnigen Verzweiflung glaubt, eine entscheidende Schlacht gewonnen zu haben.

Die überlebenden Gefangenen schieien unisono: "Fujimori - Vaterlandsverräter und Mörder! Es lebe der Volkskrieg! "

Handschriftliche Dokumente der Gefangenen von Canto Grande, übersetzt vom Infocafe Jelka

Erklärung vom 14. Mai 1992: "... Am 6. 5. 92 um 4Uhr 50 griffen 500 völkermordende 'Elite'einheiten der Streit-und Polizeikräfte aus der Luft und am Boden den Pavillon 1-A an. Sie gebrauchten alle Arten von Waffen wie Gewehre, installierte Raketen, Kriegsgranaten, Dynamit und Plastiksprengstoff und Lenkraketen aus Helikoptern. Sie kamen, den Pavillon 1-A zu zerstören und die Vernichtung aller kriegsgefangenen Frauen (131) durchzuführen und der 24 kriegsgefangenen Männer, die wegen Überfüllung im Pavillon 4-B und mit dem Wissen und der Genehmigung des Strafanstaltsleiters, dem Völkermörder Coronel Cajahuanca, den ersten Saal im ersten Stock des Pavillon 1-A besetzten. Der brutale und kriminelle Angriff dauerte 22 Stunden hindurch an und ungeachtet dessen, daß der Pavillon teilweise zerstört war, scheiterte er durchwegs. Er zeigte seinen wahren Charakter ihrer sogenannten "Verlegung der Frauenkriegsgefangenen in die Strafanstalt Santa Monica", der plumpe Vorwand, den wir erst viel später erfuhren, denn es gab nicht einmal eine kurze Nachricht..... "

"Sie wiesen eine zweite Forderung von uns total zurück, nämlich daß zumindest Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes eingelassen werden. Sie schändeten zynischerweise den beschlossenen Akt unserer Delegierten am 8. 5. 92 um Punkt acht Uhr abends bei den "fiscal mirtha campos" (Steuerverschwendern?) und hohen Befehlshabern der Polizei. Die Delegierten, die gerade wieder losgingen (nachdem sie um halb drei nachmittags gingen, erhielten sie das Angebot, die Anwesenheit des Internationalen Roten Kreuzes zu verhandeln) wurden geschlagen und als Geiseln festgehalten. Eine Gruppe von 31 Kranken und Schwerverletzten (Frauen und Männer), die den Pavillon 4-B um 6Uhr30 am Abend verließen, wurden gezwungen, auf knapp 10 Meter zu bleiben und eine dritte Gruppe von 10 Kriegsgefangenen wurde zusammen mit den Verletzten wie Kriegsgeiseln einbehalten. Sie wurden mit Kerosin überschüttet, die Hilfe der sozialen Gefangenen wurde verhindert, und sie wurden mit dem Erschießen bedroht, wenn die anderen nicht aufgeben. Ihre leeren Angebote "das Leben zu respektieren", verlautbart von denen, die das Sagen haben, waren begleitet von der sukzessiven und immer stärkeren Zerstörung und Feuergefechten gegen den "4-B". "

Ohne zu übertreiben: die finsteren Geiselaktionen, um die "Aufgabe" gezwungenermaßen zu erreichen, scheiterte wieder einmal durchwegs, bis zum Schluß, angesichts unseres unvergleichlichen heroischen Widerstandes, der sich immer mehr verstärkt.

Um 6 Uhr abend am 9. Mai beschlossen die Kriegsgefangenen, daß der heroische Widerstand völlig erfüllt ist und teilten mit lebendiger Stimme mit, daß sie den Pavillon verlassen. Und sie machten es - einander an den Händen haltend und die Internationale singend. Die völkermordenden Bestien begannen hierauf ein grausames selektives Erschießen der Kriegsgefangenen, die den Pavillon verließen. Sie sind heldenhaft gefallen, die Klassenmoral verteidigend, durchlöchert von Geschossen im Hof der Strafanstalt, die Helden des Volkes: (es folgen die Namen)"

... (Die Erklärung ist von 478 Gefangenen unterschrieben)

Erklärung vom 20. Mai 1992:

"Die finstere völkermordende Aktion dauert an, die reaktionäre Bestie war nicht befriedigt mit dem vergossenen Blut. Über die Zerstörung der Pavillons 1-A und 4-B mit "schwerer Artillerie" - wie sie selber zynischerweise zugeben -, mit schweren Sprengstoffen, vom Helikopter aus gel...

ten Raketen etc. hinaus; dazu noch das feige Ermorden von 17 Kriegsgefangenen und das Verwunden von 40 (innerhalb der Pavillons 1-A und 4-B), das wahnsinnige selektive Erschießen von 20 Kriegsgefangenen, als diese bereits den Pavillon in den Hof der Strafanstalt verlassen hatten; darüber hinaus raubten sie hemmungslos unsere Güter, Geräte und Arbeitsmaterialien, verbrannten unsere Bibliothek und vernichteten unseren Lebensmittelladen, gemäß ihrer Politik alles zu rauben, zu verbrennen und alle zu töten... "

"Und heute, von Kopf bis Fuß im Blut gebadet, erpreßt der völkermordende Vaterlandsverräter Fujimori zusammmen mit dem Coronel Cajahuanca die sozialen Gefangenen, indem er von ihnen verlangt, die Trümmer in den Pavillons 1-A und 4-B wegzuräumen, als Bedingung für das Empfangen von Besuchen. Die eilige Reaktion versucht die Spuren der völkermordenden Aktion zu verwischen.

Mit Klassenhaß verurteilen wir die völkermordenden Operationen gegen die Kriegsgefangenen im Gefängnis von Cachiche, ICA, unter denselben plumpen Vorwänden wie immer und derselben infamen Anstiftungskampagne seiner reaktionären "Informations"medien. Unser emotionaler Gruß gilt den Kämpferinnen und Kämpfern von Cachiche als auch von der zentralen Strafanstalt Santa Monica de Chorrillo, in den Spitälern, und den Kriegsgefangenen in ganz Peru, die die Klassenmoral hochhalten und den heroischen Widerstand entwickeln... "

Erklärung vom 23. Mai 1992:

Entlarven und zerschlagen wir die Durchführung des geplanten Genozids gegen die Kriegsgefangenen!

Verteidigen wir das Leben der Kriegsgefangenen!

"Das Blut ertränkt nicht, sondern gießt die Revolution. " Presidente Gonzalo

"Wir, die Kriegsgefangenen von Canto Grande verurteilen gegenüber der nationalen und internationalen öffentlichen Meinung folgendes:

Die völkermordende und ihr Vaterland verratende Bestie Fujimori und seine unzufriedenen, reaktionären Streit- und Polizeikräfte verfolgen ihren finsteren und rechten Plan des Genozids, gelenkt vom Yankee-Imperialismus. Mit der feigen Ermordung von über 40 Kriegsgefangenen, den schweren Körperverletzungen an gut hundert Gefangenen, dem bis zum Tode verblutenlassen von Gefangenen wie Robert William Rivera Espinoza, einige im Spital zu lassen, ohne irgendeine Information an die Angehörigen zu geben, der Plünderung all unserer Güter in den Pavillons 1-A und 4-B, dem Festsetzen von 300 der überlebenden Männer 14 Tage lang in einem Areal genannt "Niemandsland" und von 63 Verletzten abgesondert und auf einem Haufen in einer Umgebung genannt "Aufnahme", fast alle ohne Kleider und Schuhe, ohne genügend Matratzen und Decken, mit einer einzigen mageren Ration Suppe täglich, ohne die notwendige medizinische Versorgung, noch einer Evakuierung von den Schwerstverletzten und total isoliert von unseren Angehörigen, Anwälten und nicht einmal dem Zutritt von Organisationen wie dem Internationalen Roten Kreuz setzte er am 22. Mai um 1 Uhr nachmittags einen neuerlichen Akt von noch nie dagewesener Barbarei und Grausamkeit, indem er mehr als 500 Schergen der völkermordenden Policia Nacional, jene die maskiert und bewaffnet mit Gewehren, Eisenstangen, Prügeln und anderen Stoßwaffen einen blutigen Schlag losbrachen gegen die 300 Kriegsgefangenen, die sich im "Niemandsland" befanden, unter dem Vorwand, sie in den Hof des zerstörten Pavillons 1-A zu verlegen. Sie wollten eine Situation schaffen, um uns zu ermorden. Einige Companeros haben sie so verletzt und die Situation der anderen verschärft. Sie haben uns das wenige Eigentum, das wir hatten, geraubt, einschließlich einiger Medikamente, die wir benutzten, gemäß ihrer unheilbringenden Politik "alles rauben, alles verbrennenm, alle töten", wie in den schlimmsten faschistischen Konzentrationslagern. Nur der zähe heroische Widerstand, den wir weiterhin geleistet haben, hat verhindert, daß dies in einen neuerlichen Massenmord an Kriegsgefangenen gemündet hat.

Wir denunzieren und verurteilen den völkermordenden Coronel Cajahuanca, Direktor der Strafanstalt, den Direktorstellvertreter Kommandant Pinto und den ausführenden Schlächter Kommandant Guzman wegen ihrer direkten Verantwortung für die Durchführung der vom völkermordenden Vaterlandsverräter Fujimori und seinen Streit- und Polizeikräften beschlossenen und geplanten Absonderung und Vernichtung. Wegen der direkten Anstiftung zur Plünderung unserer Pavillons und Aufhetzen der sozialen Gefangenen gegen uns, indem sie sie mit Besuchen erpreßten. Wegen des Beschlusses, bewaffnete Völkermörder auf das Dach und die Hoftüren vom Pavillon 1-A zu postieren, die permanent Drohungen und Provokationen loslassen, was jeden Moment zu neuen Blutbädern führen kann. Wir machen dieselben Völkermörder für die Konsequenzen verantwortlich, die die gewalttätige "Verlegung" erzeugen kann, die gerade gegen die 63 verletzten Gefangenen, die sich abgesondert in der "Aufnahme" befinden, ausgeheckt wird.

All diesem schließt sich noch der reaktionäre Terror an, den sie gegen die sozialen Gefangenen anwenden, der in diesen letzten Tagen andauert, bis zu tödlichen Schüssen gegen 2 von ihnen und schweren Verletzungen an 2 weiteren, hemmungslose Prügel als Versuche, sie in die Knechtschaft zu unterjochen, Ausweitung der Korruption, der Einziehung der Kontingente, der Mißhandlung und Demütigungen gegenüber den Besuchen.

Der Genozid gegen die Kriegsgefangenen, der reaktionäre Terror als Teil des weiteren Genozids gegen unser Volk verursacht nicht nur, sondern vervielfacht unseren Kampf. Die Reaktionäre denken, so könnten sie den Volkskrieg vernichten oder ihre konterrevolutionären Aufgaben erfüllen; sie beschleunigen lediglich ihren Niedergang, Ruin und totale Zerstörung. Für jedeN gefallenen KämpferIn werden sich 100 erheben! Das Blut der HeldInnen bringt die Revolution zum Blühen!

Am 6., 7., 8. und 9. Mai hat der heroische Widerstnad einen neuen politischen, militärischen und moralischen Triumph des Präsidenten Gonzalo, der Partei und der Revolution gestaltet und erlangt. Mit demselben Geist, der sich in einem Akt des starken Heroismus verwirklicht hat, in dem keine einzige Kriegsgefangene aufgeben hat, und mehr noch: gingen wir mit der erhobenen Faust, die Internationale singend, um uns den Schüssen zu stellen, erneuern wir unseren Schwur, die Rote Fahne immer hoch zu halten, und werden unter den neuen Bedingungen im heroischen Widerstand bestehen. Wir lassen nicht zu, daß jemals die Moral der Klasse geschmälert wird und folgen dem Licht der geliebten und ewig in Erinnerung bleibenden Kameradin Norah und der anderen gefallenen HeldInnen. Wir geben unser Leben für Präsident Gonzalo, die Partei und die Revolution.

Wir grüßen mit aufrichtiger revolutionärer Freude und KLassenbewußtsein den unaufhaltbaren, überzeugenden, siegreichen Volkskrieg, der von der Kommunistischen Partei Peru gelenkt wird, als auch den unvergleichbaren Kampf unserer Angehörigen, unseres Proletariats und Volkes, alle jene, die unsere Schutzschilder sind.

Wir grüßen ganz besonders den starken und aufrechten Kampf der Kriegsgefangenen in anderen Gefängnissen, die mit harten Bedingungen konfrontiert den heroischen Widerstand durchhalten.

Mit der völligen Treue gegenüber unserem geliebten und respektierten Presidente Gonzalo, Chef der Partei und der Revolution, dem Marxismus-Leninismus-Maoismus, den Gonzalo-Ideen, der Ideologie des Proletariats und der Kommunistischen Partei Peru, organisierte Avantgarde des Proletariats, bekräftigen wir unsere Überzeugung, daß der Volkskrieg heute, der sich im strategischen Gleichgewicht befindet und das ganze Land erschüttert, die Reaktion endgültig vernichten wird und das sofortige Ziel der Machtübernahme im ganzen Land verwirklichen wird.

Es lebe Presidente Gonzalo!

Es lebe der Marxismus-Leninismus-Maoismus und die Gonzalo-Ideen!

Es lebe die Kommunistische Partei Peru!

Es lebe der 12. Jahrestag des Volkskrieges!

Es lebe der heroische Widerstand vom 6., 7., 8., 9. Mai!

Ehre den gefallenen HeldInnen, es lebe die Revolution!

Nur das Volk wird die Völkermörder richten und strafen!

Leuchtender Schützengraben von Canto Grande, die Kriegsgefangenen, am 23. Mai 1992

Gespräch mit Gerson Martinez, FMLN

"Für uns bedeutet Macht nicht Regierungsbeteiligung sondern Verankerung in den Massen"

Wie sieht einer der führenden theoretischen Köpfe der FMLN die Entwicklung nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens und welches sind die Perspektiven für eine Veränderung in El Salvador auf der Basis der ersten zwei Monate. Das wollten wir Mitte März von Gerson Martinez wissen. Martinez ist Gründungsmitglied der seit 1970 bestehenden "Fuerzas Populares de Liberation" (FPL), heute die größte der fünf Parteien innerhalb der FMLN. Im Mai 91 war er Mitbegründer des damals noch klandistinen "Comite Politico" der FMLN. Seitdem ist er Vertreter der FPL in diesem fünfköpfigen Gremium. Das "Comite Politico" ist für die Partei(um)organisierung und die Vorbereitung der Wahlbeteiligung der FMLN 1994 zuständig. Es betreut den Aufbau der lokalen Parteiorganisationen in bisher rund 200 von 265 salvadorenischen Gemeinden.

Frage: Während die salvadorenische Regierung seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens mit der FMLN die Abkommen nachträglich sabotiert wo sie nur kann, verhält sich die FMLN betont zurückhaltend. Ist die FMLN nach einer politisch-diplomatischen Offensive seite Februar 92 plötzlich wieder in die Defensive geraten?

G.M.: Nein sicherlich nicht. Die Situation, wie du sie beschrieben hast, ist Ausdruck davon, daß sich der Charakter des politischen Kampfes in El Salvador verändert hat. Strategisch gedacht, ist die Rechte und vor allem die extreme Rechte weiterhin in der Defensive. Um den Bürgerkrieg beenden zu können, mußte sie eine Reihe von Zugeständnissen machen, und jetzt versucht sie, die Abkommen zu unterlaufen, zu verzögern. Auch wenn die Rechte dabei einen agressiven Gestus zur Schau trägt, ist dies, historisch-strategisch gesehen, eine völlig defensive Haltung. Sie kann sich nur an die Vergangenheit klammern. Ob sie entscheidende Zugeständnisse zurücknehmen werden können, wird von der Reaktion der FMLN und der Linken insgesamt abhängen. Ich glaube,daß das politische Kräfteverhältnis für die Rechte insgesamt nicht günstig ist, da sie im Verlauf des Verhandlungsprozesses dramatisch an Konsensfähigkeit verloren hat.

Frage: Die heftigste Auseinadersetzung um die Einhaltung der Abkommen zeichnet sich bei der Landfrage ab. Die Regierung wirft der FMLN vor, illegale Landbesetzungen zu organisieren. Mehrere Ländereien wurden auch schon vom Militär gewaltsam geräumt.

G.M.: Die Abkommen betreffen vor allem die Besitzverhältnisse in den von der FMLN kontrollierten Gebieten und den Konfliktgebieten. Diese Zonen, knapp ein Drittel des Landes, wurden in den letzten Jahren von der FMLN regiert bzw mitregiert. Angesichts ihrer Unfähigkeit, die Kontrolle über diese Gebiete zurückzuerlangen, hat die Regierung in den Abkommen eingewilligt, daß der boden in diesen Zonen im besitz der Bäurinnen, die ihn zur Zeit bearbeiten, und der gegenwärtigen Bewohnerinnen im allgemeinen bleibt. Ich glaube, die großgrundbesitzende Oligarchie und mit ihr die Regierung hat jetzt Angst davor, daß diese demokratische Landreform in den kontrollierten Gebieten zum Vorbild für das ganze Land werden könnte. Deshalb werfen sie der FMLN jetzt vor, sie organisiere Landbesetzungen. In Wirklichkjeit hält die Regierung die verkaufswilligen Landbesitzer davon ab, ihr Land zu verkaufen und sich mit den Bäurinnen zu verständigen. Zudem sperrt sie 60 Millionen Dollar, die ihr von Regierungen und internationalen Organisationen für die Entschädigung der ehemaligen Eigentümer zur Verfügung gesellt wurden.

Frage: Kann sich die Linke schnell genug an die neue Post-Krieg-Situation anpassen? Einerseits gab es die großen Massenmobilisierungen nach dem Abschluß des Friedensabkommen, andererseits protestierten vor wenigen Tagen nur gerade einige hundert Männer und Frauen gegen die bestialische Ermordung eines Gewerkschaftsaktivisten durch die Todesschwadronen. Die Massenorganisationen bekunden offensichtlich Mühe, auf die Vertragsverletzungen der Regierung zu reagieren. Hat da nicht auch die etwas triumphalistische "Wir-haben-gewonnen-Haltung" der FMLN falsche Erwartungen geweckt?

G.M.: Einige Companeras der FMLN haben nach Vertragsabschluß die ausgehandelten Veränderungen tatsächlich als politische Revolution charakterisiert. Da müssen wir präziser sein: wenn das,was wir der Regierung in den Abkommen abgerungen haben, auch wirklich realisiert wird, dann wäre das meiner Meinung nach ein Wandel in Richtung Demokratie, der auch revolutionäre Perspektiven eröffnet. Aber natürlich wäre das nicht schon die Revolution. Ich glaube in diesem Punkt hast du Recht, wenn du sagst, daß sich einige Genossinnen im Ton ihrer Reden vergriffen haben. Von der Einschätzung ausgehend, daß der Inhalt der Abkommen zwischen FMLN und Regierung einen grossen Sieg für die Demokratie in unserem Land - ein Land, das fast das ganze Jahrhundert einem militärischen Autoritatismus ausgeliefert war - darstellt, denke ich, daß es trotzdem richtig war, die Abkommen auch als Sieg zu feiern. Wenn jetzt das Militär reduziert wird, wenn die Repressionsorgane verschwinden etc etc, dann empfindet das die Bevölkerung als bisher einzigartigen Erfolg in einem jahrzehntelangem Kampf. Aber die Abkommen müssen erst noch umgesetzt werden. Die Regierung versucht ja mit Vertragsverletzungen den Enthusiasmus des Volkes zu brechen, Angst und Unsicherheit in der Bevölkerung zu sähen. Entscheidend ist, daß die an der Demokratisierung interessierten sozialen und politischen Kräfte diese Strategie der Rechten durchkreuzen können. Ich persönlich glaube, daß die vordringlichste Aufgabe dabei eine rasche Entmilitarisierung der Gesellschaft, eine radikale Zivilisierung des Konzepts der "öffentlichen Sicherheit" ist. Und das heißt konkret, daß erst einmal die Guardia Nacional, die Policia de Hacienda und die paramilitärischen Defensas Civiles verschwinden müssen.

Frage: Inden letzten Monaten vor Unterzeichnung der Abkommen war in der salvadorianischen Linken und insbesondere in der FMLN die Einschätzung weitverbreitet, die, Regierung oder zumindest ihre zur Zeit dominierende Fraktion sei ehrlich an einem Friedensprozeß in El Salvador interessiert. Von einer solchen moderaten rechten Fraktion, die die Abkommen ernst nimmt, ist aber momentan nichts zu sehen. Hat sich die Linke da verschätzt?

G.M.: Innerhalb der Regierung existieren tatsächlich zwei Sektoren: ein faschistischer und einer, der auf Verhandlungen setzt und sich von der extremen Rechten abgrenzen will. Aber in der Politik zählen nicht Absichtserklärungen, sondern Handlungen. Und die haben nun einmal mehr gezeigt, wie sehr sich der Sektor, der die Verhandlungen geführt hat, der extremen Rechten unterordnet. Daher denke ich, daß die Rechte weiterhin als Block funktioniert, ein Block mit Brüchen zwar, aber immer noch ein Block. Ganz unabhängig davon, wie "neutral" der Präsident im Ausland aufzutreten versucht: Er handelt nicht wie ein moderater, zivilisierter Rechter, sondern wie einer, der sich der extremen Rechten unterordnet.

Frage: Was für eine Rolle werden die USA einnehmen? Aronson, der für Lateinamerika Beaftragte der US-Administration, hat nach Vertragsunterzeichnung erklärt, der Krieg zwischen Regierung und FMLN sei jetzt zu Ende.

G.M.: Das ist zur Zeit schwer abzuschätzen. Als die FMLN auf die Verhandlungslösung zu setzten begann, reagierte die US-Regierung lange Zeit ambivalent. In der letzten Phase wurde dann das Interesse der USA an einem Vertragsabschluß immer deutlicher. Ich glaube, sie haben begriffen, Daß der Militarismus destabilisierend auf die ganze Region wirkt und die soziale Ordnung einer Gesellschaft verzerrt. Ich glaube, sie haben auch begriffen, daß diese militärischen Strukturen eine ungeheure Korruption, ein geschäftliches Eigeninteresse am Krieg erzeugen - und nicht nur eine ökonomische Korruption, sondern auch einen moralischen Zerfall. Daher wollen sie einen beschränkten Wandel unterstützen. Wie's jetzt weitergehen soll, ist aber ziemlich unklar. Erstmal wurde der US-Botschafter in San Salvador ausgewechselt und zudem im State Departement anscheinend einige Leute ausge-

wechselt, die den Verhandlungsprozeß untersützt hatten.

Frage: Schon im letzten Kriegsjahr diskutierte die FMLN unter dem Titel "Partido-Movemiento" die Lanzierung eines neuen Parteiprojekts. Jetzt ist die FMLN faktisch legalisiert. Hat sich auch schon ihr Parteikonzept geändert?

G.M.: Die FMLN hat zwölf Jahre unter Kriegsbedingungen funktioniert. Sagen wir's mal so, das Schiff fängt an sich neu zu orientieren, aber noch ziemlich zaghaft. Die FMLN - und in unserem Fall die FPL - muß sich in erster Linie neu als demokratische Partei definieren. Der demokratische Charakter muß zu unserer Grundlage werden, und der revolutionäre zu unserer Konsequenz. Denn meiner Meinung nach, kann frau hier in El Salvador nicht Demokratin sein, ohne zugleich Revolutionärin zu sein. Denn um in El Salvador eine politische, ökonomische und soziale Demokratie zu erreichen, muß die Struktur der Gewalt und der Ungerechtigkeit gebrochen werden. Demokratie kann sich aber nicht in einem Parteiprogramm erschöpfen. Demokratie muß heißen: Verbindung zu den Massen. Unter Kriegsbedingungen war die FMLN eine in den Massen verwurzelte Patrei. Jetzt, wo wir eine offene, legale Partei sein werden, reicht das nicht mehr. Jetzt müsssen wir eine echte Massenpartei werden. Eine Partei, die an den Wahlen teilnimmt, aber keine wahlorientierte Partei, sondern eine Partei, die ständig an den sozialen Kämpfen teilnimmt.

Frage: Einmal wird erklärt, die FMLN werde eine Partei der Arbeiterinnen sein, dann wiederum, daß es in erster Linie darum gehe, die bisher parteipolitisch nicht festgelegte Bevölkerung zu organisieren. Und schließlich will die FMLN auch die Interessen der kleinen und mittleren Privatunternehmer vertreten. Wird das nun eine Arbeiterinnenpartei oder eine Partei im Stil des lateinamerikanischen Populismus?

G.M.: Ich glaube, da besteht kein Widerspruch. Seit unserer Gründung vor zweiundzwanzig Jahren erheben wir den Anspruch, daß wir die Partei der Arbeiterinnenklassse in Allianz mit der Bauernschaft - speziell den armen Bäurinnen - sind. Aber in den letzten zwei Jahrzehnten hat sich die Sozialstruktur des Landes stark verändert. Während des Krieges ist das soziale Subjekt, das wir Proletariat nennen, um 300000 Männer und Frauen geschrumpft. Dazu kommt, daß die Arbeiterinnenklasse in El Salvador nicht der am stärksten ausgebeutete Sektor ist. Als Folge des Krieges, der Repression und der primitiven Form des Kapitalismus in unserem Land, ist eine enorme Masse von besitzlosen Männern und Frauen, ohne feste Arbeit und Einkommen entstanden. Dieser Sektor wächst weiter, denn immer mehr Kleinunternehmer werden in den Ruin getrieben, Das heißt, in El Salvador haben nicht nur Arbeiterinnen und Bäurinnen ein objektives Interesse an einer demokratischen Revolution, sondern auch dieser riesige Sektor der Marginalisierten. Das soziale Subjekt einer demokratischen Revolution ist daher viel breiter als das die kommunistischen Parteien vorausgesehen haben. Daher muß die FMLN Bewegungscharakter annehmen, aber gleichzeitig muß sie eine Partei sein, denn als soziale Bewegung wäre sie nicht mehr fähig, politische Lösungen anzubieten, die Machtfrage zu stellen.

Frage: Und wie wird sich die FMLN jetzt zu den anderen linken Kräften verhalten?

G.M.: Die revolutionären Kräfte in diesem Land werden sich neu formieren. Bis jetzt gab es eine Trennung zwischen bewaffneten und unbewaffneten Revolutionärinnen. Es ist nicht so, das die FMLN die einzige revolutionäre Kraft in El Salvador war, sondern nur die einzige militärisch-poilitische-revolutionäre Kraft. Die salvadorianischen Sozialdemokraten haben schon 1979 trotz des psychologischen Krieges gegen die FMLN begriffen, daß die Demokratie in diesem Land nur über eine Revolution zu haben ist. Sie haben zusammen mit uns ihr Leben riskiert und auch manchmal verloren, und sie haben dem Druck standgehalten. Was ist das, wenn nicht revolutionäre Praxis? Die salvadorianische Reallität ist in diesem Punkt glücklicherweise ziemlich verschieden von der europäischen.

Frage: Werden die revolutionären Kräfte 1994 mit einer Einheitsfront in die Wahlen gehen?

G.M.: Was ist unser Hauptziel bei den Wahlen 1994? Meiner Meinung nach muß der Veränderungsprozeß konsolidiert werden. daß heißt konkret, daß die Rechte besiegt werden muß. Daraus folgt, daß sich alle übrigen Kräfte, inklusive Christdemokratie, einigen müssen. Deswegen werden die Differenzen mit den Christdemokraten nicht geringer, aber das gemeinsame Ziel gibt diesen einen Einigungsgrund, der über den Unterschieden steht. Wenn die Rechte gewinnt, ist der Friedensprozeß in Gefahr. Wir müssen in historischen Dimensionen denken: 1994 ist nicht die letzte Chance für die FMLN. Wir haben Zeit. Wir sind aus dem Bürgerkrieg mit einem dauerhaften politischen und moralischen "Kapital" hervorgegangen, und wir sind noch jung. Jetzt muß die FMLN lernen, ein Faktor der nationalen Einigung zu werden, denn wenn sich die Nation um die Rechte herum einigt, verlieren wir alles. 1994 wollen wir uns auf elektoraler Ebene in eine große Partei verwandeln, aber wir werden nicht anfangen, uns im Kampf um Regierungspöstchen aufzureiben. Für uns bedeutet Macht nicht Regierungsbeteiligung, sondern Verankerung in den Massen.

(Haben wir gefunden)

Kernstock war ein Kriegshetzer und Faschist!

In der Nacht auf den 7. Juli 1992 haben wir alle (erreichbaren) Straßenschilder am Kernstockplatz (Ecke Ottakringerstraße/ Wattgasse, 16. Bezirk in Wien) übermalt und an verschiedenen Gebäuden auf den Grund unserer Aktion hingewiesen.

47 Jahre nach der Zerschlagung der Terrorherrschaft des Faschismus in Österreich gibt es in vielen Orten Österreichs noch immer Plätze und Straßen, die nach dem Kriegshetzer und Faschisten Ottokar Kernstock benannt sind.

Von diesem Schwein stammen neben dem NSDAP-"Hakenkreuz-Lied" ("Das Hakenkreuz hat uns mit stolzem Mut beseelt...") eine Masse von kriegshetzerischen "Gedichten" besonders aus dem 1. Weltkrieg.

Wie aktuell seine Hetz-Reime sind, zeigt ein "Gedicht" von1915, in dem es heißt: "Steirische Holzer, holzt mir gut mit Büchsenkolben die Serbenbrut..."

Außerdem stammt von Kernstock die austrofaschistische Bundeshymne ("... Tannengrün und Ährengold, deutsche Erde wunder hold...")

Die dutzenden Kernstockstraßen und -plätze sind ein Beispiel dafür. daß die ganze sogenannte "Entnazifizierung" zwischen 1945 und 1948 bestenfalls eine kosmetische Aktion an der Oberfläche war, und sich an der ganzen Scheiße der rassistischen Verhetzung der Werktätigen nichts Grundsätzliches geändert hat. Das Kapital und seine Büttel verwenden nach wie vor den Rassismus als Instrument zur Spaltung, um die Solidarität der Ausgebeuteten und Unterdrückten zu hintertreiben. Deshalb kommt auch heute bei den geringsten Anlässen der ganze braune Dreck von vor über 50 Jahren immer wieder hoch.

Zwar haben sich die Formen des Rassismus in den letzten 100 Jahren etwas verändert, doch im Kern ist alles gleich geblieben. Darum ist es wichtig, nicht nur gegen die "neuen" Formen des Rassismus zu kämpfen, der heute vor allem vom bürgerlichen Staat vorangetrieben wird (gegen Menschen ohne österreichischen Paß, gegen Serben ...). Ebenso wichtig ist es, gegen den alten Dreck der als "Ewiggestrige" Verharmlosten vorzugehen.

Unsere Malaktion soll auch zeigen, daß jede Person mit geringen Mitteln in ihrem Grätzel was gegen rassistische Verhetzung tun kann!

Antirassistische Aktion, 7.7.1992

(Flugi vom EKH)

2 Jahre Ernst-Kirchweger-Haus: kündigt KPÖ?

Im Juni 1990 wurde das EKH, das im Besitz der KPÖ ist, besetzt. Seit dieser Zeit ist die Zusammenarbeit - milde gesagt - problematisch.

Kurze Chronologie

Seit 1. April 1991 sind Mietverträge, die zwischen KPÖ und BenützerInnen ausgehandelt wurden, für einen Teil des Hauses gültig. Die von unserer Seite angestrebten Verträge für den Rest des Hauses wurden trotz positiver Absichtserklärung der KPÖ von dieser bis zum heutigen Tag verzögert. Eine gemeinsame politische Nutzung des EKH durch BenützerInnen und KPÖ, wie sie geplant war, fand de facto nicht statt.

Die (kontinuierliche) politische Tätigkeit der KPÖ im EKH bestand aus der Vergabe einer Wohnung für einen ehemaligen KPÖ-Portier des Hauses, der Einsetzung einer Kindergruppe und der Auflösung der Bezirksleitung der Bezirksgruppe 10. Gleichzeitig forderte sie von den BenützerInnen den Aufbau einer kontinuierlichen politischen Struktur ein. Die Übergabe und/oder Erhaltung der dazu notwendigen Infrastruktur im EKH wurde verweigert.

Die KPÖ als Partei mit Millionenbesitz agiert politisch wie realkapitalistische Hausbesitzer: eine Forderung der KP-Verhandlungsgruppe an die MieterInnen während der Verhandlungen für weitere Verträge beinhaltete die Rücknahme der unterzeichneten unbefristeten Mietverträge und Bezahlung von Standardmieten. Obwohl durch die Vermietung des gesamten Hauses auf Betriebskostenbasis sich die Unkosten für die KPÖ auf Null reduzieren würden, verweigert die Partei dies mit der Begründung, daß sie KP-Immobilien nur noch profitabel abgeben will.

Am 17.8.92 erreichte uns ein Brief des Rechtsanwaltes, der gleichzeitig die KPÖ und die WB-Immobilien (KP-eigene Hausverwaltung, der die wirtschaftliche Nutzung des KP-Besitzes obliegt) vertritt.

In freundlicher Anwaltssprache, aber unmißverständlich wurde uns mitgeteilt, daß wir alle Räumlichkeiten, die uns im Mietvertrag über den Wohnberreich vom März 1991 zur *"Mitbenützung mit beiderseitig dringend angestrebter weiterer Abmachung über deren Nutzung"* (Zitat aus dem Mietvertrag) übergeben wurden, innerhalb von 2 Wochen (d.h.: bis zum 31. 8.) zu räumen haben.

Auszug aus dem Brief:

"Entsprechend den Verträgen vom 15. 3. 1991 ist dem von Ihnen vertretenen Verein neben den vom Bestandvertrag umfaßten Räumlichkeiten auch die Mitbenützung weiterer Räumlichkeiten und zwar 1. Stock: Cafeteria, Saal; 2. Stock; 4. Stock: 'Volxküche'; Gänge; sanitäre Anlagen; Terasse, Hof 'bis auf weiteres' als Bittleihe eingeräumt worden.

Meine Mandantschaft widerruft sohin mit sofortiger Wirkung diese Bittleihe und fordere ich Sie auf, die angeführten Räumlichkeiten sowie sämtliche weitere allenfalls von Ihnen mitbenützten Räumlichkeiten im gegenständlichen Objekt innerhalb einer Frist von 2 Wochen geräumt von eigenen Fahrnissen zu übergeben und ab diesem Zeitpunkt jegliche Benützung sämtlicher nicht vom Bestandverhältnis umfaßten Räume zu unterlassen. "

Unter diese jetzt zu räumenden Bereiche würde auch die Portierloge fallen, in der sich ein Infocafe (Öffnungszeiten: Sa, So: ab 16 Uhr), ein im Aufbau befindlicher Infoladen, Bibliothek und Büro befinden. Diese Portierloge wurde uns im Sommer 91 zum Schutz vor Bullen- und Faschoprovokationen übergeben. Es ist der einzige Ort im Haus, von dem aus es möglich ist, einen Mindestschutz zu gewährleisten.

Nachdem die Bezirksleitung 10 der KPÖ aus den Räumen im ersten Stock ausgezogen war, wurde versucht, diesen Bereich an verschiedene Gruppen zu vermieten. Die von der KP nun gewählte Gruppe trifft auf unsere Zustimmung.

Konsequenzen:

Diese Räumung würde eine totale Zerstörung der in Aufbau begriffenen politischen, sozialen und kulturellen Infrastruktur im EKH bedeuten.

Im EKH leben seit der Besetzung Flüchtlinge aus aller Welt.

Eine Räumung der besagten Bereiche würde bedeuten, daß den Flüchtlingen die Wohn- und Aufenthaltsmöglichkeit in Österreich entzogen werden würde. Nachdem in den letzten Jahren mit Gesetzen und Repression die Lage für Menschen aus anderen Ländern dramatisch verschlechtert wurde, folgt hier die Zerstörung eines weiteren Freiraumes: die KPÖ trägt damit zur rassistischen Politik des österreichischen Staates aktiv bei.

Die Räumung würde den politischen Arbeitsbereich von linken Gruppen, der in Wien in den letzten Jahren sowieso erheblich eingeschränkt wurde (Räumung Aegidi/Spalo, Zerschlagung des Szenelokals Rotstilzchen, Rausschmiß von linken Gruppen aus Hochschülerschaftsräumen), weiter verkleinern.

Deshalb fordern wir:

★ Mietverträge für alle jetzt von der Räumung bedrohten Bereiche gleichlautend den schon vorhandenen Verträgen

★ Politische Verträge für ein politisches Zentrum, d. h.: symbolische Miete S 1.- und Bezahlung aller gerechtfertigten Betriebskosten durch die HausbenützerInnen

★ Abschluß der Verträge zwischen KPÖ und den jetzt das Haus politisch nützenden Gruppen; und Mitsprache- und Vetorecht bei allen Neuvermietungen zur Gewährleistung einer konstruktiven Arbeitsebene

★ Einhaltung aller schriftlichen und mündlichen Abmachungen durch die KPÖ (Ausbau Konzertsaal, Renovierung und bautechnische Instandsetzung des Hauses)

★ Vorbereitung und Durchführung der Weltrevolution (mit genauer Angabe von Datum und Ort)

★ **Miethaie zu Fischstäbchen**

EKH, am 20. 8. 1992

TATblatt-Pressedienst, 17. August 1992

TAT*blatt* beschlagnahmt

Auf Befehl der Richterin Dr. Klothilde Eckbrecht wurde am 14. August 1992 die Ausgabe Minus 26A der linken Wochenzeitschrift TAT*blatt* unter Berufung auf § 36 Abs. 1 MedG. wegen Verdachts der Verletzung der §§ 281, 282 (1) StGB beschlagnahmt. Gleichzeitig erfolgten Hausdurchsuchungen in der Redaktion des TAT*blatts*, bei der Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit und dem Kulturzentrum 'haus am haven' in Innsbruck. Zahlreiche Buchhandlungen, Beisln, Schallplattengeschäfte, Bio- und Alternativläden in mehreren Bundesländern wurden nach TATblättern durchsucht.

Grund für die Beschlagnahme war der Artikel *'Die Auflösung des Bundesheeres - Phase 2'*, welcher einen Aufruf zur Nichtbefolgung von Militärgesetzen samt Unterschriftenliste dokumentiert (siehe Anlage).

Dieser Aufruf war eine Reaktion auf die Verfolgung der UnterzeichnerInnen eines ersten Aufrufes zur Nichtbefolgung von Militärgesetzen, der vor ungefähr einem Jahr von 245 Personen (z.b. Madelaine Petrovic, Peter Turrini, Robert Jungk, Peter Pilz, ...) unterzeichnet worden ist. Dieser Aufruf wurde damals von mehreren Zeitungen (u.a. TAT*blatt*, AZ, AKIN) als Inserat veröffentlicht. In den letzten Monaten setzten Vorladungen und Verfahrensandrohungen an vermeintliche UnterzeichnerInnen und die veröffentichenden Zeitungen (soweit es sie noch gibt) ein.

Leider konnten die bemühten Beamten trotz intensiver Suche kein aktuelles TAT*blatt* mehr finden (in einigen besuchten Orten nahmen sie dafür ältere Exemplare mit).

mit freundlichen Grüßen
TAT*platt*-Pressestelle
Frau M. Novak

(Aus: Flugi "Österreich ohne Heer")

BE-LAGER-UNG der FESTUNG EUROPA

WIDERSTANDSCAMP gegen die militärische Flüchtlingsabwehr Österreichs

1. bis 4. September 1992; Rechnitz im Südburgenland

Während hunderttausende Menschen aus den ex-jugoslawischen Kriegsgebieten fliehen und in Österreich die *"Not der Nachbarn"* mittels großangelegter Spendenaktionen bekämpft wird; befinden sich die an der burgenländisch-ungarischen Grenze stationierten Bundesheersoldaten in erhöhter Bereitschaft. Mit einem finanziellen Aufwand von jährlich einer Milliarde Schilling wird - ganz im Sinne der Arbeitsteilung im Rahmen der Sicherung der Festung Europa - ein Teil der äußeren Wohlstandsgrenze Europas durch das Bundesheer militärisch *"gesichert"*.

Am 4. September ist es zwei Jahre her, daß das Bundesheer zum Assistenzeinsatz zur *"Hintanhaltung illegaler Einwanderung"* beauftragt wurde. Bisher wurden über 15 000 Menschen von den österreichischen Flüchtlingsjägern aufgegriffen. Die Bundesregierung hat den Einsatz bis Ende 1992 genehmigt. Vor einer weiteren Genehmigung wollen wir Druck gegen die militärische Flüchtlingsjagd machen.

Wir werden in Rechnitz im Südburgenland ein Widerstandscamp errichten, um den Bundesheereinsatz wieder ins Bewußtsein einer breiteren Öffentlichkeit zu rücken, und diesem am Ort des Geschehens aktiv zu begegnen.

Wir wollen mit österreichischen und internationalen CampteilnehmerInnen über die militärische Flüchtlingsabwehr in Europa diskutieren. Mittels Arbeitsgruppen über Migration, Europäische Flüchtlingsabwehr, die Militarisierung Europas, Feminismus und Rassismus und einer Podiumsdiskussion (Do., 3.9.) wollen wir uns inhaltlich dem Thema annehmen. Die *"Besichtigung"* sogenannter Sammellager, Grenzspaziergänge sowie ein *"Uhudla"*-Fest und ein Konzert (Mi., 2.9.) stehen auf dem Campprogramm. Donnerstag, der 3.9., ist als Aktionstag gegen den Heereseinsatz geplant.

Das Camp findet von Dienstag, dem 1., (Anreise ab Mo., 31.8.) bis Freitag, den 4. September, am Campingplatz beim Stausee Rechnitz (ca.500 m vom Hauptplatz) statt.

...

Kontakt und weitere Informationen: *"Österreich ohne Heer"*, Schottengasse 3a/ 1/59, A-1010 Wien. Tel: 533 12 38. Konto für Spenden: BAWAG 03210 768 636 *"Camp"*.

Meldet euch auf jeden Fall, wenn ihr am Camp teilnehmen wollt, da auch noch nicht klar ist, ob der Campingplatz genehmigt sein wird!

aus: Clash Nr. 6/Juni 1992

Äußerste Gewalt – Innere Kolonien

Er kauft sich jeden Dienstag bei den Drogenprostituierten im Seefeld ein und verweigert selbstverständlich den Pariser. Den Tod dieser Frauen, den Tod 'seiner' Frau und die Verwaisung der Kinder nimmt er in Kauf. ***Er ist ein männlich-weißer Normalfall.***

Er geht abends manchmal zu einem Kollegen. Der hat sich kürzlich eine Asiatin geholt. Heute sind sie zu fünft dort. Sie hat ein ausgezeichnetes exotisches Essen gekocht. Danach sagt der Kollege: "Ich offeriere euch noch einen" - und damit meint er nicht den Schnaps - "das erhält die Schlampe schön folgsam."

Er drückt auf's Gaspedal, wenn ihn die FußgängerInnen nerven. VelofahrerInnen sind für ihn die reinste Provokation. Die Hälfte des Waldes ist dahin, seinesgleichen tötet und verkrüppelt Tausende jedes Jahr, besonders Kinder leiden an schweren Atemwegserkrankungen. Der männlich-weiße Normalfall meint dazu: "Schluß mit dem Terror! Freie Fahrt für den freien Bürger!"

Er lacht selten herzlich, dafür öfters dreckig. Zum Beispiel über Witze auf Kosten anderer. Am Arbeitsplatz hat's einen Portugiesen und einen Kurden, das ist jeweils lustig ! Die müssen wirklich nicht meinen. . .

Der männlich-weiße Normalfall im handlungsfähigen Alter macht etwa ein Drittel der in der Schweiz lebenden Menschen aus. Er betätigt sich nebst oben Erwähntem auch in den Bereichen Inzest, Kindesmißhandlung, Alkoholismus, Psychoterror, Behindertenfeindlichkeit, Homophobie, Militarismus, Altenfeindlichkeit und Ähnlichem. Nicht das ganze Drittel männlich-weißer Normalfälle ist in diesem Sinne aktiv. Es bleiben jedoch an die 20% männlich-weißer Normalfälle übrig. Wenige davon haben es weit gebracht: Diese wenigen besitzen Millionen oder gar Milliarden; Häuser, Land und Konzerne; Medien, Geld und Waffen; Flugzeuge, Öl und Uran; Schlabberbäuche, Tierpatente und solche auf menschliche Gene. Sie regieren auch. Sie sind bekannt und gewählt: von den SchweizerInnen mit rotem Paß. Aber die meisten der 20% männlich-weißer Normalfälle gehören nicht zu den Erfolgreichen - sie haben es nicht weit gebracht im Grossen, aber dafür umsomehr im Kleinen. Sie terrorisieren uns alle. Wieso gibt es keine Untersuchungen über diese unglaubliche Spezies? Keine Resozialisierungsprogramme in die Menschlichkeit? - Stattdessen werden Kinder 'teilnehmend beobachtet', AusländerInnen 'integriert', Frauen 'erforscht'. Dabei ist es doch das Alltagsverhalten des männlich-weißen Normalfalls, das Anlaß zu größter Besorgnis gibt. **Er arbeitet mit äußerster Gewalt.**

Wenn wir also den männlich-weißen Normalfall in den vollgestopften Tram sehen, wie er sich partout nicht auf den Platz neben 'den Tamilen' setzen will, und wenn wir ihn nachts in Seefeld wiedersehen, wie er sich bei einer Prostituierten einkauft, dann behaupten wir, daß diese zwei Bilder zusammengehören. Daß die Verachtung, der Haß und die Agression gegen den Ausländer und gegen die Frau denselben Ursprung haben im Herrn Schweizer drin. Farbige Männer, alle Frauen, überhaupt alle 'Anderen' sind Natur, sind sexuell, fremd und bedrohlich und müssen kolonialisiert werden. Am sichtbarsten wird dies, wenn sich der männlich-weiße Normalfall eine farbige Frau aneignet. Er wird zum Zuhälter, Ehemann, Vergewaltiger und Arbeitgeber der schwarzen Frau, die er über eine Agentur zu seiner sexuellen Verfügung ehelicht, in der Prostitution weitervermietet und deren Arbeitskraft er sich aneignet. Eine selten mögliche Machtakkumulation.

Wir erinnern uns: Jorge Gomez wurde 1988 im Zürcher Gemeinschaftszentrum Heuried ermordet, Durchgangsheime werden seit Jahren unter Lebensbedrohung der BewohnerInnen angegriffen, Flüchtlinge aus Sri Lanka sind bei einem solchen Angriff in Chur verbrannt worden. In Bern ist kürzlich ein abgewiesener Asylbewerber 'während einer Ausweiskontrolle durch die Polizei in der Aare ertrunken'. AusländerInnen werden auf der Straße zusammengeschlagen, bedroht, beleidigt, gehänselt, getötet. Diese Eskalation, die Erstarkung der Rechten in ganz Europa, der Neo-Nazis und anderer Männerbünde ist ins Bewußtsein der schweizerischen Linken und Widerständigen vorgedrungen. Der sich immer stärker manifestierende Rassismus verpflichtet zur Gegenmobilisierung.

Jeden Monat ist nur schon aus den ausgewählten Zeitungsmeldungen die Ermordung von 3 bis 10 Frauen durch 'ihre' Männer ersichtlich. Laut der offiziellen Kriminalstatistik sind 75 % aller Morde in der Schweiz solche von einzelnen Männern (allermeistens Ehemänner, Freunde, Ex-Geliebte ect.) an einzelnen Frauen. Frauen werden auf der Straße bedroht, beleidigt, gehänselt, angetatscht, vergewaltigt, getötet. Das ist die jahrzehntelange Normalität (doch wohl die jahrtausendelange! , die Tipperin), die Linke und Widerständige offenbar *nicht* zur Gegenmobilisierung verpflichtet.

Wie zeigt sich das? Wenn wir z. Bsp. hören, daß Palästinenser in Berlin sich nachts nicht mehr furchtlos auf der Straße bewegen können, weil sie fertiggemacht, zusammengeschlagen oder gar umgebracht werden, dann ist es heuchlerisch und arrogant, sich des langen und breiten genau darüber zu empören. Und zwar, weil alle wissen, Frauen nachts *schon immer nicht* furchtlos durch die Straßen *irgendeiner* Stadt gehen konnten und können: Sie werden vergewaltigt, zusammengeschlagen, ermordet. Und weil alle genauso wissen, daß PalästinenserInnen sich *überhaupt nie*, sei es Tag oder Nacht, auf den Straßen Berlins bewegen konnten. - Es muß doch um *all* diese Menschen ge-

hen, deren Lebensgefühl hier bestimmt ist von Angst, von Sich-Verstecken-Müssen, Sich-Verleumden-Müssen, vom Gehetzt-Werden, vom permanenten Angriff auf die eigene Person. Dann geht es darum zu sehen, wer sich auf den Straßen hier frei bewegen kann. Und hier muß unser Widerstand ansetzen: **Widerstand gegen die Verantwortlichen dieser Situation, Widerstand gegen die Profiteure derselben Situation und gegen die eigenen Privilegien aus dieser Situation. Und zwar gleichzeitig.**

Daß wir die Hauptverantwortlichen nicht so schnell am Wickel kriegen, haben die letzten paar Jahre deutlich genug gezeigt. Jeder Widerstand beginnt aber an der Basis, und da sieht es in der Schweiz mißlich aus: Der türkische, tamilische, kurdische, albanische ... Mann findet, Sexismus existiere nicht oder höchstens nebenbei und verhält sich Frauen gegenüber keinen Deut anders als der männlich-weiße Normalfall. Die Schweizer Feministin hat rassistische HangsUps. Aber auch die ausländische Frau in der Schweiz kann antisemitisch oder behindertenfeindlich sein... Und so geht es die Leiter der Gewaltverhältnisse Stufe um Stufe runter, und die meisten haben latent etwas von all diesen Verachtungsverhältnissen verinnerlicht. Ein solches Prinzip *kann* aber nicht durchbrochen werden, wenn alle reihum an demjenigen Zipfelchen festhalten wollen, was ihnen nützt. Sondern es geht um die ehrliche, radikale Infragestellung der eigenen Privilegien (mit praktischen Folgen, versteht sich). Stattdessen wird 'Betroffenheitspolitik' betrieben. Aber nicht Betroffenheitspolitik als authentische Alternative zur StellvertreterInnenpolitik, sondern eine 'Betroffenheitspolitik', die mehr und mehr zur Standespolitik, zur Sicherung von Pfründen und Eigeninteressen verkommen ist. Frauenbewegte Schweizerinnen, die sich nie für Asylpolitik interessieren - HausbesetzerInnen, die sich nie um Gesundheitspolitik kümmern - Engagierte AusländerInnen, die sich nie um Umweltzerstörung scheren - Homosexuelle Frauen und Männer, die sich nie gegen Imperialismus engagieren - sie alle sitzen auf dem falschen Dampfer, denn **es gibt nicht nur keine Befreiung auf Kosten anderer, es gibt auch keine ohne die anderen.**

Diesen Zustand, den wir jetzt haben, genießen die 20% männlich-weißer Normalfälle am meisten. Er hält sie schließlich am Drücker. Wollen wir aber den männlich-weißen Normalfall als Maßstab aller Dinge beseitigen, bedeutet dies:

•daß alle Gewaltverhältnisse nur im Zusammenhang, in Zusammenarbeit und gleichzeitig zu knacken sind.

•daß auch jeder - auch unbewußte - Versuch, solche Gewaltverhältnisse voneinander abzuspalten oder an eigenen Privilegien darin festzuhalten, in eine Stärkung der herrschenden Situation mündet.

•daß die Situation der mehrfach Ausgebeuten (schwarze, ausländische Frauen oder sexuell ausgebeutete Kinder z. B.)im Zentrum jedes Kampfes stehen muß, will er glaubwürdig sein.

•daß Schnittstellen, Verknüpfungen aber auch Widersprüche der Gewaltverhältnisse auszumachen und im Widerstand praktisch zu konkretisieren sind. Auf solchen Schnittstellen liegen z. die Machenschaften in den Bereichen Bevölkerungspolitik, Frauenhandel, Drogenpolitik, Gentechnologie, Sextourismus, Gesundheitspolitik u. a. m.

In diesem Sinne : Heute alle gegen Rassismus und Fremdenhaß!

Aber morgen auch alle gegen Sexismus ! Und übermorgen. . .

Zürich, im Dezember 1991 Frauen gegen den männlich-weißen Normalfall

Artikel der Frauen vom radikal

Keine Atempause – Geschichte wird gemacht!!!

Dies ist ein Beitrag zum Thema sexistische Gewalt, Sexismus in der Scene und Gegengewalt von Frauen. Wir beziehen uns im folgenden auf Texte und Ereignisse der letzten Monate aus verschiedenen Städten und Regionen und werten diese aus. Die meisten der Artikel sind der radikal zur Dokumentation zugeschickt, aber alle auch schon in verschiedenen Regionalzeitungen veröffentlicht worden.

Nicht einbezogen haben wir den Bereich der sexistischen Gewalt, der sich in den Familien, Ehen und heterosexuellen Beziehungskisten abspielt und der einen ganz wesentlichen Teil der sexuellen Gewalt und Unterdrückung an bzw. von Frauen ausmacht. An diesem Punkt müssen Frauen ganz andere Überlegungen anstellen, als da, wo es um Sexismus von mehr oder weniger anonymen Männern und um die alltägliche Anmache und Bedrohung auf der Straße geht.

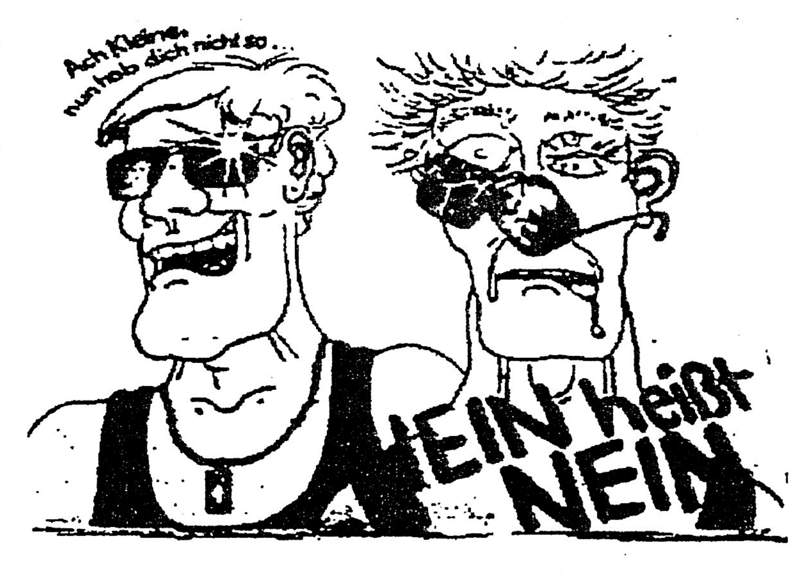
Eigentlich hätte unser Text in der radikal erscheinen sollen, die ja, wie ihr wißt, verschoben ist. WIr veröffentlichen ihn deshalb in verschiedenen Regional- und Stadtzeitungen.

Nicht alles, was wir zu dem Thema zu sagen haben, ist für die Diskussion von Männern oder gemischten Zusammenhängen bestimmt. Wir wollten in der radikal deshalb nur die Teile unseres Artikels abdrucken, die auch für die Auseinandersetzung unter Männern und in gemischten Strukturen geeignet sind. Den vollständigen Artikel schicken wir, wie geplant an die AMAZORA, die unseres Wissens nach einzige überregional vertriebene Frauen- und Lesbenzeitung. (Postanschrift: Papiertigerinnen/ "AMAZORA",Cuvrystr. 25, 1000 Berlin 36)

Als Enstieg in unseren Text und als Ausdruck unserer Träume und (Gewalt-) Phantasien geben wir im folgenden Auszüge aus einem Redebeitrag der 8.März Frauendemo in Berlin wieder. Sie sind entnommen aus der Dokumentation zum 8.März. Der Beitrag wurde in einem Park gehalten, in dem es seit Jahren zu sexuellen Angriffen kommt.

"Sein Kopf hing schlaff nach unten. Er schien nicht bei Bewußtsein, sein bleiches Gesicht hatte blutunterlaufene Stellen, die Kopfhaut war kahl und zeigte entzündete rote Flächen, das Netzhemd, die Haut darunter und Arme und Hände waren blutverschmiert....

Auf seinen Knien lag ein Pappschild: Dies ist ein Frauenhasser.



Wir haben ihn heute seiner gerechten Strafe zugeführt. So sehen sie bald alle aus, wenn sie nicht kapieren. Wenneine Frau nein sagt, meint sie NEIN!

Das Verhältnis der Frauenbewegung zur Gewalt hat sich verändert. Vor ca. 10 Jahren wurde das Thema Gewalt unter folgenden Aspekten in einer Frauenzeitung diskutiert: Sinnvoller Umgang mit Agressionen, strukturelle Gewalt, Berichte von einer Anti-Gewaltdemo, Artikel über Notrufftelefon und Frauenhaus.....

Es war das Stadium des Hoffens, Reflektierens, des sich verständlich machen Wollens. Möglicher Gegengewalt wurde eine

klare Absage erteilt. Es dominierte der Glaube, mit friedlichen Mitteln Gewalt durchbrechen zu können. Gegengewalt durfte es nicht geben, also durfte es auch Situationen, in denen nichts als Gewalt mehr hift, nicht geben. Es gibt sie aber! Gewalt gegen Frauen war schon früh ein Thema der neuen Frauenbewegung. Häuser für geschlagene Frauen und Notruftelefone für vergewaltigte Frauen gehörten zu den ersten autonomen Frauenprojekten. Die Frauenbewegung machte die Situaion, die vorher von der Gesellschaft weitgehend verschwiegen, ignoriert und negiert wurde, erst öffentlich. Sie brach die Isolation vieler Frauen auf.

Diese Aufklärung, die Analysen, das Öffentlichmachen waren Versuche eine Basis der Auseinandersetzung zu finden, die herausführt aus den patriarchalen Gewaltverhältnissen. Heute sind die Feministinnen nicht radikaler in ihrem Denken - aber sie sind um eine ernüchternde Erfahrung reicher geworden:

An den Überfällen und Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen hat sich nichts geändert!

Eine Frau tötet sieben Männer. Einer wollte sich mir aufdrängen,einer wollte mich bevormunden, zwei haben mich belästigt und einer hat mich darum gebeten. Das nächstemal ist vielleicht einer dran, der überheblich ist.

Klarer kann es frau nicht ausdrücken. Es reicht, das Maß ist voll. Die Toleranz ist restlos aufgebraucht. Wer immer noch ausprobieren will, wie weit er gehen kann, was eine Frau sich gefallen läßt, erfährt nichts mehr! Alle anderen Strategien haben keinen Erfolg gehabt, es bleibt einzig die Gewalt. Dies ist eine unmißverständliche Absage von Frauen an die geltenden gesellschaftlichen Übereinkünfte über Recht, Unrecht, Gerechtigkeit.

Gegenwehr macht die erlittene Angst von Frauen, die Verletzungen und Demütigungen nicht ungeschehen. Aber Gegengewalt verhindert, daß in diesem Gewaltverhältnis wir Frauen noch mehr ins Minus gekippt werden. Es ist ein Ausbalancieren am Nullpunkt, mehr lassen die Verhältnisse offenbar nicht zu.

Wenn dich einer töten will, komme ihm zuvor und töte ihn.

Angreifer haben sich noch nie von der Passivität ihrer Opfer abschrecken lassen. Sich schlagen oder töten lassen kann daher auch kein Beweis einer höheren Moral sein. Sich nicht tatkräfig zu wehren, bestätigt lediglich die Überlegenheit des Täters. Zu lange haben wir Frauen unser Erdulden gewalttätiger Verhältnisse mit einer Aura von Moral vernebelt, die uns davon befreite, selbst den Schritt zu tun, den Tätern Grenzen zu setzen. Wer solches Verhalten noch lobt, fördert nicht nur falsche Hoffnungen, sondern auch Untätigkeit angesichts von Gewalt. Von Selbstbeherrschung oder gar Moral kann erst die Rede sein, wenn wir der Gewalt fähig sind, das heißt im Einzelfall abwägen und zuschlagen. Wir müssen bereit sein der Männergewalt tatkräftig entgegenzutreten!

Wie wäre es, wenn statt der Warnung "Vorsicht Vergewaltiger" Plakate mit folgendem Text hingen: "Dies ist Fritz Müller! Seit dem 1.1.91 macht er, nachdem er eine Frau vergewaltigen wollte und durch einige Frauen daran gehindert wurde, einen großen Bogen um dunkle Orte. Fritz Müller hat Angst! (...)"

Soweit der Redebeitrag. Er hat uns total gut gefallen und spricht uns in vielerlei Hinsicht direkt aus dem Herzen. An einer Stelle haben wir jedoch einen Einwand: Seit dem berühmten Eierwurf von APO-Frauen auf SDS-Macker (1968 oder so) gab es in der neuen Frauenbewegung immer wieder Frauen, die Gewalt gegen Sexisten propagierten und anwandten. Diesbezüglich finden wir die Darstellung in dem Redebeitrag der Berlinerinnen zu geradlinig, so als hätte es bis vor kurzem keine militante Gegenwehr von Frauen gegen Makker und Sexisten gegeben. Soweit wir die Geschichte der neuen Frauenbewegung und auch unsere eigene kennen, hat es immer wieder Zeiten verstärkter Aktivitäten von Frauen gegen Sexisten gegeben. Ausgelöst wurden diese oft durch besonders brutale oder häufige Vergewaltigungen oder andere Angriffe auf Frauen.

In diesem Zusammenhang verweisen wir nochmal auf die Erklärung der Frauenbande "Wildtrud, Waltrud und Gertrud", die einen Mann, der ein Mädchen in seiner Werkstatt sexuell mißbraucht hat, kraknkenhausreif schlugen (siehe: radikal Nr. 144, Teil 2). Die Frauen schreiben in ihrer ausführlichen Erklärung auch über ihre Schwierigkeiten, den Typen anzugehen und geben die Erfahrungen, die sie mit der Aktion gemacht haben, für andere Frauen nachvollziehbar weiter. Sie mußten die Aktion einmal abbrechen, da der Typ sich nicht packen ließ und sich schließlich eine Waffe schnappen konnte. Aber die Frauen ließen nicht locker, sondern kamen wieder und schlugen den Typen krankenhausreif. Weiter wünscht sich die Bande einen regen Erfahrungsaustausch über solche Angriffe und Aktionen, um voneinander zu lernen und sich weiterzuvermitteln. Dem schließen wir uns an!

Klasse fanden wir auch den gebührenden Empfang mit Farbe und Kleister, den einge Göttinger Frauen einem Sexisten lieferten, der sich als Wohnungssuchender in ihrer WG vorstellen wollte. Werner Günther war, laut flugi, dadurch aufgefallen, daß er eine Bewohnerin eines Studentenwohnheims fortgesetzt mit sexuellen Belästigungen verfolgte und tyrannisierte.

Am 24.4. machte eine Frauenbande in der "Berliner Zeitung" (BZ) von sich hören: "Mann von 20 Frauen windelweich geprügelt...." "(...) Der 28jährige Jürgen P., 180 cm groß, kräftig gebaut und muskulös, kam vorbei und sprach die Frauen an (sie waren gerade beim Plakatieren; die Setzerin). Ein verhängnisvoller Fehler. (...) Vier von den Mädchen "knöpften" sich Jürgen P. vor, schlugen mit Holz und Gummiknüppeln auf ihr Opfer ein (...)".

An der Zeitungsmeldung aus der BZ wird aber noch mehr deutlich, als daß Frauen erfolgreich darin waren, einen Mann in die Flucht zu schlagen, der sich, laut ihrer Erklärung mit der Drohung: "Laßt meine Mauer in Ruhe sonst schlag ich euch tot" auf sie stürzte: Wenn Frauen es wagen, selbstsicher auf der Straße aufzutreten und möglicherweise auch noch Aktionen durchführen (Plakatieren, Kundgebungen, Besetzen des ersten U-Bahnwagens, damit sie dort unter sich und geschützt vor geifernden Männern fahren können.....) müssen sie jederzeit damit rechnen, daß Männer sich allein durch ihre Gegenwart provoziert fühlen und mit Aggressionen reagieren. Das heißt, daß Frauen zusätzlich zu Bullen- oder Faschoterror und Denunziantenschweinen auch noch **gegen Angriffe sich provoziert fühlender Typen gewappnet sein müssen.**

Jeder öffentliche Raum, sei es die Straße, Kneipe oder U-Bahn ist nach wie vor von den Männern besetztes Gebiet! Jede Gruppe von Frauen, die diesen Raum für sich erobern will. ist per se ein Angriff auf die Herrschaft der Männer und das zieht oftmals dementsprechende Reaktionen nach sich. Dabei besteht der "Angriff" der Frauen aus der banalen Tatsache, daß Frauen sich frei und ungehindert bewegen wollen, was hier für jeden Mann eine Selbstverständlichkeit ist.

So passiert es nicht gerade selten, daß einzelne Männer in einem Anfall bodenloser Selbstüberschätzung und Überheblichkeit größere Gruppen von Frauen (wie in Berlin die Plakatiererinnen) oder sogar ganze Frauendemos angreifen. Die Plakatiererinnen hatten die Dreistigkeit zurückzuhauen, was in allen Berliner Zeitungen zu lesen war. Das Plakat, das die Frauen anklebten, war ein Aufruf an Frauen/Lesben zur revolutionären 1.Mai Demo in Berlin zu kommen. Bezeichnenderweise schrieb die BZ dann von einer "Mai-Demonstration der Lesben", was wohl bedeuten soll, daß auch die Plakatiererinnen nur Lesben gewesen sein können und das heißt im Klartext: "Normale", heterosexuelle Frauen schlagen keine Männer und Lesben sind ja auch gar keine "richtigen" Frauen, die haben ja "keinen Mann abgekriegt"! Die Ursache der Schlägerei, nämlich der selbstherrliche Angriff des Mannes, wird in einigen Zeitungen völlig unterschlagen. Wir denken, wenn der Mann auf eine gemischte- oder Männerplakatiergruppe getroffen wäre, hätte er diese, bei ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit, wohl kaum angegriffen und wenn doch, wäre eine solche Nichtigkeit keiner Zeitung eine Zeile wert gewesen.

Trotz der üblen Geschichten, die sich bei diesen Zeitungsmeldungen zwischen den Zeilen lesen lassen, was ja in jedem Fall ein Spiegel der gesellschaftlichen Sicht auf Frauen ist, kann es uns nur Recht sein, wenn Frauen solche Schlagzeilen machen! Die Reaktionen der verschiedenen Blätter auf die Plakatiererinnen zeigen ganz deutlich, wie wenig von den Herren damit gerechnet wird, daß wir mit ihnen abrechnen!

Die Bedeutung, die dem Ereignis von den Zeitungen beigemessen wurde, zeigt uns, daß Gegenwehr von Frauen leider immer noch die gesellschaftliche Ausnahme ist, der Angriff des Mannes dagegen die Normalität. Mit entsprechenden Sanktionen und gesellschaftlicher Ächtung haben Frauen zu rechnen, die sich wehren. Gegengewalt von Frauen durchbricht die Normlität des Alltags. Wir wären ziemlich begeister, wenn solche Aktivitäten immer mehr politischen Raum einnehmen, wenn immer mehr Frauenbanden von sich reden machen und die tätlichen Angriffe gegen Vergewaltiger und Sexisten bald zu dem gehören wurden, womit Männer hier zu rechnen haben.

Viel Erfolg!! Und laßt euch nie erwischen!!!

Nebenwiderspruch Sexismus?

Wo hat der Kampf gegen Sexismus in der linksradikalen Politik seinen Platz????

Da kann Frau suchen, wo sie will, der Sexismus ist in großen Teilen der Scene immer noch Nebenwiderspruch, alles andere sind schöne Worte! Ein Vergleich: Als Erklärung dafür, daß Männer (auch linke Männer) sexistisches Verhalten untereinander nicht thematisieren und nicht gegen Sexisten vorgehen, wird von ihnen oft ihre eigene Befangenheit und Verstrickheit ins Feld geführt: Alle Männer seien schließlich mehr oder weniger Sexisten und Mann könne ja schwer was gegen sich selbst oder gegen etwas, was einem nicht fremd, ist machen. Auf der anderen Seite können sich momentan relativ viele weiße, linke Männer vorstellen, gegen Rassismus vorzugehen, obwohl auch bzgl. dieses Themas bekannt ist, daß MigrantInnen und Flüchtlinge ihre Schwierigkeiten mit dem Rassismus linker, weißer Männer und Frauen haben.

Wir finden es nicht falsch, daß der Kampf gegen den Rassismus tatkräftig angegangen wird, auch bevor weiße Männer und Frauen sich absolut sicher sein können, daß in ihrem Reden, Sehen und Tun nichts mehr an Rassismus über ist, natürlich vor dem Hintergrund, den eigenen Rassismus genauso scharf anzugehen. Wir machen diese Gegenüberstellung nur, um die Frage aufzuwerfen, warum linke Männer sich so wenig tatkräftig zu Sexismus verhalten?

Nachdem der offene Rassismus im letzten Jahr in der BRD-Gesllschaft wieder salonfähig geworden ist, und vor dem Hintergrund zunehmender Überfälle bis hin zu Morden an AusländerInnen, wurde antirassistische antifaschistische Arbeit einer der zentralsten Bereiche autonomer Politik. Die empörte und betroffene Scene reagierte auf den erstarkenden faschistischen Terror mit antifaschistischen Mobilisierungen, Aktionen, Demonstrationen, mit dem Versuch einer direkten Unterstützungsarbeit für und mit Flüchtlingen, mit Veranstaltungen, Diskussionen,... Im Prinzip ist das ja auch richtig, wenn nicht alles andere scheuklappenmäßig ausgeblendet wird und in andere Bereiche gar keine Energie mehr gesteckt wird oder die einzelnen Bereiche starr voneinander getrennt werden, obwohl es Möglichkeiten gäbe sie zu verbinden.

Gleichzeitig mit den rassistischen Morden finden fast völlig unbemerkt von jeglicher autonomer (und natürlich auch sonstiger) Öffentlichkeit, alltäglich sexistisch motivierte Morde an Frauen statt. Nicht einmal gab es in den letzten Jahren aus Anlaß dieser Verbrechen eine Solidaritätsdemonstration! Die Tötung einer Frau ist der autonomen Scene nicht einmal eine Diskussion wert! Gewalt an Frauen, die unterhalb der Tötung liegt, ist so sehr gesellschaftlicher Alltag, daß davon kaum Notiz genommen wird und es erst recht nicht zu Aktionen kommt (außer von wenigen Frauengruppen).

Uns geht es nicht darum, die Gewalt gegen ausländische Männer und Frauen herunterzuspielen oder zu verharmlosen, bzw. die sexistische Gewalt an Frauen gegen die rassistische Gewalt an ausländischen Männern und Frauen aufzurechnen.

Allerdings müssen wir feststellen, daß autonome Politik den Bereich sexistischer Gewalt noch immer weitgehend ausblendet und sich stattdessen den "wichtigen tagespolitischen " Ereignissen zuwendet und das sind dann eben eher die Angriffe gegen Flüchtlingsheime als die unspektakuläre Tötung einer Frau in der Nachbarwohnung.

Mit diesem Vorgehen vollzieht autonome Politik eine Wertung entsprechend der gesellschaftlichen Normen, die alltägliche Gewalt gegen Frauen unsichtbar macht, und gerade dagegen wehren wir uns.

Wie wenig Bewußtsein Scenemänner immer noch darüber haben, in welcher Weise die alltäglich erfahrene Gewalt und Bedrohung den Alltag **jeder** Frau hier nachhaltig prägt, zeigt sich z.B. an dem Entsetzen und der berechtigten Wut, die viele darüber äußern, daß ausländisch aussehende Menschen sich angesichts rassistischer Bedrohung nicht (mehr) frei und ohne Angst auf der Straße bewegen können. Zu keiner Zeit konnten wir eine ähnlich vehemente Empörung oder Betroffenheit darüber feststellen, daß das Lebensgefühl von Frauen in der Öffentlichkeit ständig von Angst, Konfrontationen vermeiden und dem Bewußtsein der allgegenwärtigen Bedrohung geprägt ist. Und das, obwohl dies seit Jahren von Frauen öffentlich gemacht wird und die meisten Männer Kontakte oder sogar intensive Beziehungen zu Frauen haben.

Diese gleichgültige Ignoranz, mit der viele Scenetypen die Lebensbedingungen von Frauen nicht wahrhaben wollen, läßt ihre "mitfühlende" Betroffenheit gegenüber rassistischem Terror bedrohten AusländerInnen scheinheilig und heuchlerisch erscheinen.

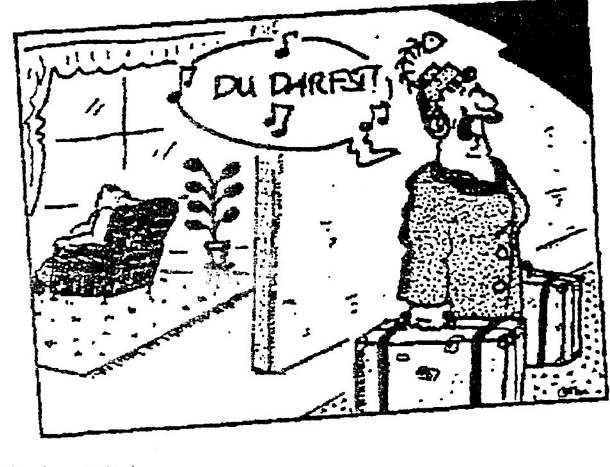
Wir zitieren an dieser Stelle noch einmal aus: "Der Krieg gegen die Frauen" von Marilyn French, erschienen im Albrecht Knaus Verlag 1992 (1), aus einem Redebeitrag zu "sexistischer und sexueller Gewalt gegen Frauen, Lesben, Mädchen" aus der Broschüre zum 8.März 1992 aus Berlin (2) und aus einem Artikel der Clash Nr. 6 von SchweizerInnen (3):

"Weil Angriffe von Männern auf Frauen in ihrer Gesamtheit nicht erfaßt werden, stehen uns keine Zahlen über die in dieser Phase des Krieges Verletzten oder Gefallennen zur Verfügung. Einige Zahlen beruhen auf Schätzungen. Soweit Statistiken bestehen, sind sie nach Vergewaltigung, Mißhandlung und Inzest getrennt und beinhalten lediglich angezeigte Fälle. 40% der berufstätigen Frauen in den USA sind am Arbeitsplatz belästigt worden. Alle 12 Sekunkden schägt in den USA ein Mann eine Frau und jeden (!) tag enden vier dieser Mißhandlungen mit ihrem definitiven Höhepunkt, der Ermordung einer Frau! "(1)

In der BRD ist "jedes dritte Mädchen dierekt (von sexueller Gewalt; Anm.) betroffen. Am Häufigsten im Alter von 0 bis 6 Jahren, am zweithäufigsten im Alter von 6 bis 12 Jahren. In den seltensten Fällen handelt es sich um einmalige, sogenannte Ausrutscher, sondern um jahrelang andauernde Wiederholungstaten, quer durch alle gesellschaftlichen Schichten. Auch wenn die Herrschenden es immer wieder

behaupten: Sexuelle Gewalt gegen Mädchen ist kein Klassenproblem!!!" (2)





"Jeden Monat ist nur schon aus den ausgewählten Zeitungsmeldungen die Ermordung von 3-10 Frauen durch "ihre" Männer ersichtlich. Laut der offiziellen Kriminalstatistik sind 75% aller Morde in der Schweiz solche von einzelnen Männern (allermeistens Ehemänner, Freunde, Ex-Geliebte etc) an einzelnen Frauen." (3)

Sexismus in der Scene

Soweit zum Nicht-Verhältnis radikaler Linker zum Thema Sexismus und Gewalt gegen Frauen. Frauen, die den Schritt geschaft haben, sich gegen Patriarchat und gegen Sexisten zu organisieren haben keinen leichten Stand. Sie sind mit Schwierigkeiten konfrontiert, mit denen kein linker Mann zu kämpfen hat, denn sexistisches Verhalten und Angriffe von Typen auf Frauen sind auch im autonomen Scenealltag an der Tagesordnung. Während sich autonome Männer "ungestört" dem Kampf gegen Imperialismus, Kapitalismus, Faschos,..... widmen können, existiert für Frauen, egal ob aus gemischten - oder aus Frauenzusammenhängen eine weitere Konfrontationslinie und zwar direkt in den vielbeschworenen "eigenen Reihen". Damit muß sich jede auseinandersetzen, ob sie will oder nicht. Das Gemeinschaftsgefühl auf einer Demo schwindet rasch, wenn neben dir einer sexistische Sprüche brüllt oder den Frauenblock damit kommentiert, wir seien ja alle "frustrierte Emanzen". Auch das "selbstbestimmte "Leben in den autonomen WG's, in den von Frauen und Männern besetzten Häusern, stellt sich für die Fauen oft als wenig selbstbestimmt heraus, wenn **sie** es immer noch sind, die den Spülberg alleine beseitigen müssen, die die Kinder am Arsch haben,... während die Männer ihren "wichtigen politischen und geschäftlichen Tätigkeiten" nachgehen. Aktuelles Beispiel in der Interim 199, in der öffentlich gemacht wird, daß ein Scenemann vor Jahren eine Frau brutal vergewaltigt hat und sich bis jetzt noch nicht zu einer Auseinandersetzung darüber (unter Männern) "In der Lage sieht" (der Arme!).

Frauen haben sich immer wieder gegen Mackertum, Rollenzuweisung und sexistische Angriffe bis hin zu Vergewaltigungen durch linke Männer zur Wehr gesetzt und den Sexismus in der Scene thematisiert. Vereinzelt ist es gelungen, Vergewaltiger aus autonomen Zusammenhängen rauszuschmeißen. Jede von Frauen aufgenommene Auseinandersetzung diesbezüglich ist eine Machtprobe, die viel Kraft kostet und leider nicht selbstsverständlich zu unseren Gunsten ausgeht. Jüngstes Beispiel ist die Auseinandersetzung im autonomen Zentrum Heidelberg: Der Rausschmiß eines AZ-Typen, der wegen Anmache und Bedrohung einer Frau untragbar geworden war, konnte nicht erzwungen werden, weil sich laut Flugi ein großer, bzw relevanter Teil der AZ-NutzerInnen hinter den Typen stellte und damit sein Verhalten legitimierte. Der Frau, die durch den Typen bedroht wurde, wurde der Aufenthalt im AZ unmöglich gemacht. Laut Stellungnahme konnte nicht einmal eine Lösung durchgesetzt werden, wo beide, sowohl die Frau als auch der Mann das AZ weiter nutzen können, was in unseren Augen eine absolute Minimalforderung gewesen wäre.

Genauso beschissen war die Situation einer Frau im Studentenwohnheim in Göttingen. Sie wurde von dem Mitbewohner Werner Günther massiv sexuell belästigt und bedroht. Vergebens bemühte sie sich um Unterstützung bei anderen MitbewohnerInnen des Wohnheims, um den Sexisten loszuwerden. In dieser aktuellen Notlage bekam sie keine Hilfe. Erst später, als Werner Günther sich eine andere Wohnung suchen mußte, weil sein Mietvertag abgelaufen war, kam es zu einer Aktion von Frauen gegen ihn (siehe oben), als er sich in ihrer WG, in der anscheinend noch ein Zimmer frei war, vorstellte.

Beim Lesen solcher Artikel, angesichts solch unsäglichen Elends autonomer oder linker Sozialstrukturen, packt uns die blanke Wut und die Gewißheit, daß wir auch innerhalb der Scene viel schärfer gegen Sexismus vorgehen müssen!!!

Kopf hoch Frauen! Versucht weiterhin alles (Un-) Mögliche und ganz viel Power für die kommenden Kämpfe!!!

Günstiger als oben beschrieben verlief eine handgreifliche Auseinandersetzung mit einem "aufrechten" Antifaschisten, der stolz seinen Aufnäher "Homefucking Is Killing Prostitution" übersetzt, "Zu Hause ficken tötet (bekämpft) die Prostitution" auf seiner Jacke trug. (Interim) Das war während einer Antifa-Demo in Straußberg am 18.4. Einge Frauen versuchten seinen Aufnäher zu übersprühen, woraufhin es zu einem Handgemenge kam, bei dem sich eine ganze Menge unbeteiligter Männer aus der Demo mit dem Typen solidarisierte. Die Männer schafften es trotzdem nicht, die Frauen davon abzuhalten, dem Typen eins auf die Nase zu geben. Scheußlich war's sicher trotzdem, wiedermal mitzukriegen, was Frau hier alles schlucken soll, ohne in den Augen linker Männer das Recht zu haben, sich zur Wehr zu setzen. Ob die entsprechenden Männer auch so tolerant gewesen wären, wenn jemand einen "Ausländer Raus" Aufnäher auf der Jacke gehabt hätte??? Wir finden es gut, daß die Straußbergerinnen den Typen angegangen sind, denn über den Spruch "Homefucking Is Killing Prostitution" sind wir schon öfters gestolpert. (Es soll Autonome geben, die das Plakat auf dem Klo hängen haben!)

Dieser Scheiß meint nichts anderes, als: Frau ist so oder so zum Ficken da! Vorgezogen wird's umsonst zu Hause, anstatt wenigstens dafür zu bezahlen. Zu Hause ficken wird als moralisch besser (besser = billiger?) dargestellt, mit der Beziehungskiste, die treu ergeben und allzeit bereit sein soll. Mal abgesehen davon, daß mit fucking männliche Rammlersexualität gemeint ist!

Irgendwas ist nach Meinung der meisten Männer immer falsch, wenn Frauen Männer aus der politischen Scene (im weitesten Sinne) wegen ihres Sexismus angreifen: Sei es, daß wir doch nicht auf unsere "eigenen Leute" einschlagen können, daß der Ort, der Zeitpunkt falsch ist, daß wir damit andere gefährden,..... Wir blockieren also die wichtigen (richtigen???) politischen Prozeße. Sexismus wird einmal mehr zum Nebenwiderspruch. Schönen Dank auch!!!

Daß Männer, die mit solchem oder ähnlichem Zeugs rumlaufen, nichts auf einer autonomen Demo zu suchen haben, liegt auf der Hand.Die, die das angeblich nicht verstehen, können ja mal darüber nachdenken, während sie ihr Nasenbluten stillen. Wer sich da parteilich zu dem Mann verhält, ist Mittäter und genauso Sexist wie der Typ. Wenn Männer nicht selber darauf achten, daß solche Typen nicht mitlaufen, dann wird es immer wieder zu solchen Auseinandersetzunge kommen. Wir

wissen nicht, wie die Situation in Straußberg bezüglich der Bullen ausgesehen hat, aber generell unterstützen wir solche Aktionen, wie die, der Straußberger Frauen. Auch auf einer Demo! Das Gejammere "Nicht vor den Bullen!", was viele Typen in solchen Situationen anstimmen kennen wir auch. Es trifft aber äußerst selten zu, daß Frauen durch ihr Vorgehen gegen Männer während einer Demo, irgendjemanden den Bullen ausliefern, indem sie z.B. genau dann angreifen, wenn die Situation durch die Bullen total eskaliert ist und die Bullen dabei sind auf die Demo einzudreschen. Das Gejammere der Männer hat meist gar keinen berechtigten Anlaß, außer, daß sie ihre Friede, Freude, Eierkuchenidylle zerstört sehen.

Dazu können wir nur sagen: wer so etwas vertritt, der gehört nicht zu uns! Frauen schlagt die Sexisten, egal wo und wann ihr sie trefft!!!

Wir haben versucht, verschiedene Konfrontationslinien zu beschreiben, mit denen organisierte Frauen zu kämpfen haben, wenn sie den Widerstand gegen Imperialismus, Rassismus, Patriarchat etc auf ihre Fahnen geschrieben haben. Deutlich wird daran, daß Frauen bei ihrer Organisierung grundsätzlich andere Ausgangsbedingungen und von vorne herein viel mehr Schwierigkeiten vorfinden als jeder Mann. Von daher sind die Kämpfe von Frauen auch anders zu bewerten. Ob das die gesellschaftliche Ächtung ist, die alle Frauen trifft, die aus ihrer vorgesehenen Rolle springen, sexistische Scenetypen oder die Ignoranz autonomer Linker gegenüber den besonderen Bedingungen, unter denen Frauen hier Widerstand leisten oder die alltägliche Gewalt, auf jeder Ebene, bei jedem Schritt, gibt es ein Problem **mehr**, mit dem Frauen sich auseinandersetzen müssen.

Aber so viele Konfliktlinien es gibt, so viele Möglichkeiten gibt es auch, Widerstand zu leisten. Nicht nur an den von uns zitierten Beiträgen und Erklärungen sehen wir, daß eine Reihe von Frauen Sexismus und Patriarchat den Kampf angesagt haben. Tun wir alles, damit wir viele, viele mehr werden; allein darauf können wir setzen.

Wir freuen uns riesig über jeden Kommentar, jede Kritik von Frauen an unserem Artikel oder auch über jeden Bericht von euren Auseinandersestzungen und Erfahrungen zu diesem Thema. Wenn ihr uns schreiben wollt: Packt euren Brief in einen Umschlag, auf den ihr Frauen Z.K. schreibt. Diesen Umschlag steckt ihr in einen zweiten Umschlag, auf den unsere aktuelle Auslandsadresse kommt. Momentan ist das: Blays, Griffenfeldsgade 29 st., 2200 N Kopenhagen, Dänemark.

In diesem Sinne bis zum nächsten Mal und ganz viel Power für einen widerständigen Alltag!!!

Einige Frauen aus der radikal.

aus: Interim 192/7.5.92

Herrschaftsverhältnisse und schwarzer Feminismus

Deborah K. King

Die zweifache und systematische Diskriminierung durch Rassismus und Sexismus ist allgegenwärtig, und der Klassengegensatz vervollständigt in den Augen vieler Menschen diese Form der Unterdrückung. Schwarze Frauen haben, solange sie sich ihrer zahlreichen Diskriminierungen bewußt sind, diese Herrschaftsformen bekämpft. Zugleich ist die Notwendigkeit, alle Formen der Unterdrückung zu benennen, auch eines der wesentlichsten Momente der feministischen Theorie schwarzer Frauen.

Unter den ersten und vermutlich am weitesten verbreiteten Ansätzen zum Verständnis der Situation der Frauen in den Vereinigten Staaten war der Versuch, eine Analogie zwischen 'Rasse' und Geschlecht auszumachen. In seiner Substanz zieht dieses Modell Paralellen zwischen den Formen der Unterdrückung der Erfahrungen der Herrschaft, denen Schwarze und Frauen ausgesetzt sind. Ein Ergebnis dieses Ansatzes besteht in der Erkenntnis, daß die politische Mobilisierung gegen beide Herrschaftsformen miteinander verbunden und vergleichbar sei. Feministische Theoretikerinnen, wie etwa Simone de Beauvoir, Kate Millet, Mary Daly und Shulamith Firestone, haben dementsprechend in ihrer Kritik des Patriachats gleichermaßen stark auf die Bedeutung des Zusammenhangs von 'Rasse' und Geschlecht hingewiesen.

Dennoch ist der Rahmen dieser Analogie eng umrissen, weil implizit so getan wird, als seien die Erfahrungen schwarzer Frauen entweder mit denen schwarzer Männer oder weißer Frauen vergleichbar, womit eine über diesen engen Kontext hinausgehende Auseinandersetzung mit der spezifischen Situation schwarzer Frauen überflüssig wird. Dabei verwischt oder verneint diese Analogie auch, was Chafe als die 'zentrale und substanzielle Differenz' zwischen Frauen und Schwarzen bezeichnet: Der institutionelle und kulturelle Horizont wie auch die Intensität der physischen und psychologischen Wirkungen des Rassismus sind qualitativ unterschiedlich von denen des Sexismus. Die gemeinsame soziale Erfahrung von Sklaverei und Lynchjustiz für Schwarze, des Völkermordes an der Urbevölkerung Amerikas oder den zahllosen Eroberungskriegen gegen US-amerikanische Mexikanerinnen oder Puerto Ricanerinnen, ist substanziell nicht mit den physischen Leiden, sozialen Diskriminierungen und der kulturellen Mißachtung, die Frauen erlitten haben, vergleichbar. Dies bedeutet nicht, daß die rassistische Diskriminierung größer oder ungerechter ist als die sexistische, sondern daß die qualitativen Unterschiede zwischen beiden Herrschaftsformen analytisch sichtbar gemacht werden müssen. Entsprechend sind es auch exakt diese Differenzen zwischen Schwarzen und Frauen, schwarzen Männern und schwarzen Frauen, zwischen schwarzen und weißen Frauen, die für das Verständnis der besonderen Situation schwarzer Frauen wesentlich sind.

Rassismus, Sexismus und Klassismus

Dabei wird in der theoretischen Weiterentwicklung inzwischen die dreifache Unterdrückung durch Rassismus, Sexismus und Klassismus allgemein akzeptiert und als wesentlicher Ansatz zur Analyse der Situation schwarzer Frauen in den Vereinigten Staaten herangezogen. Obwohl unser Verständnis somit den engen und die Situation schwarzer Frauen negierenden Rahmen der Analogie zwischen 'Rasse' und Geschlecht überwunden hat, wird es der Dynamik der vielfachen Formen der Diskriminierung noch nicht gerecht. Unglücklicherweise sind die meisten Konzepte, in denen eine zweifache oder dreifache Unterdrückung angenommen wird, in dem Sinn vereinfachend, daß sie die Beziehung zwischen den zahlreichen Formen der Diskriminierung lediglich als ein additive sehen. Die Beziehungen werden dabei wie die folgende mathematische Gleichung betrachtet: Rassismus plus Sexismus plus Klassismus gleich dreifache Unterdrückung. Dabei hat jede Diskriminierung in diesen Ansätzen einen einzelnen, direkten und unabhängigen Einfluß auf die Situation der Subjekte und spiegelt sich darüberhinaus eigenständig in ihr wieder. Dieser einfache, auf Steigerung beruhende analytische Prozeß gibt die besondere Qualität der Unterdrückung schwarzer Frauen nicht nur inadäquat wieder, sondern führt meiner Meinung nach auch zu einer unproduktiven Betonung vermeintlich dominanter Unterdrückungsverhältnisse gegenüber anderen. So zum Beispiel indem angenommen wird, daß der Klassengegensatz die größte Rolle bei der Unterdrückung schwarzer Frauen spiele und die zentrale Betrachtungsebene deshalb notwendigerweise die Ökonomie sein müsse. Derartige Betonungen ignorieren die Tatsache, daß Rassimus, Sexismus und Klassismus drei eng miteinander verwobene Systeme der sozialen Kontrolle und Herrschaft darstellen.

Demgegenüber beschreibt ein interaktives Modell, daß ich 'mehrfache Unterdrükkung' genannt habe, die genannten Prozesse wesentlich besser. Der Begriff 'mehrfach' bezieht sich dabei nicht nur auf die verschiedenen und gleichzeitigen Formen der Unterdrückung, sondern auch auf deren einander verstärkenden Beziehungen untereinander. Daraus ergibt sich auch folgende Gleichung: Rassismus multipliziert mit Sexismus multipliziert mit Klassismus. Die Bedeutung der einzelnen Fak-

toren für die Beurteilung der Lebensumstände schwarzer Frauen wechselt dabei und ist in erster Linie davon abhängig, welcher spezifische Aspekt unseres Lebens betrachtet wird und mit welchen anderen Gruppen schwarze Frauen verglichen werden. In manchen Fällen ist es sicherlich die "Rasse", die den schwerwiegendsten Einfluß auf die Situation der Frauen besitzt, in anderen kann es aber auch die Klassenzugehörigkeit oder das Geschlecht sein. Die relative Bedeutung der "Rasse", Klasse oder des Geschlechts bei der Betrachtung der Lebensumstände schwarzer Frauen ist dabei weder beständig noch absolut, sondern wird vielmehr durch den sozialhistorischen Kontext und die entsprechenden sozialen Phänomene bestimmt, die betrachtet werden. Diese Abhängigkeiten führen auch zu dem, was in den Augen mancher wie eine verwirrende Vielfalt sozialer Rollen und politischer Einstellungen unter schwarzen Frauen aussieht.

Die Arbeit, ob nun unbezahlt und erzwungen (wie unter der Sklaverei) oder als reguläre Lohnarbeit, ist ein zentrales Charakteristikum der sozialen Rolle schwarzer Frauen. Durch sie war es uns möglich, einen geringen, aber bedeutsamen Grad an Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu erreichen. Sie führte sowohl zu gleichberechtigteren Beziehungen mit schwarzen Männern als auch zu einem größeren Einfluß der Frauen in der schwarzen Familie und Gemeinschaft. Diese Entwicklung hat allerdings ihren Preis, der beispielsweise darin besteht, daß schwarze Frauen in den meisten Fällen die am schlechtesten angesehenen und bezahlten Jobs annehmen müssen, weil die fortgesetzte Diskriminierung durch Rassismus und Sexismus in der geschichtlichen Entwicklung die Beschäftigungsmöglichkeiten für schwarze Frauen sehr stark eingeschränkt hat. Das Erbe der politischen Ökonomie der Sklaverei unter dem Kapitalismus ist daher die Tatsache, daß die Unternehmer - und nicht die schwarzen Frauen selbst - am meisten von ihrer Arbeitskraft profitieren.

Dabei ist es gerade die klar belegbare Fähigkeit schwarzer Frauen, scheinbar widersprüchliche Rollenerwartungen als Arbeiterin, Mutter und Hausfrau auszufüllen, die zu der beträchtlichen Verwirrung über das tatsächliche Wesen schwarzer Frauenschaft geführt hat. Die unterschiedlichen, miteinander konkurrierenden Anforderungen, von denen jede eine eigene Form des Widerstands gegen die spezifische Art der mehrfachen Unterdrückung erfordert, stellen darüberhinaus einen wesentlichen Teil des Einflusses auf die Sichtweise schwarzer Frauen in bezug auf den Charakter ihres Frau - Seins und ihrer Beziehungen zu Mitmenschen dar.

Den komplexen Prozeß des Umgangs mit unterschiedlichen Anforderungen durch die Addition von Herrschaftsverhältnissen (Rassismus plus Sexismus plus Klassismus) erklären zu wollen, hieße das Problem und die besondere Qualität schwarzer Frauenschaft innerhalb struktureller Kategorien zu definieren, die von Europäern und insbesondere weißen Männern bestimmt worden sind, um die Privilegien ihrer "Rasse" und ihres Geschlechts auf ewig abzusichern.

"Mehrfache Unterdrückung" im Rahmen der Politik der Befreiung

Um das Konzept der "mehrfachen Unterdrückung" verstehen und politisch umsetzen zu können, ist es daher notwendig, über den die eigene Sicht verengenden Horizont der dominierenden Gesellschaft hinauszugehen. In diesem Sinne spielen die Auseinandersetzungen zwischen Schwarzen über Sexismus und Klassismus, zwischen Frauen über Rassismus und Klassismus und zwischen den verschiedenen ökonomischen Klassen über Rassismus und Sexismus eine zweite wesentliche Rolle im Rahmen der politischen Ideologie schwarzer Frauen.

Einen zentralen Gegenpol dieses Ansatzes bildet die reduktionistische Ausrichtung der meisten Befreiungstheorien. In ihnen zeigt sich oftmals die Annahme, daß alle Formen der sozialen Diskriminierung und Unterdrückung unter einen einzigen gesellschaftlichen Herrschaftsgegensatz subsumierbar seien. Unabhängig davon, ob es sich nun im konkreten um marxistische, anarchistische, nationalistische (Black Nationalism) oder feministische Ansätze handelt, wird jeweils argumentiert, daß alle wichtigen sozialen Beziehungen durch einen einzigen gesellschaftlichen Widerspruch, beispielsweise die Ökonomie, den Staat, die Kultur oder das Geschlecht, determiniert werden.

Der gegenwärtig stattfindende politische Kampf der schwarzen Frauen um eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zeigt in allen Bereichen (der Abtreibungsdebatte ebenso wie im Zusammenhang mit der zunehmenden Verarmung schwarzer Frauen) das gleiche Dilemma auf. Unsere Geschichte des Widerstands gegen die verschiedenen Formen der Unterdrückung ist voller Spannungen, nicht erfüllbaren Ultimaten und bitteren Kompromissen zwischen nationalen, feministischen und klassistischen Politikansätzen. Dabei scheint es unser Schicksal zu sein, daß wir sowohl in der Frauenbewegung als auch im Kampf gegen die Unterdrükkung der Schwarzen marginalisiert werden, obwohl wir durch beide Herrschaftsformen, den Rassismus ebenso wie den Sexismus, unterdrückt und diskriminiert werden. Dabei zeigt sich ein ähnlich zweitklassiger Status unserer Interessen auch im Zusammenhang mit Politikansätzen, die primär auf die Emanzipation der ökonomisch Ausgebeuteten orientieren. Ironischerweise befinden sich schwarze Frauen deshalb oft in einem Interessenkonflikt mit Gruppen, die eigentlich ähnliche emanzipatorische Interessen verfolgen wie wir. Es stellt sich zudem die paradoxe Situation ein, daß Gruppen, die in bestimmten Fragen unsere organischen Allierten bilden, in anderen unsere Gegener sind. Aus diesem Grund haben wir uns in der politischen Praxis oft in der Stiuation wiedergefunden, mit der Exklusivität monokausaler Ansätze (Monismus) umgehen zu müssen, die die Komplexität und Dialektik unserer tatsächlichen Lebensbedingungen leugnen. Wobei sich ständig die Frage stellt, mit wem wir uns verbünden und welche unserer Interessen konkret im Vordergrund stehen sollen. Soll der Schwerpunkt der politischen Arbeit schwarzer Frauen in einer der sozialen Bewegungen liegen, die sich primär für die Emanzipation der "Rasse", Klasse, oder des Geschlechts engagieren? Können wir uns monokausale Ansätze leisten? Können wir es uns leisten, nicht mit ihnen zu arbeiten?

Ich hoffe, mit der folgenden Beschreibung der antagonistischen Verhältnisse innerhalb der drei bestimmenden sozialen Bewegungen eine angemessene Beschreibung der Spannungen und Prioritäten zu geben, die die Entwicklung der politischen Ideologie schwarzer Frauen wesentlich mitbeeinflußt haben. Dabei zeigt sich, daß der Grad an Ausgrenzung, der mit monokausalen Ansätzen einhergeht, soweit führen kann, daß die tatsächlichen Opfer von Rassismus, Klassismus oder Sexismus durch die reale Politik ignoriert oder sogar als Gegensatz zu dieser Politik begriffen werden, wobei sich die Diskriminierungen und Vorurteile oftmals verhüllt und unterschwellig in Ideologien, Statuten, politischen Strategien und der Art des zwischenmenschlichen Umgangs äußern.

Politik in der schwarzen Gemeinschaft

"Rassen" - solidarität und soziale Emanzipation waren und sind ein wesentlicher Pfeiler des Selbstverständnisses der schwarzen AmerikanerInnen. Historisch und aktuell ist die Erfahrung von Sklaverei, "Rassen"trennung sowie individueller und institutioneller Diskriminierung ein wesentliches Moment in der Sozialisation und politischen Bewußtseinsbildung der meisten Schwarzen. Dies gilt auch für schwarze Frauen, deren Rolle und Status in Amerika ganz wesentlich durch die nicht veränderbaren äußeren Charakteristika der "Rassen"zugehörigkeit bestimmt wird. Dadurch bedingt, daß die "Rassen"zugehörigkeit einen wesentlichen Filter darstellt, der bestimmt, was Schwarze wahrnehmen und wie sie wahrgenommen werden, betonen viele schwarze Frauen, daß ihre "ethnische" Identität wichtiger sei als ihre Geschlechts- oder Klassenzugehörigkeit. Die politische Priorität der "Rasse" ergibt sich auch aus anderen Gründen, insbesondere aus der historischen Entwicklung und Abfolge der verschiedenen emanzipatorischen Bewegungen. Sowohl im 19. als auch im 20. Jahrhundert entwickelten sich die Bürgerrechtsbewegungen früher als die Frauenbewegungen. Gleiches gilt für die organisatorische Anstrengung der Klassenformierung, Herausbildung von Gewerkschaften usw., die im späten 19. Jahrhundert begann. Auch die kommunistischen Aktivi-

täten in den 20er und 30er und die antiimperialistische Bewegung in den 60er Jahren entstanden nach oder gleichzeitig mit antirassistischen Initiativen.

Außerdem haben schwarze Frauen, vermittelt durch die Notwendigkeit, sich alltäglich mit rassistischen Diskriminierungen auseinandersetzen zu müssen, Rollen und Verantwortung übernommen, die für weiße Frauen unter dem westlichen Patriachat untypisch sind. So hielten schwarze Frauen beispielsweise oft zentrale und einflußreiche Führungspositionen in der schwarzen Gemeinschaft und bestimmten wesentlich deren emanzipatorische Politik. Wir waren das Rückgrad der antirassistischen Bewegung und des Kampfes um Gerechtigkeit und Gleichheit. Aus diesem Grund haben schwarze Frauen sexistische Diskriminierungen innerhalb der antirassistischen Initiativen auch ncìht in vergleichbarer Weise wie viele weiße Frauen erfahren, die durch sexistische Diskriminierung in der Bürgerrechtsbewegung oder der "Neuen Linken" ein spezifisch feministisches Bewußtsein entwickelten.

Zusammengenommen ergibt sich aus diesem historischen Blickwinkel zunächst die starke Berechtigung einer primär antirassistischen Orientierung als zentrales Mittel der Emanzipation schwarzer Frauen.

Während der Bürgerrechts- und "Black Nationalist"- Bewegungen in den 60er und 70er verstanden es die Männer allerdings sehr effektiv, die "Matriachats - Debatte" dazu zu nutzen, einerseits die ausschließliche Orientierung schwarzer Frauen auf den antirassistischen Ansatz wieder herzustellen oder zu festigen, und andererseits die Rolle schwarzer Frauen insgesamt einzuengen und tendenziell einem traditionelleren westlichen Modell anzupassen. Diese "innerethnischen" Spannungen arbeiteten gegen die Artikulation eines feministischen Bewußtseins schwarzer Frauen in der Öffentlichkeit.

Demgegenüber spielte die Frage der sexuellen Ungleichheit innerhalb der schwarzen Gemeinschaft durchaus eine wichtige Rolle, wobei in erster Linie thematisiert wurde, wie Sexismus am besten adressiert werden kann und nicht, ob sexuelle Ungleichheit überhaupt existiert. Einige wenige schwarze Frauen reagierten darauf mit der Entwicklung eines ausschließlich feministischen Ansatzes, während andere auf einen spezifisch Schwarzen Feminismus orientierten. Dabei organisierte die Mehrheit der politisch aktiven schwarzen Frauen feministische Aktivitäten in der antirassistischen Bewegung. Einige Frauen bezogen sich darüberhinaus ausschließlich auf die "Black Nationalist"-Bewegung.

Die antirassistische Bewegung beinhaltet in der Regel aber ohnehin mehr als einen ausschließlichen Bezug auf die "Rassen"- Emanzipation. Dadurch bedingt, daß so viele Schwarze in der geschichtlichen Entwicklung ökonomisch ausgebeutet wurden, ergab sich aus den Notwendigkeiten schwarzer Lebensrealität ein pluralistischer Ansatz, der den Versuch machte, auch die ökonomischen Interessen der Schwarzen politisch auszudrücken. Zu Beginn dieses Jahrhunderts entstand beispielsweise eine kollektive Aktion, die als "racial uplift" bekannt geworden ist, in der Schwarze aus den Mittelschichten versuchten, die Lebensbedingungen der ärmeren Schwarzen durch finanzielle und soziale Zuwendungen (Ausbildung) zu verbessern. Die 60er waren jedoch eine Zeit, in der die Interessen der ärmeren Schwarzen oftmals verraten wurden. Die schwarze Mittelschicht sah sich viel eher in der Lage, aus den relativ gesehen größer gewordenen Möglichkeiten, die sich aus der liberaleren staatlichen Politik der "Gleichen Möglichkeiten" ergeben hatten, Nutzen zu ziehen als die ärmere schwarze Bevölkerungmehrheit.

Die gegenwärtig stattfindende Auseinandersetzung über die Polarisation der Klasseninteressen in der schwarzen Gemeinschaft ist deshalb die Konsequenz eines politischen Ansatzes der Bürgerrechtsbewegung, der nicht in der Lage war, der ökonomischen Situation aller Schwarzen gerecht zu werden. In bezug auf den unsicheren ökonomischen Status der schwarzen Frauen ist diese Vernachlässigung und Marginalisierung der Klassenfrage in der schwarzen Gemeinschaft für sie besonders problematisch.

"Rassen"- Solidarität ist ein wesentliches Element des Widerstandes schwarzer Frauen gegen Unterdrückung. Dennoch lassen die übergreifenden Fragen der Klassen - und Geschlechtsemanzipation eine ausschließliche Bezugnahme auf den Schwarzen Nationalismus als zu begrenzt und auf unartikulierbare Weise schädlich gegenüber der Aussicht auf eine Befreiung schwarzer Frauen erscheinen. Unter den gegebenen sozialen Bedingungen, die auch aus anderen Unterdrückungsmechanismen als dem Rassismus bestehen, haben sich schwarze Frauen notwendigerweise gegen ökonomische Ausbeutung und sexistische Diskriminierung gewandt.

Die feministische Bewegung

Auf einer bestimmten Ebene teilen schwarze Frauen, andere "farbige" Frauen und weiße Frauen viele gemeinsame Interessen, insbesondere in bezug auf ihren rechtlichen Status, die Begegnung mit Diskriminierung und als Opfer sexueller Gewalt. Auf der Grundlage dieser gemeinsamen Erfahrungen haben Feministinnen versucht einen Geist der "Schwesternschaft" und Solidarität unter Frauen zu entwickeln. Es ist anzunehmen, daß auch schwarze Frauen Teil dieser Schwesternschaft sein sollen, aber trotzdem ist unser Verhältnis zur Frauenbewegung wesentlich durch die Unsichtbarkeit und Marginalität schwarzer Frauen charakterisiert.

Die Proklamation von Gemeinschaftlichkeit, Universalität und des Primat der sexistischen Unterdrückung veneint einerseits die anderen strukturellen Ungleichheiten zwischen "Rasse", Klasse, Religion und Nationalität und andererseits die verschiedenartige kulturelle Herkunft, die das Leben vieler Frauen mitbestimmt. Während angenommen wurde, daß sich feministisches Bewußtsein und feministische Theorie aus der persönlichen Lebensrealität von Frauen entwickelten, wurde die Realität von Millionen Frauen ignoriert. Der Satz "das persönliche ist das Politische" repräsentiert nicht nur eine phänomenologische Herangehensweise an die Frauenbefreiung - indem Frauen ihre eigene Realität definieren und konstruieren - sondern beschreibt auch eine Politik, die das Leben einiger weniger Frauen heraus stellt, privilegiert und in der Annahme, deren Lebensrealitäten seien prototypisch, über das Leben aller anderen Frauen stellt. Für schwarze Frauen besteht "das Persönliche" jedenfalls aus den Problemen, die mit der vielfachen Unterdrückung durch Rassismus, Klassismus und - nicht nur - Sexismus einhergehen. Dies bedeutet nicht notwendigerweise, daß schwarze Frauen sich dem Feminismus vollständig verschlossen hätten, wohl aber, daß sie sich nur selten ausschließlich in feministischen Organisationen engagiert oder sich primär mit den Anliegen der sogenannten Frauenbewegung identifieziert haben, die in der Regel die Bewegung weißer protestantischer Frauen aus der Mittelklasse ist.

Der Feminismus hat schwarze Frauen, unsere Erfahrungen und Interpretitationen unserer eigener Realitäten auf der konzeptionellen und ideologischer Ebene ausgeschlossen und abgewertet. Schwarze Feministinnen und Wissenschaftlerinnen haben auch andere Probleme in der feministischen Theorie identifiziert und kritisch untersucht. Die Annahme, daß die Familie per Definition patriachalisch sei, die Privilegierung einer individualistischen Weltsicht und die Befürwortung eines 'feministischen Separatismus' stehen oft antithetisch zu den Werten und Zielen schwarzer Frauen und erschweren so unsere Assoziation mit dem Feminismus. Die genannten theoretischen Fehler bedingen insbesondere, daß bestimmte Feministinnen die Vielschichtigkeit und facettenreiche Natur der Unterdrückung von Frauen nicht anerkennen und somit auch keine Theorien entwickeln können, die den Realitäten tatsächlich gerecht werden. Als eine Konsequenz ist die Fähigkeit des reduktionistischen Feminismus, Ansätze herauszubilden, die Frauen weder an die anderen Unterdrückungsformen ausliefern noch diese Herrschaftsverhältnisse verschärfen, extrem eingeschränkt.

Ohne Theorien, die die Erfahrungen schwarzer Frauen wiedergeben, war und wird die Frauenbewegung nicht in der Lage sein, ideologische Anreize zu entwikkeln, die diese Frauen mobilisieren könnten. Dabei ist es oftmals die genannte konzeptionelle Unsichtbarkeit, die zu der aktuellen strategischen Vernachlässigung, dem physischen Ausschluß oder der fehlenden Partizipation schwarzer Frauen geführt hat.

Die Geschichte des Rassismus der frühen Frauenbewegung wird von heutigen weißen Feministinnen fortgesetzt. Innerhalb von Organisationen machen die meisten schwarzen Frauen endlose Erfahrun-

gen mit der faktischen Verneinung ihrer Lebenswirklichkeit. In einigen Fällen drückt sich dies im Fehlen von Materialien, Informationen, Reden, Aufsätzen und Personen aus, die schwarze Frauen repräsentieren. Die nationale Frauenorganisation (NOW) z.B. verhält sich gegenüber zentralen Themen wie Vergewaltigung, Abtreibung, Sterilisation, Armut und Gewerkschaften vollkommen indifferent und unsensibel.

Viele weiße Feministinnen gehen davon aus, daß ihr antisexistischer Standpunkt gleichzeitig die Ablehnung aller rassistischen Vorurteile und Verhaltensweisen beinhaltet. Diese Einstellung ist bestenfalls naiv und zeigt eine ernsthafte Ignoranz gegenüber der Tiefe mit der der Rassismus die US-amerikanische Gesellschaft durchdrungen hat. Viele Schwarze, Männer und Frauen gleichermaßen, empfinden derartige Postulate als arrogant, rassistisch und gefährlich gegenüber ihren eigenen Interessen. Diane Lewis folgert daraus, daß der Status schwarzer Frauen und unserer Interessen innerhalb der Frauenbewegung und ihrer Organisationen essentiell unsere subordinierte Position gegenüber weißen Frauen in der Gesellschaft wiederspiegelt. Unterschiedliche strukturelle Möglichkeiten und Lebensoptionen in der Gesellschaft machen 'interethnische' Bündnisse wie feministische Solidarität problematisch. Konzeptionell unsichtbar, zwischenmenschlich unverstanden oder beleidigt und strategisch marginalisiert, haben schwarze Frauen herausfinden müssen, daß weite Teile der Frauenbewegung wichtige Aspekte unserer Geschichte und Erfahrungen ablehnen. Dennoch, entgegen den verschiedenen Hindernissen und Verengungen in der politischen Praxis zwingen uns die Imperative der vielschichtigen Unterdrückung dazu, den Sexismus wahrzunehmen und zu bekämpfen.

Über die Problematik der 'Rassen'politik innerhalb des Feminismus hinausgehend, teilen viele schwarze Frauen die klassenspezifischen Interessen und Sorgen verarmter Frauen und Arbeiterinnen. Das, was sich als 'Mainstream' des Feminismus etabliert hat, basiert demgegenüber auf den traditionellen liberalen Forderungen nach gleichen Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen in der Ökonomie. In der Praxis liegt die Betonung dieser Forderung auf der Verbesserung der Karrieremöglichkeiten für Frauen, die studiert haben und ohnehin ökonomisch priviligiert sind.

Obwohl es richtig ist, daß Männer im Durchschnitt besser verdienen als Frauen, steht auch fest, daß nicht alle Männer gleich gute Jobs in bezug auf Arbeitsbedingungen, Sozialleistungen, Prestige und Mobilität haben. Die schlechter bezahlten männlichen Arbeitsplätze repräsentieren dabei bestenfalls eine minimale Verbesserung verglichen mit den Jobs vieler arbeitender Frauen. Das ökonomische Interesse weißer Feministinnen konzentrierte sich aber im wesentlichen auf den primären Arbeitsmarkt, obwohl die Berufe in diesem Sektor für Frauen aus den geringeren Einkommensgruppen oder solchen mit gar keinem Einkommen weder besonders bedeutsam noch überhaupt zugänglich sind.

Aus der Strukturierung der Gesellschaft in Klassen wird deshalb ein irrelevantes Thema, wenn ökonomische Nachteile nur dort für den Feminismus bedeutsam sind, wo es um die ungerechte ökonomische Stellung der Frauen gegenüber den Männern geht. Der Unterschied zwischen dem Einkommen von Männern und Frauen ist zwischen schwarzen Männern und Frauen dramatisch geringer als zwischen Weißen und deutet an, daß das Geschlecht alleine nicht der bestimmende Faktor sein kann.

Aus einer monokausalen feministischen Perspektive ist die Klassenherrschaft nicht als ein eigenständiges Unterdrückungssystem verstehbar. Konsequenterweise spielt die Dynamik des Klassengegensatzes in liberalen und radikalfeministischen Ansätzen keine Rolle. Marxistische und sozialistische Feministinnen versuchten demgegenüber diese verengende Sichtweise zu korrigieren. Während die Marxistinnen in erster Linie darauf orientierten, das Problem des Geschlechtergegensatzes in die traditionelle marxistische Analyse zu integrieren, bestand das Hauptinteresse sozialistischer Feministinnen darin, eine nicht reduktionistische Sichtweise zu entwikkeln, in der Klassismus und Sexismus als gleichwertige Unterdrückungssysteme betrachtet werden.

Dabei gilt es aber zu betonen, daß sich die Mitgliedschaft der klassenorientierten feministischen Gruppen in der Regel aus Angehörigen der Mittelschicht zusammensetzte. In durchaus vergleichbarer Weise ist es weder Feministinnen noch der antirassistischen Bewegung gelungen, stabile Verbindungen zu armen schwarzen und weißen Frauen aus der Arbeiterklasse herzustellen.

Die fehlende Aufmerksamkeit gegenüber ökonomischen Fragestellungen besitzt einen zentralen Einfluß auf die Beteiligung und das Engagement schwarzer Frauen, wobei die Unterschiede in den Prioritäten zwischen schwarzen und weißen Frauen in enger Verbindung zur Klassenfrage stehen. Themen wie Sozialleistungen, Hunger, schlechte Wohnbedingungen und mangelhafte medizinische Versorgung werden nur selten als feministische Interessen gesehen und stellen kaum die Schwerpunkte feministischer Sozialpolitik dar. Die ökonomischen Probleme schwarzer Frauen werden durch die Frauenbewegung entweder ignoriert oder verzerrt. Die feministische Interpretation der 'Feminisierung der Arbeit' stellt einen solchen Fall dar, weil die Verwundbarkeit weißer Frauen durch Verarmung überbewertet, die Bedeutung der Verarmung schwarzer Männer unterschätzt bzw. ignoriert wird und die Erkenntnis der Relevanz der Ausbeutung der Arbeiterinnenklasse für die kontinuierliche Reproduktion der Verarmung durch eine verengte Sichtweise auf das Geschlecht ersetzt worden ist.

Zusammenfassend ergibt sich, daß die feministischen Vernachlässigungen, Fehlinterpretationen oder Herabsetzungen der antiklassistischen und antirassistischen Bewegungen und Politikansätze das Verhältnis schwarzer Frauen zur Frauenbewegung entscheidend bestimmt haben. Oft bestand unsere Reaktion darin, ein Engagement in Organisationen zu vermeiden, die von weißen Frauen aus der Mittelklasse dominiert wurden, und unsere Unterstützung für eine Politik zu verweigern, die unsere 'rassen'- und klassenspezifischen Interessen nicht berücksichtigte.

Ebenso, wie die Wichtigkeit der 'Rassen'frage viele schwarze Frauen an die antirassistische Bewegung herangeführt hat und unsere geschlechtspezifischen Interessen die feministischen Anstrengungen schwarzer Frauen vergrößert haben, brachte die ökonomische Ungerechtigkeit viele von uns dazu, die Lösung der Klassenfrage als einen notwendigen Bestandteil auf dem Weg der Befreiung zu betrachten.

Klassen-Politik

Die ökonomische Ausbeutung ist die dritte Herrschaftsform, die das Leben schwarzer Frauen beeinflußt. In der historischen Entwicklung waren es im wesentlichen drei Hauptbewegungen, die die ökonomische Unterdrückung der Arbeiterinnenklasse politisch thematisierten. Dazu zählen die Gewerkschaften und die antikapitalistischen Politikansätze der 30er und 60er Jahre, die allgemein als 'Alte' bzw. 'Neue Linke' bezeichnet werden. Deren gemeinsame Ursprünge ergaben sich aus der Notwendigkeit, auf die mit der Urbanisierung und Industrialisierung einhergehende breite Verarmung organisatorisch zu reagieren und politische Ansätze zu entwickeln, die die Probleme der Lohnarbeit und ökonomischen Struktur kapitalistischer Gesellschaften zum Ausdruck hatten.

Bis in die 30er hinein versprach der politische Ansatz der Gewerkschaften allerdings nur wenig Hoffnung für Schwarze und Frauen und gar keine für schwarze Frauen. Die Gewerkschafter kultivierten ein soziales Bild des Arbeiters als eines verheirateten Mannes, der eine auf die gesamte Familie bezogenen Lohn brauche, um seine Frau und seine Kinder ernähren zu können. Die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung unterstützte darüberhinaus aktiv eine Arbeitsgesetzgebung, die Frauen faktisch von den Jobs ausschloß, die es ihnen ermöglicht hätten, sich und ihre Familien zu versorgen. Diese Anstrengungen gegen Frauen wurden mit dem Ausschluß von Schwarzen, anderen 'ethnischen' Minderheiten und ursprunglich auch süd- und osteuropäischen Immigrantinnen aus den profitabelsten Bereichen der Facharbeit und den gewerkschaftlich organisierten Betriebe (closed shops) verbunden. Besonders Schwarze wurden von den Gewerkschaften als Mitglieder ausgeschlossen oder auf andere Art und Weise auf ungelernte und schlecht bezahlte Arbeiten festgelegt. In den Berufszweigen, in denen

der Anteil der Schwarzen relativ hoch war, bedeutete eine gewerkschaftliche Organisation für sie oftmals den gewaltsamen Rausschmiß. In der Konsequenz führte die Verweigerung eines 'Familienlohns' für schwarze Männer zu einer weiteren Verschlechterung der Lebensbedingungen schwarzer Familien und Individuen.

In Reaktion auf die Diskriminierungen durch die Gewerkschaften organisierten sich weiße Frauen und schwarze Männer und Frauen eigenständig. Ironischerweise unterstützten die meisten der gewerkschaftlichen Frauenorganisationen und viele sozialistische Feministinnen die Durchsetzung einer Arbeitsschutzgesetzgebung, allerdings in der falschen Annahme, daß die Einflußnahme des Staates nicht nur sichere Arbeitsbedingungen garantieren könnte, sondern auch vernünftige Arbeitsbelastungen für Frauen und Männer schaffen würde. Eine der nicht beabsichtigten Konsequenzen dieser Strategie war, daß sich die ökonomische Situation vieler Frauen durch die Arbeitsschutzgesetzgebung verschlechterte, weil die neuen Gesetze dazu benutzt werden konnten, die Trennung der Frauen vom 'normalen' Arbeitsmarkt zu verschärfen und dadurch deren Beschäftigungsmöglichkeiten weiter einzuschränken.

Als Frauen und Töchter von Männern, die keinen 'Familienlohn' bekamen, war die Partizipation schwarzer Frauen am Arbeitsmarkt existenziell für ihr eigenes Überleben und das ihrer Familien. Trotz dieser Situation profitierten schwarze Frauen nur in sehr geringem Ausmaß von den Anstrengungen der gewerkschaftlichen Organisierung weißer Frauen. Erstens waren schwarze Frauen überproportional in den Berufen beschäftigt, in denen eine gewerkschaftliche Organisation am wenigsten wahrscheinlich war, beispielsweise als Bedienstete in Haushalten bzw. Restaurants und als landwirtschaftliche Arbeitskräfte. In größeren industriellen Betrieben arbeiteten sie getrennt von den weißen Frauen, unter denen die gewerkschaftlichen Organisierung stattfand und waren darüberhinaus oftmals Spielball in den Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaften und Management. Zweitens haben weiße Gewerkschafterinnen es versäumt, schwarze Arbeiterinnen aktiv zu rekrutieren oder ihnen sogar das Recht auf Mitgliedschaft aufgrund ihrer 'Rassen'zugehörigkeit verweigert. Schwarze Frauen wollten bessere Jobs, aber sie mußten sich oft mit den Arbeiten zufrieden geben, die als zu gefährlich, schmutzig oder unmoralisch für weiße Frauen galten.

Für Schwarze in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts waren ihre klassen- und 'rassen'spezifischen Interessen untrennbar. Schwarze Frauen profitierten indirekt von dem gewerkschaftlichen Engagement ihrer und unterstützten deren Anstrengungen aktiv, beispielsweise mit der Teilnahme an Streikposten oder, noch wichtiger, durch die Finanzierung des Haushaltes während der Streiks aus dem von ihnen selbst verdienten Geld. Schwarze Frauen engagierten sich auch direkt für die gewerkschaftliche Organisierung, sowohl innerhalb der existierenden, mehrheitlich von Weißen beherrschten Gewerkschaften, als auch durch ihren eigenen organisationsunabhängigen Aktivismus.

Nicht allle Gewerkschaften und ökonomischen Organisationen haben weiße Frauen und schwarze Männer und Frauen ausgeschlossen, aber insgesamt ist die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung und ihres Umgangs mit den für diese Menschen zentralen Fragen alles andere als ermutigend. Bis 1970 opponierten die wichtigsten Gewerkschaften gegen das 'Equal Rights'-Amendment und wenden sich selbst heute noch gegen die quotierte Einstellung von schwarzen und vergleichbare Politikansätze. Die fortbestehende Notwendigkeit für schwarze und weiße Frauen, sich eigenständig gewerkschaftlich zu organisieren, deutet an, daß die historischen Barrieren ihrer vollständigen Teilnahme und Anerkennung in Gewerkschaften erhalten geblieben sind. Es ist aber auch wichtig zu betonen, daß der gewerkschaftliche Ansatz insgesamt viele Begrenzungen, beispielsweise die Fixierung auf den einzelnen Arbeiter, aufweist. Während die Gewerkschaften versuchten, die schlimmsten Seiten der industriellen Gesellschaft abzumildern, stellten sie die ökonomischen Verhältnisse des Kapitalismus nur selten in Frage.

Diese Herausforderung wurde den sozialistischen und kommunistischen Aktivistinnen überlassen, deren radikale Kritik an der politischen Ökonomie in den Vereinigten Staaten jedoch nicht, wie in anderen Nationen, Teil des politischen 'Mainstreams' geworden ist. Trotzdem gelang es in diesem Jahrhundert einer kleinen, aber wichtigen Gruppe von Aktivistinnen und Intellektuellen, den Radikalismus weiterzuverbreiten. Die politische Linke unterstützte zudem im allgemeinen schwarze Frauen und Männer und weiße Frauen aus der Arbeiterklasse.

Die zweite Welle des Antikapitalismus entwickelte sich als integraler Bestandteil der sogenannten 'Neuen Linken' in den 60ern. Peter Clecak beschreibt diese Ära als eine, der es an der Vision einer neuen Gesellschaft gemangelt habe, die über die Ablehnung von Armut, Rassismus, Imperialismus und geistiger Herrschaft hätte hinausweisen können. Ihre apokalyptischen Visionen der amerikanischen Gesellschaft und die utopischen Vorstellungen von Gemeinschaftlichkeit waren außerdem auf einer fundamentalen Akzeptanz der kapitalistischen Werte - wie Individualismus, persönliche Bereicherung und indviduelle Freiheit - aufgebaut. Der 'Neuen Linken' fehlte es implizit an einem fundierten und kritischen Verständnis von Unterdrückung als Gruppen- und Systemprozeß. Die Desillusionierung, die die 'Neue Linke' als Bewegung charakterisierte, entstand wesentlich aus den Frustrationen, die mit dem fehlgeschlagenen Versuch einhergingen, die verarmte Stadtbevölkerung und 'ethnischen' Minderheiten zu organisieren. Die 'neuen Linken' verstanden nicht, daß die meisten Mitglieder der unterdrückten Gruppen ein Stück des 'amerikanischen Traums' wollten, nicht dessen Zerstörung.

Zur selben Zeit wurden die Frauen, die in der 'Neuen Linken' aktiv waren, in zunehmenden Maße durch die strategische und theoretische Indifferenz gegenüber der Frauenfrage frustriert. Die sexistische Politik der Bewegung unterwarf die Frauen einer traditionellen Aufteilung der Geschlechterrollen, sexueller Manipulation, männlicher Führer- und Herrschaft, sowie der Konzentration auf ein im wesentlichen männliches Thema, der Wehrpflicht (Vietnam).

Die Rolle der schwarzen Frauen innerhalb der radikalen 'Neuen Linken' war wieder einmal durch Unsichtbarkait charakterisiert. Die schwarzen Frauen reagierten darauf mit der Integration der Klasseninteressen in ihre feministische und antirassistische Politik. So finden sich beispielsweise in den Gründungsdokumenten der verschiedensten feministischen Organisationen grundsätzliche Kritiken der politischen Ökonomie als Eckpfeiler der Analyse von Herrschaft. Aus den bestehenden Notwendigkeiten der eigenen Lebensrealitäten heraus haben schwarze Frauen dabei sowohl die engere Fragestellung der Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen als auch die weiter gefaßte Problematik der Gesamtökonomie thematisiert.

Eine der wesentlichen Beschränkungen sowohl des gewerkschaftlichen Ansatzes als auch der radikaleren klassenpolitischen Ansätze ist ihr Reduktionismus, der die Rolle der Ökonomie auf Kosten eines erweiterten Verständnisses für andere Formen der Unterdrückung übertreibt. Trotz der historischen Beispiele von schwarzen Männern und Frauen und weißen Frauen, die in Gewerkschaften und sozialistischen Organisationen aktiv waren, und den sporadischen Versuchen dieser Organisationen, antisexistische und antirassistische Politik zu machen, stellt die klassenorientierte Politik keine Lösung für die Herrschaft, mit denen schwarze Frauen konfrontiert sind, dar, weil sie damit fortfährt, die Klassenfrage innerhalb eines Rahmens, den weiße Männer definiert haben, zu privilegieren.

Unter der gegebenen Bedingung, daß keines der dargestellten Konzepte in der Lage ist, den Zusammenhang zwischen Rassismus, Sexismus und Klassismus im Leben schwarzer Frauen adäquat zu benennen, sind schwarze Frauen gezwungen, eine politische Ideologie zu entwikkeln, die in der Lage ist, diese vielschichtigen Formen von Herrschaft zu interpretieren und sich ihnen zu widersetzen.

Vielschichtiges Bewußtsein im Schwarzen Feminismus

Natürlich führt das vielschichtige Wesen schwarzer Frauenschaft dazu, daß sich die verschiedenen emanzipatorischen Ideologien der 'Rassen'-, Klassen- und Geschlechterbefreiung miteinander verbinden. Die Grundlage unserer feministischen Ideologie ist in unserer Lebensrealität ver-

wurzelt. An dem Punkt, an dem die Vertreter irgendeiner Ideologie auf separatistischen Organisaronsformen bestehen, die Bedeutung einer Herrschaftsform über alle anderen stellen und eine vollständige Identifikation mit dieser Ideologie verlangen, schließen sie schwarze Frauen und deren Lebensrealitäten aus ihren politischen Zusammenhängen aus. Die feministische Ideologie schwarzer Frauen erklärt daher in erster Linie die konzeptionelle Sichtbarkeit schwarzer Frauen. Sie berücksichtigt die Tatsache, daß zwei gegebene und nicht veränderbare Charakteristika, sowohl Frauen als auch Schwarze zu sein, unseren Status in der amerikanischen Gesellschaft determinieren. Zweitens sieht der Schwarze Feminismus die Selbstbestimmung als wesentlich an. Wir schwarze Frauen haben das Recht und die Fähigkeit, unsere Realität eigenständig zu interpretieren und unsere politischen Zielsetzungen selber festzulegen. Während wir als Frauen und Schwarze auf eine reiche Tradition des politischen Kampfes zurückblicken, etablieren und erneuern wir kontinuierlich unsere eigenen Prioritäten. Als schwarze Frauen entscheiden wir selber über die relative Bedeutung der verschiedenen Identitäten und Unterdrückungsformen und ob bzw. wie sie unsere Politik beeinflussen. Drittens wendet sich die Ideologie schwarzer Frauen vehement gegen die gemeinsame innere Struktur der vielschichtigen Unterdrückungsmechanismen von Rassismus, Sexismus und Klassismus, sowohl in der dominierenden Gesellschaft als auch in den verschiedenen Befreiungsbewegungen. Durch die Konfrontation mit den zahlreichen Formen der Unterdrückung entwickeln und definieren schwarze Frauen ein vielschichtiges Bewußtsein, das wesentlich für unsere Befreiung ist und in dem feministisches Bewußtsein einen integralen Bestandteil darstellt.

Darüberhinaus nimmt unsere feministische Ideologie ein Bild schwarzer Frauen als kraftvolle, unabhängige Subjekte an. Indem wir uns auf die vielschichtigen Formen unserer Unterdrückung konzentrieren, begründen wissenschaftliche Beschreibungen unserer Lebensrealitäten die Fähigkeit, Sichtweisen zu entwickeln und schätzen zu lernen, in denen schwarze Frauen keine hilflosen Opfer sind. Es wäre aber falsch anzunehmen, daß ideologische und politische Entscheidungen ausschließlich durch die historische Dynamik von Rassismus, Klassismus und Sexismus in dieser Gesellschaft bestimmt werden. Obwohl die Komplexität und Widersprüchlichkeit, aus denen sich ein Bewußtsein der verschiedenen Herrschaftsformen von Rassismus, Klassismus und Sexismus entwickelt, die Herausbildung und Praxis einer derart vielseitigen Ideologie prinzipiell problematisch machen, ist das Erreichen dieses Ziels umso notwendiger, wenn wir auf unsere Befreiung als Schwarze, als ökonomisch Ausgebeutete und als Frauen hinarbeiten wollen.

